



www.Umweltmesse.LA
im Messepark
Eintritt frei!
täglich von 10 bis 18 Uhr
20.-22. März 2020

Bauen & Wohnen
Natur & Technik
Energie & Mobilität
Gesundheit & Ernährung

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



v.l.: Landrat Thomas Ebeling (Landkreis Schwandorf), Integrationsminister Joachim Herrmann, Anne Güller-Frey (MigraNet – IQ Netzwerk Bayern), Elke Reinhart (Integrationsbeauftragte Stadt Neunburg vorm Wald), Anne-Marie von Hassel (Bayerische Gemeindezeitung) und Bürgermeister Martin Birner (Stadt Neunburg vorm Wald).

Fachkräfte gewinnen und erfolgreich integrieren

Bayerische Fachkräfteforen in Kelheim, Neunburg vorm Wald und Passau

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag luden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeindezeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums einmal mehr zum Bayerischen Fachkräfteforum ein. Die bayernweite Veranstaltungsreihe, die sich mit Strategien zur Gewinnung und Integration von Fachkräften befasst, nahm im Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen ihren Anfang (wir berichteten) und fand nun ihre Fortsetzung in Kelheim, Pausau und in Neunburg vorm Wald. Zu dieser Veranstaltung war Bayerns Kommunal- und Integrationsminister Joachim Herrmann angereist, um mit den kommunalen Entscheidern, den betroffenen Arbeitgebern sowie den Repräsentantinnen und Repräsentanten zahlreicher involvierter Fachverbände die anstehenden Themen zu erörtern.

Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten. Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Anschluss daran stellte Anne Güller-Frey von MigraNet – IQ-Netzwerk Bayern das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ vor.

Als eines von 16 Landesnetzwerken ist MigraNet Teil von „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und vernetzt seit 2005 relevante Organisationen, Einrich-

tungen, Institutionen, Unternehmen sowie Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern. Die Landesnetzwerke werden von fünf Fachstellen begleitet, die bundesweit migrationspezifische Themen bearbeiten. Im Freistaat bündelt MigraNet – das IQ-Netzwerk Bayern – 41 Teilprojekte mit 25 verschiedenen Netzwerkpartnern.

Wichtiger Zukunftsfaktor

Von verbesserter Integration in den Arbeitsmarkt profitieren Wirtschaft und Gesellschaft. MigraNet wird von vielen strategischen Partnern unterstützt, die das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtigen Zukunftsfaktor sehen. Zu (Fortsetzung auf Seite 4)

Integration durch Qualifizierung

Im Landratsamt Kelheim wies Landkreischef Martin Neumeyer in seiner Begrüßung darauf hin, dass den Handwerksberufen und ihren Fachkräften grundsätzlich wieder zu einem höheren Ansehen verholfen werden müsse. Im

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische Gemeindezeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Städtetag:

Wachsende Bedrohung für Kommunalpolitiker

Als „alarmierend“ hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, die wachsende Zahl an Straftaten gegen Mandatsträger und Mitarbeiter in Verwaltungen charakterisiert. Gefragt seien nunmehr wirksame Hemmschwellen gegen extreme Auswüchse im Netz sowie gegen direkte Bedrohung, unterstrich Gribl bei einer Pressekonferenz in München.

Konstruktive Ansätze bieten auf bayerischer Ebene aus seiner Sicht die angestrebten vereinfachten Online-Verfahren zur Meldung von Online-Straftaten; hilfreich sei darüber hinaus die Einrichtung von festen Ansprechpartnern für Kommunalpolitiker bei den Staatsanwaltschaften. Auf Bundesebene helfe die jüngst beschlossene Verschärfung des Strafrechts (siehe Kas-

folgen. Zahlreiche Mandatsträger heben lobend hervor, dass Ermittlungsbehörden Beleidigungen und Übergriffe inzwischen ernster nehmen. Allerdings gibt es laut Gribl vereinzelt immer noch Erfahrungen mit Ermittlungsbehörden, die verständnislos reagieren und signalisieren, dass Mandatsträger eben Beleidigungen oder Schmähungen aushalten müssten. Einige Bürgermeister berichten von Erfahrungen mit Polizei-Inspektionen, die kaum ermitteln. Und laut den Praxisberichten aus der Umfrage wurden die meisten Verfahren bislang von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Konkrete Berichte

v.l.: Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Vorstandsmittglied und Städtetagsvorsitzender, OB Dr. Kurt Gribl.

Bild: DK

ten). Dies öffne eine Basis für konsequentes Vorgehen.

Eine nicht-repräsentative Online-Umfrage des Bayerischen Städtetags, an der sich rund ein Viertel der knapp 300 Mitglieder beteiligte, hat gezeigt, wie wichtig es den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist, dass Ermittlungsbehörden Vorfälle ver-

E-Mail und in Sozialen Medien. Beleidigungen bzw. Bedrohungen im persönlichen Kontakt erlitten 65 bzw. 33 Prozent. Anonymen Bedrohungen waren 44 Prozent auf Papier oder per E-Mail und 28 Prozent in Sozialen Medien ausgesetzt.

Gewaltandrohungen erlitten 32 Prozent, körperliche Übergriffe zwölf Prozent und 19 Prozent wurden sogar mit dem Tode bedroht. 14 Prozent der Bürgermeister meldeten die Beschädigung von Eigentum (Auto, Privathaus). 64 Prozent der bayerischen Bürgermeister gaben zudem an, dass auch Beschäftigte in ihrer Verwaltung Opfer von Beleidigungen oder Angriffen geworden seien.

Aus Sicht des Städtetags zeigt die Umfrage, was sich im Netz unter dem Deckmantel der Anonymität entwickelt hat. Bislang aber seien nach Hassbotschaf-

ten die Ermittlungen nur zu oft im Sande verlaufen. Nach Gribls Überzeugung „ist dies kein Problem der Polizei, sondern ein Problem der Masse“.

Kommunalpolitiker, so der Verbandschef, erwarteten ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaften, weshalb die Ermittlungsbehörden wirkungsvolle Instrumente benötigten. Gribls Appell an die Kommunalpolitik: „Beleidigungen und Übergriffe dürfen nicht einfach hingelassen werden, sondern müssen konsequent zur Anzeige kommen.“ Laut Umfrage hat nur rund die Hälfte der Befragten im Falle von Beleidigungen, Bedrohungen und Gewaltandrohungen Anzeige erstattet. Nur, wenn alle Vorfälle registriert seien, könnten Kommunalpolitiker und Mitarbeiter in Verwaltungen besser geschützt werden.

Wir brauchen Menschen mit Empathie

„Wir bleiben wachsam, besonders mit Blick auf die Kommunalwahl 2020“, betonte der Städtetagschef. Kandidaten für kommunale Mandate dürften nicht zur Zielscheibe für Beleidigungen oder Übergriffe werden. „Wer engagiert sich noch für das Gemeinwesen, wenn man Gefahr (Fortsetzung auf Seite 5)



Föderaler Wettbewerb ist das Zauberwort für den Bürgermeister. Er hält nichts davon, wenn die Ewig-Gestrigen erneut das Lied vom Zentralismus zur Lösung aller Probleme anstimmen wollen. Zentrale Planung reloaded – wie in DDR-Tagen – ist ihm ein Greuel. Seite 15

Blickpunkt Gesundheit

Die Botschaft ist klar: Nach Überzeugung des Deutschen Landkreistags müssen die Leistungen der Pflegeversicherung dringend verbessert werden. Präsident Landrat Reinhard Sager kommentierte das neue Verfahren zur Personalbemessung, wonach in Pflegeheimen ein deutlicher Personalzuwachs erforderlich sei: „Die Pflegeversicherung muss eine verbesserte Personalausstattung ebenso finanzieren wie eine bessere Entlohnung von Pflegekräften. Eine neuerliche Belastung der Pflegebedürftigen und damit auch der Hilfe zur Pflege muss ausgeschlossen werden.“

In einer Berechnung hat die Universität Bremen im Rahmen der Studie „Entwicklung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben gemäß § 113c SGB XI“ auf Grundlage von bundesweiten Durchschnittswerten für die aktuelle Personalausstattung sowie die Belegungsstruktur einen erforderlichen Personalzuwachs von 36 % errechnet (hauptsächlich Assistenzkräfte). Sager zufolge

ge bedeutet dies, „dass wir bis zu einem Drittel mehr Assistenz- und Pflegekräfte in den Pflegeheimen bräuchten, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Wenn der Gesetzgeber das einführen will, muss er die Leistungen der Pflegeversicherung verbessern.“

Höhere kommunale Kosten

Andernfalls würden Kostensteigerungen auf die kommunalen Haushalte durchschlagen, da die vor allem von den Landkrei-

sen finanzierte Hilfe zur Pflege für Bedürftige ergänzende Leistungen vorsehe. Aktuell bezieht ungefähr ein Drittel der fast 1 Million in Pflegeheimen betreuten Menschen ergänzende Leistungen der Sozialhilfe, weil die Zahlungen der Pflegekasse nicht ausreichen und sie im Bundesdurchschnitt um die 2.000 Euro monatlich pro Platz selbst tragen müssen.

Mehr Personal, attraktivere Gehaltsgestaltungen oder eine qualitative Verbesserung bedeuten daher bei gleichbleibenden Zahlungen der Pflegekassen zwangsläufig höhere kommunale Kosten, stellte der DLT-Präsident fest. „Und das im Rahmen der Sozialhilfe, die nur im Notfall ergänzend einspringen soll. So würden die Kommunen einmal mehr zu Ausfallbürgen eines vorgelagerten Sicherungssystems, das nicht auf der Höhe der Zeit ist. Die Leistungen der Pflegeversicherung (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Alternativen zum Mietenstopp	2
Wahlhelferversicherung hat sich bewährt	2
Informationen zum Thema Corona-Virus	2 - 5
GZ-Kolumne Dr. Kemens Gsell: Broken-windows-theory für die Politik	3
„energie.effizienz.gewinner Kommunal 2020“ ausgezeichnet	3
Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung	3
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV · Straßenbeleuchtung	6 - 10
Kommunale Energiethemen	7 - 10
GaLaBau · Kommunalfahrzeuge	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Alternativen zum Mietenstopp

Mehr bauen, mehr fördern – aber mit welchen Instrumenten? In der aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag diskutierten die Abgeordneten über die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer oder einer dauerhaften Mietpreisbremse. Konsens herrschte darüber, dass Bauvorschriften vereinfacht werden müssten, damit Genehmigungsverfahren nicht zu lange dauern.

Natascha Kohlen (SPD) warnte vor einem Zerreißen der Gesellschaft. „Die Hälfte der Menschen in Bayern wohnt zu Miete. Doch in 162 Kommunen haben wir einen derart angespannten Wohnungssituation, dass die Menschen um ihre Existenz haben“, sagte sie. Kohlen forderte deshalb, den sozialen Wohnungsbau über die Kommunen zu fördern und deren Vorkaufrecht zu stärken, Bauvorschriften zu vereinfachen und der Spekulation um Boden ein Ende zu bereiten. Kohlen plädierte für eine Bodenwertzuwachssteuer und ein Immobilienregister.

Ist Mietdeckelung rechtskonform?

Josef Schmid (CSU) warf den Unterstützern des Volksbegehrens vor, mit dem Mietenstopp einen „populistischen Vorstoß“

Dr. Uwe Brandl:

Viele Verwaltungsleistungen bis Ende 2020 digital

Freistaat muss rechtliche und technische Voraussetzungen dafür schaffen

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte leisten einen wichtigen Beitrag für den Erfolg des Projekts „Digital-Turbo“ des Freistaats Bayern. Der bayerische Ministerrat hat in seiner Kabinettsitzung beschlossen, dass Staat und Kommunen die wichtigsten Verwaltungsleistungen bis Ende 2020 digital bereitstellen. Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl: „Um den Bürgerinnen und Bürgern das Leben zu erleichtern und die wichtigsten Verwaltungsleistungen rund um die Uhr digital anbieten zu können, sind Bayerns Gemeinden bereit, bei dem verkündeten Projekt „Bayerische Roadmap 2020“ mitzumachen. Allerdings muss der Freistaat sowohl die rechtlichen wie auch die technischen Standards dafür bereitstellen. Ohne klare rechtliche Grundlagen und technische Standards wird das ehrgeizige Ziel nicht so leicht erreicht werden können. Da werden wir noch interessante Gespräche vor uns haben.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Braun
95689 Fuchsmühl
am 13.3.

Bürgermeister Sven Tull
89361 Landensberg
am 17.3.

Bürgermeister
Albrecht Hofmann
97520 Röthlein
am 8.3.

Bürgermeister
Wolfram Gum
82229 Seefeld
am 5.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wilhelm Maderholz
91736 Ettenstadt
am 6.3.

Bürgermeister Klaus Beck
97292 Holzkirchen
am 18.3.

Bürgermeister
Thomas Köhler
63839 Kleinwallstadt
am 12.3.

Bürgermeister Josef Lohr
85129 Oberdolling
am 12.3.

Bürgermeister Max Schmaderer
93489 Schorndorf
am 6.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Neubauer
84051 Essenbach
am 17.3.

Bürgermeister Markus Hörmann
82418 Seehausen a. Staffelsee
am 10.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wagner
96135 Stegaurach
am 16.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen
am 6.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gesche
93133 Burglengelfeld
am 14.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

einbar ist, noch, wer später etwaige Mietrückstände auf einen Schlag nachzahlen hätte. Im schlimmsten Fall sind das alle jene, die der Mietenstopp eigentlich ‚schützen‘ sollte“, warnte er.

Staatliche Förderungen und weniger Vorschriften

Kommunen, die Wohnraum schaffen, unterstützt der Freistaat mit dem bis 2025 verlängerten Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm. Und die Staatsregierung investiert selbst in den Wohnungsbau. „Die drei staatlichen Wohnungsbau-Gesellschaften werden ihren Bestand in den nächsten Jahren von knapp 16.000 auf 28.500 Wohnungen erhöhen“, ergänzte Jochen Kohler (CSU). Neben dieser Förderung gelte es zudem die bayerische Bauordnung zu entschärfen. Friedl nannte unter an-

Gesundheitsministerin Huml und Innenminister Herrmann:

Erste Beratung des Corona-Virus-Krisenstabs in Bayern

Der neu eingerichtete Corona-Virus-Krisenstab Bayerns ist am Sonntag im bayerischen Gesundheitsministerium in München zum ersten Mal zusammengekommen. Die Sitzung fand unter Leitung von Gesundheitsministerin Melanie Huml und Innenminister Joachim Herrmann statt. Beteiligt an dem Krisenstab sind auch weitere bayerische Staatsministerien. Außerdem nahm der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), Dr. Andreas Zapf, an den Beratungen teil.

Der Krisenstab befasste sich unter anderem mit der Frage der Risikobewertung von Großveranstaltungen. Allen lokalen Behörden und Veranstaltern wird empfohlen, unverzüglich die Prinzipien des RKI für die Risikobewertung anzuwenden.

Gesundheitsministerin Huml betonte nach der Sitzung: „Die Folge wird sein, dass manche Großveranstaltungen wie zum Beispiel Messen abgesagt oder verschoben werden. Für uns ist klar: Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität. Dabei sind wir natürlich in engem Kontakt mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem Robert Koch-Institut in Berlin.“

Die Einrichtung des Krisenstabes war am vergangenen Freitag beschlossen worden. Bereits mit dem Auftreten des ersten Verdachtsfalls in Bayern am 24. Januar war ein Arbeitsstab im Gesundheitsministerium gebildet worden. Es gab seitdem fast täglich gemeinsame Lagebesprechungen mit dem LGL.

Innenminister Herrmann machte am Sonntag deutlich: „Der enge Austausch im gemeinsamen Krisenstab mit dem bayerischen Gesundheitsministerium und anderen beteiligten Behörden und Organisationen ist eine wichtige Voraussetzung, um die erforder-

Infektionsmonitor

Das bayerische Gesundheitsministerium informiert zu aktuellen Infektionskrankheiten und klärt über Schutzmaßnahmen auf: www.stmgp.bayern.de/vorsorge/infektionsschutz/infektionsmonitor-bayern/
Link zur RKI-Seite: www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risiko_Grossveranstaltungen.html

lichen Maßnahmen koordiniert abzustimmen.“

Laut Herrmann sind im Krisenstab auch Experten der Polizei und des Katastrophenschutzes vertreten. „Zusätzlich setzen wir auf unser Lagezentrum im Innenministerium, das rund um die Uhr besetzt ist, um polizeiliche Maßnahmen zu koordinieren“, ergänzte der Innenminister. „Sollte es notwendig sein, können wir schnell und effektiv reagieren.“ Herrmann lobte die bereits sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und sicherte zu: „Wir werden unsere Bevölkerung bestmöglich schützen.“

„Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, THW und die freiwilligen Hilfsorganisationen sind für alle Eventualitäten sensibilisiert, vorbereitet und handlungsfähig“, betonte Herrmann. „Die Zusammenarbeit klappt in Bayern hervorragend.“ Soweit erforderlich, könnte beispielsweise die Polizei bei Maßnahmen der Gesundheitsbehörden Vollzugshilfe leisten. „Davon abgesehen unterstützen wir die Gesundheitsbehörden bei den Aufklärungsmaßnahmen“, erklärte Herrmann. So werde die Bayerische Polizei wichtige Verhaltensregeln und Merkblätter beispielsweise über ihre Social-Media-Kanäle verbreiten, in den Polizeiinspektionen auflegen und im Einsatzgeschehen verteilen. Auch auf den Webseiten des Innenministeriums gebe es weiterführende Links. □

derem folgende Maßnahmen: Digitalisierung der Prozesse bei Baugenehmigungen sowie verbindliche Fristen, der genehmigungsfreier Dachgeschossausbau sowie moderne Verkehrskonzepte, die weniger Stellplatzfläche in Anspruch nehmen.

Anreize für Privatleute

Auch Sebastian Körber (FDP) plädierte für vereinfachte Bauvorschriften, vor allem in den Bereichen Lärm- und Brandschutz. Mehr Stellen forderte er zudem in den kleinen Bauämtern, damit Genehmigungsverfahren schneller abgewickelt werden können. Julika Sandt (FDP) betonte zudem, dass sich ihre Partei in Bayern für einen Erlass der Grunderwerbssteuer auf die erste selbst genutzte Immobilie einsetze, um einen Investitionsanreiz für Privatleute zu schaffen.

Jürgen Mistol (Bündnis 90/Die Grünen) forderte: „Der Wohnungsmarkt darf nicht den Kräften des Marktes überlassen werden. Wenn Bürger das Gefühl haben, sie können sich das Grundbedürfnis Wohnen nicht mehr leisten, dann muss uns nicht wundern, dass sie auf die Straße gehen. Wir erwarten einen gut gefüllten Instrumentenkasten um bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen für alle Landesteile Bayerns.“ Für Mistol zählten dazu, die Mietpreisbremse dauerhaft zu verankern, den Mietspiegel zu reformieren, Planungssicherheit und deutlich mehr Fördergelder aus dem Haushalt des Staates bereit zu stellen. Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus seien nach Meinung der Grünen keine geeigneten Mittel. red

Studie der ALR:

Alltagsversorgung im ländlichen Raum

Eine zentrale Aufgabe der bayerischen Kommunen und der Staatsregierung ist die Sicherung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung. Gerade weniger mobile Bevölkerungsgruppen sind auf eine wohnortnahe Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs angewiesen. Seit Jahrzehnten finden jedoch Prozesse statt, die zu einer Ausdünnung des Versorgungsangebots in der Fläche führen, worunter die Qualität des Lebens im ländlichen Raum leidet.

Im Auftrag der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung untersuchten die Technische Universität München und die Universität Bayreuth die räumlichen Bedingungen für die Sicherung der Alltagsversorgung in Bayern. Aufbauend auf den Ergebnissen wurden Empfehlungen und Handlungsmöglichkeiten abgeleitet, die zur Herstellung und Sicherung einer guten Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum sowie zur Entwicklung besserer räumlicher Strukturen beitragen sollen.

Kritisch zu bewertende Strukturen

Die Ergebnisse zeigen eine sehr ausdifferenzierte räumliche Struktur der Versorgungssituation. Nicht nur in dünn besiedelten Räumen, sondern auch in dichter besiedelten Gebieten in der Nähe von Ballungsräumen sind kritisch zu bewertende Strukturen zu finden. Andererseits weist manch peripher gelegener, ländlich geprägter Raum auch eine sehr gute flächige Versorgung auf.

Darüber hinaus wird die Relevanz der inneren Struktur von Gemeinden für die Versorgung deutlich. Die Hälfte der Einwohner, die innerhalb von drei Kilometern Luftlinie keinen Lebensmittel Einzelhandel erreichen, lebt in Gemeinden, die zwar im Kernort einen Versorgungsstandort aufweisen, deren Gemeindefläche allerdings so groß ist, dass für die Bevölkerung in den Ortsteilen sehr weite Wege entstehen. Häufig sind dies kleine und

Zur Kommunalwahl am 15. März 2020:

Wahlhelferversicherung hat sich bewährt

Versicherungskammer Bayern empfiehlt Kasko- und Unfallversicherungsschutz sowie eine Elektronikversicherung

Mittlerweile dürften die Wahlhelfer weitgehend rekrutiert sein. „Für Kommunen, die diesen Personenkreis besonders schützen wollen, bietet die Versicherungskammer Bayern einen speziellen Versicherungsschutz an. Wahlhelfer erhalten dadurch eine Absicherung gegen wirtschaftliche Folgen von Schäden, die im Zusammenhang mit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen können“, erklärt Markus Maier, Kundengruppen- und Marktmanagement Komposit bei der Versicherungskammer Bayern.

Die Erfahrung zeigt, dass es immer wieder zu Ärger und Unannehmlichkeiten kommt, wenn bei Fahrten der Wahlhelfer im Zusammenhang mit der Wahl an ihren privaten Pkw Schäden entstehen. Die Kaskoversicherung für Wahlhelfer bietet in diesen Fällen Versicherungsschutz zur Voll- und Teilkaskoversicherung. Bei der Vollkasko gibt es Selbstbeteiligungen von 150 Euro oder 300 Euro, bei der Teilkasko 150 Euro.

Die Versicherungskammer Bayern empfiehlt darüber hinaus die Unfallversicherung für Wahlhelfer – ergänzend zum Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Versicherungssummen betragen 10 000 Euro für den Todesfall und 40 000 Euro für den Invaliditätsfall. Schutz bietet die Versicherung gegen die Folgen während des Unfalls an der Teilnahme einer Wahlschulung und der Tätigkeit als Wahlhelfer (einschließlich der Wegeunfälle). Zu versichern ist die Gesamtheit aller Wahlhelfer, also mit und ohne Pkw-Einsatz.

Der Abschluss einer Kasko- und Unfallversicherung ist für die Gemeinde denkbar einfach, nämlich durch die Überweisung des Beitrags. Als Versicherungsnachweis dient der Kontoauszug.

Auch eine Elektronikversicherung bietet Vorteile. Besteht eine Kommunale Pauschale Elektronikversicherung, so sind die bei der Wahl eingesetzten Computer mitversichert. Besteht diese nicht, können die Geräte über einen kurzfristigen Vertrag versichert werden. Abgesichert sind dann Sachschäden durch Bedienfehler, Vorsatz Dritter, Diebstahl, Kurzschluss, Überspannung, Brand, Blitzschlag oder Explosion. Bei Teilschäden wird die Reparatur bezahlt, bei Totalschäden der Neuwert. Der Beitrag richtet sich nach der Versicherungssumme. □

teilen kann häufig bereits auf kommunaler Ebene verbessert werden. Jedoch ist bei Abhängigkeit von benachbarten Städten und Gemeinden ein überkommunaler oder gar (klein)regionaler Blick notwendig.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Rückzugs von Angeboten der Alltagsversorgung aus der Fläche ist diese interkommunale Perspektive mit abgestimmtem Handeln in Partnerschaften laut Studie essenziell, um eine bedarfsgerechte Versorgung für die Bevölkerung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Niederschwellige Angebote für ein attraktives Lebensumfeld

Orte der Alltagsversorgung sind auch Zentralitäten in sozial-räumlichen Netzwerken und damit, über die Versorgungsfunktion hinaus, bestimmend für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Lebensmittelläden, Kitas, Grundschulen und auch Hausärzte sind im ländlichen Raum wichtige Treffpunkte für die Dorfgemeinschaft. Steht die Sicherung und Förderung von Angeboten der Alltagsversorgung in kleinen Orten ohnehin im Fokus, bedeutet diese zweite Funktionalität den zwingenden Erhalt und die Entwicklung von weiteren niederschwelligen Angeboten, die zu einem attraktiven Lebensumfeld und zu sozialem Austausch beitragen und damit auch Phänomene der Abwanderung dämpfen.

Ständige Aktualisierung

Fazit: Genaues Hinschauen aus mehreren Perspektiven ist laut Untersuchung notwendig, um Handlungsräume zu finden und spezifische Problemlagen wie z.B. den hohen Anteil der potenziellen Unterversorgung unterhalb der Gemeindeebene sichtbar zu machen und gezielt reagieren zu können. Zudem verändern neue Technologien und Lebensstile radikal die Nutzungsmuster der Strukturen der Alltagsversorgung. Das Wissen zur Funktionsweise des Raums bedarf einer ständigen Aktualisierung. DK

Für eine klimafreundliche Energieversorgung:

Nordbayerische Kommunen setzen auf KWK-Technologie

Sechs kommunale Akteure wurden auf der 3. Klimaschutzkonferenz der Metropolregion Nürnberg für ihre wegweisenden Effizienzmaßnahmen als „energieeffizienzgewinner Kommunal 2020“ ausgezeichnet

Während auf Bundesebene teilweise noch darüber diskutiert wird, ob Klimaschutz überhaupt ins Aufgabengebiet von Kommunen fällt und wer denn die finanzielle Last tragen soll, sind Kommunen aus der Metropolregion Nürnberg schon einen Schritt weiter und setzen ein klares Zeichen für Klimaschutzmaßnahmen vor Ort. Dies zeigen auch die diesjährigen energieeffizienzgewinner aus der neu geschaffenen Kategorie „Kommunal“ wieder eindrucksvoll.

Sechs Kommunen und kommunale Unternehmen wurden in Bayreuth im Rahmen der 3. Klimaschutzkonferenz der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) durch das Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der EMN und die ENERGIE-region Nürnberg e.V. geehrt.

Zukunftsweisende Projekte

Dabei lag der thematische Fokus dieses Mal auf wegweisenden Projekten im Bereich der Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung (KWK). „Besonders hervorzuheben ist die große Bandbreite an Anwendungsfeldern, die von den Effizienzmaßnahmen im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung abgedeckt wird. Von der Umsetzung von ganzen Quartierslösungen bis hin zum sanierten Bestandsgebäude ist alles vertreten“, freut sich Dr. Jens Hauch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der ENERGIEregion Nürnberg e.V. Gemeinsam mit Dr. Peter Pluschke, Geschäftsführer des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und Umweltreferent der Stadt Nürnberg, gratulierte er den energieeffizienzgewinnern Kommunal 2020 ganz herzlich zur Auszeichnung und zu ihrem Invest in den Klimaschutz sowie in eine zukunftsfähige Kommune:

- Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung GmbH

Bezirkstagspräsident Franz Löffler:

„Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung“

Die neue Bayerische Sozialministerin Carolina Trautner zu Gast beim Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags

Im Rahmen des Hauptausschusses des Bayerischen Bezirkstags kam die frisch ernannte Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Carolina Trautner, ins schwäbische Allmannshofen. Dort stellte sie den Gremiumsmitgliedern ihre Agenda für das neue Amt vor und sprach mit ihnen über die drängendsten sozialpolitischen Themen.

Dabei ging es auch um die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) mit seinem bayerischen Ausführungsgesetz – dem Bayerischen Teilhabegesetz II (BayTHG II). „Seit Jahren setzt sich der Bayerische Bezirkstag als Spitzenverband der sieben bayerischen Bezirke intensiv für das BTHG ein. Unserer Meinung nach werden die Neuregelungen des Gesetzes maßgeblich für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung sorgen“, betonte Bezirkstagspräsident Franz Löffler.

Freistaat in der Pflicht

Deshalb haben die bayerischen Bezirke bereits über 300 neue Stellen geschaffen und rund 90 Millionen Euro jährlich an Mehrkosten eingeplant, wobei die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen aktuell noch nicht verlässlich abzusehen sind. „Wenn sich unsere Kostenschätzungen bestätigen, sehen wir als Bayerischer Bezirkstag den Freistaat in der Pflicht, die Mehrkosten für die Umsetzung des BTHG zu tragen. Den heutigen Austausch mit Staatsministerin Trautner sehen wir daher als Signal in Richtung eines konstruktiven Dialogs mit der Staatsregierung zu die-

- Städtisches Kommunalunternehmen Baiersdorf
- Stadt Nürnberg & N-ERGIE Aktiengesellschaft
- Stadtwerke Bayreuth Energie und Wasser GmbH
- Stadtwerke Forchheim GmbH
- Stadtwerke Schwabach GmbH & GEWOBAU der Stadt Schwabach GmbH

Die Auszeichnung energieeffizienzgewinner Kommunal wurde auf Initiative des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Nürnberg 2020 zum ersten Mal vergeben und ergänzt damit die bisherige Auszeichnung für nordbayerische Unternehmen. Unterstützt und gefördert wird die Auszeichnung durch die Volksbanken Raiffeisenbanken sowie die energieeffizienzgewinner-Jury ENERGIEregion Nürnberg e.V., Energie Campus Nürnberg, Initiative green.economy.nuernberg, N-ERGIE Aktiengesellschaft, Sparkasse Nürnberg, Stadt Erlangen, Stadt Nürnberg und Zbe die markenmacher GmbH.

Profile der Gewinner

Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung GmbH

„Mit der Realisierung des Projektes Wärmekraftwerk Bürgerbräu haben wir die einmalige Chance zur energetischen und nachhaltigen Neuausrichtung eines Altstadt-Quartiers genutzt“,

so Robert Ilg, 1. Bürgermeister der Stadt Hersbruck. In der Heizzentrale auf dem Gelände der Bürgerbräu Hersbruck wird mittels hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung Strom und Wärme erzeugt. Primärenergieträger ist ÖKOGAS. Der erzeugte Strom wird in großen Teilen in der Kundenanlage direkt verbraucht, die produzierte Wärme wird in ein kompaktes Wärmenetz eingespeist und versorgt neben öffentlichen Verbrauchern auch zahlreiche private Haushalte und gewerbliche Kunden. „Dieses Projekt ist ein weiterer Baustein unserer strategischen Ausrichtung, die zudem aktiv zur Erreichung der Klimaziele beiträgt“, so Harald Kiesel, Geschäftsführer der HEWA GmbH. „Die Planung und Umsetzung setzt ein hohes Maß an Vertrauen aller Beteiligten voraus. Als kommunales Stadtwerk und direkter Ansprechpartner vor Ort genießen wir dieses Vertrauen“, so Kiesel weiter.

Städtisches Kommunalunternehmen Baiersdorf

Im Oktober 2019 nahm das Städtische Kommunalunternehmen SKB sein ambitioniertes Projekt einer Holzvergaser-Anlage zur regenerativen Strom- (180 kW) und Wärmeerzeugung (270 kW) erfolgreich in Betrieb. Um die in die Jahre gekommene Ölheizung der ortsansässigen Mittelschule samt Sporthalle (Jahresverbrauch von 65 Tsd. l Heizöl) abzulösen, entschied man sich nach monatelanger Konzeption, Planung und Absprachen mit Stadt, Schulverband und dem Planungsbüro eta für den Neubau eines leistungsfähigen Holzvergasers. Das von dem Holzvergaser gespeiste Nahwärmenetz, an dem mehrere Wohnblöcke angeschlossen sind, weist einen Primärenergiefaktor von 0,00 aus. Das „grüne“ Satellitenprojekt wird ausschließlich mit nachwachsenden Rohstoffen in Form von Pellets und Rapsöl betrieben und wurde, durch die Netzanbindung von weiteren Abnehmern (Wohnbau), wirtschaftlich rentabel. „Ein Projekt, das im vergangenen Jahr unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft kostete. Wir haben es nur mit der großartigen Unterstützung unserer Monteure und Mitarbeiter sowie deren Engagement für die ‚grüne regionale Anlage‘ geschafft“, so SKB-Vorstand Patrick Nass.

Stadt Nürnberg & N-ERGIE Aktiengesellschaft

Von der Stadt Nürnberg, vertreten durch das Referat für Umwelt und Gesundheit und das Hochbauamt, wurde 2016 in Kooperation mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft ein Blockheizkraftwerk (BHKW) in der Seniorenwohnanlage Platnersberg des NürnbergStift installiert. Die Grundlage hierfür bildete eine zuvor durchgeführte systematische Potentialanalyse aller städtischen Liegenschaften. „Die Planung und Umsetzung begann 2015. Nach Einbindung in die Bestandsanlage ging das Blockheizkraftwerk am Platnersberg 2016 in den Regelbetrieb über. Das Blockheizkraftwerk verfügt über eine elektrische Leistung von 16 kW und eine thermische Leistung von 38 kW. Der erzeugte Strom wird zu 100% im Gebäude verbraucht. Pro Jahr können durchschnittlich 11 Tonnen CO2 eingespart und damit ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz in Nürnberg geleistet werden“, so Planungs- und Baureferent Daniel F. Ulrich.

GZ

KOLUMNE
Dr. Klemens Gsell

Liebe Leserinnen und Leser,

sie galt international als die Erkenntnis der Verbrechensprävention in den 80er und 90er Jahren, die „broken-windows-theory“ der amerikanischen Sozialforscher Wilson und Kelling, die der damalige Bürgermeister von New York Bratton dann zu seiner politischen Agenda erhob: wer zerbrochene Scheiben nicht sofort repariert und gegen die Sachbeschädigung nicht vorgeht, der braucht sich nicht zu wundern, wenn dann schwere Kriminalität nachfolgt. Daher muss im Kampf gegen Verbrechen frühzeitig eingegriffen werden. Bayerns Innenminister damals, Günther Beckstein formulier-



weg. Ist denn der Schutz der Staatsmitarbeiter kein öffentliches Interesse?

Von der kleinen Gewalt in Briefen oder Mails ist es sicher noch ein weiter Weg zu den Gewalttaten der letzten Monate wie z.B. gegen den Kasseler Regierungspräsidenten. Sie ist aber die erste Stufe dazu. Wenn Hass, Beleidigung oder Bedrohungen im Internet oder in anonymen Briefen keine Sanktion hervorrufen, dann ist das die offene Tür für die nächste Stufe der Eskalation. Ermutigt dürfen sich all die Schmäher der politisch Verantwortlichen durch Richter fühlen, die wie im Berliner Prozess gegen Renate Künast mit dem juristisch nicht haltbaren Argument, Politiker im öffentlichen Leben müssen mehr aushalten, eindeutige Beleidigungen tolerierten. Den Damen und Herren in Berlin sei der kollegiale Rat ins Stammbuch geschrieben, das GG zu lernen. Das kennt keine Unterscheidung in Menschen und „Politisch Verantwortliche“, es sieht die Menschen alle gleich an!

Endlich Reaktionen
Nach einem Gespräch des Städtetages mit dem Justizministerium kam Bewegung in die Angelegenheit. Bayern hat jetzt einen „hate-speech-Beauftragten“, der als Oberstaatsanwalt auch die Straftaten gegen kommunale Mandatsverantwortliche aufnehmen soll oder in Zusammenarbeit mit den Beauftragten bei den 22 Staatsanwaltschaften im Land bearbeiten wird. Auch im Bund sind Initiativen zur Gesetzesverbesserung im Gange. Hoffentlich wirkt das bald, damit die Konsequenz der Fenster-Theorie nicht eintritt und schwere Gewalttaten gegen die Politik noch mehr um sich greifen. Wie meinte Kurt Gribl so zutreffend: „Zum Amt des Bürgermeisters gehört es nicht, Beleidigungen und Hetze aushalten zu müssen ... Wir brauchen keine dickfelligen Mandatsträger sondern Menschen mit Empathie ...“ Und ich füge hinzu: im Sinne der broken-windows-theory keine Toleranz für Intoleranz!

Ihr Dr. Klemens Gsell

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Bürgermeister der Stadt Nürnberg

Broken-windows-theory für die Politik oder keine Toleranz für Intoleranz

te es für Bayern so: die gute bayerische Sicherheitslage beruhe auf der seit Jahrzehnten im Freistaat praktizierten Strategien „Null-Toleranz“ und „keine rechtsfreien Räume“.

Es scheint an der Zeit, diese Zusammenhänge des „wehret den Anfängen“ auch für die Politik in Erinnerung zu rufen!

Über 80% der Bürgermeister gaben an, in Ihrer Gemeinde schon Fälle von Beleidigung und Gewalt (-androhung) erlebt zu haben.

In der politischen Auseinandersetzung ist die zerbrochene Scheibe die allgemeine Verschärfung des Tons gegenüber Repräsentanten des Staates. Der Bayerische Städtetag machte im Januar bei einer Blitzumfrage unter den Bürgermeistern der Mitglieder die Erfahrung, dass über 80 % der Antwortenden schon Fälle von Beleidigungen und Gewalt gegen sich oder Gemeindemitarbeiter erlebt hatten. Nur knapp die Hälfte der Taten wurde angezeigt und meistens gab es als Resultat eine Einstellung der Staatsanwaltschaft mit dem Verweis auf den Zivilrechts-

Stadtwerke Bayreuth Energie und Wasser GmbH

Mehr als 13.000 Studierende zählt die Universität Bayreuth, die mit ihren zahlreichen Gebäuden jedes Jahr viel Wärme und Kälte braucht. Dafür sorgen die Stadtwerke Bayreuth, die das Gesamtenergiekonzept der Universität überarbeitet haben. Durch den Einsatz großer Blockheizkraftwerke in Kombination mit einem regenerativen Wärmeerzeuger wird künftig jedes Jahr der Ausstoß von rund 6.000 Tonnen CO2 vermieden. „Wir investieren hierfür voraussichtlich mehr als sieben Millionen Euro, leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und steigern gleichzeitig die Versorgungssicherheit der Universität“, resümiert Andreas Waibel, Bereichsleiter Contracting, Wärme und Erzeugung bei den Stadtwerken Bayreuth.

Stadtwerke Forchheim GmbH

Das generalsanierte alte Brauhaus in Forchheim, mit 34 Wohnungen und 2 Gewerbeeinheiten, wird mittels eines BHKWs mit Strom und Wärme versorgt. Im Gegensatz zu herkömmlichen Wohnkomplexen dieser Größe, können mit der Sektor-Kopplung ca. 100 t/a CO2 eingespart werden. „Die Stadtwerke Forchheim investieren als lokales Stadtwerk zuallererst in die Energiewende im Landkreis. Dazu gehört auch der Ausbau der dezentralen Energieversorgung von Wohn- und Gewerbekomplexen mit energieeffizienten Lösungen. Wir freuen uns, dass diese Auszeichnung unsere Bemühungen würdigt und bestärkt uns in unserem Handeln“, resümierte Christian Sponzel, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Forchheim.

Stadtwerke Schwabach GmbH & GEWOBAU der Stadt Schwabach GmbH

Die Stadtwerke Schwabach und die GEWOBAU der Stadt Schwabach sind ein gemeinsa-

mes Pilotprojekt angegangen: Mieterstrom. An vier Wohngebäuden haben nun mehr als 100 Wohneinheiten die Möglichkeit an einer nachhaltigen und lokalen Strom- und Wärmeerzeugung durch neue Blockheizkraftwerke teilzunehmen. Alte Gasheizungen raus, moderne Blockheizkraftwerke rein – war das Motto des Effizienz-Vorhabens in zwei bestehenden Gebäuden. In einem Neubau nebenan wurde ein weiteres BHKW direkt von Anfang an miteingeplant, das durch einen Wärmeverbund wieder-

um zwei zusätzliche benachbarte Gebäude mitversorgen kann. Im letzten Schritt soll eine PV-Anlage die Stromerzeugung dort noch optimal ergänzen. „270.000 kWh Strom werden hier vor Ort erzeugt, durch die Baumaßnahmen sparen wir etwa 21 t CO2 pro Jahr ein. Ein rundum gelungenes Projekt, auch weil Mieter, die kein Wohneigentum besitzen, nun an der lokalen Energiewende teilhaben können!“, freuten sich Stadtwerke-Geschäftsführer Winfried Klinger und GEWOBAU-Geschäftsführer Harald Bergmann. □

Runder Tisch im Wirtschaftsministerium:

Messe-Absagen wegen Corona-Virus

Aiwanger: „Wir sind bestens vorbereitet und werden die Unternehmen unterstützen“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat am Montag den ersten Runden Tisch zum Thema Auswirkungen des Corona-Virus auf die bayerische Wirtschaft geleitet. Teilnehmer waren neben Staatssekretär Roland Weigert Spitzenvertreter der Wirtschaftsverbände in Bayern, der LfA Förderbank und der Messegesellschaften München und Nürnberg.

Aiwanger versicherte den Wirtschaftsvertretern: „Die Staatsregierung ist bestens vorbereitet und wird die Unternehmen, die vom Virus-Ausbruch betroffen sind, unterstützen. Wir haben einen klaren Plan und gute Instrumente.“ Konkret nannte der Minister Liquiditätshilfen durch die Hausbanken im Zusammenwirken mit der LfA Förderbank, sollten Finanzierungsprobleme durch Produktionsausfälle oder unterbrochene Lieferketten entstehen. Aiwanger: „Betroffene Firmen sollten sich frühzeitig melden, um ernsthafte Probleme zu vermeiden.“

Der Minister kündigte zudem an, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Regelungen zum Kurzarbeitergeld ähnlich auszuweiten wie während der Fi-

nanzkrise 2008. Durch das Kurzarbeitergeld können Mitarbeiter auch in kurzfristig schwierigen Zeiten gehalten werden. Bei der Ausweitung geht es vor allem um die Remanenzkosten wie die Sozialversicherungsbeiträge, die im Falle von Kurzarbeit für den Arbeitgeber nicht proportional sinken. Diese Kosten könnten von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden, um die Firmen zu unterstützen.

Der Minister versicherte: „Wir sind gut auf das Thema Corona-Virus vorbereitet. Panik ist nicht angebracht.“

Inzwischen haben die Messegesellschaften in München, Nürnberg und Augsburg ihre Großveranstaltungen, die für die nächsten Wochen anstanden, abgesagt oder verschoben. □

Fachkräfte gewinnen und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den Netzwerkpartnern zählen unter anderem die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverbände, Bildungsträger, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen.

Um Fachkräfte für den Freistaat zu sichern, beschreitet MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen. Über lokale Koordination in Augsburg, München und Nürnberg werden Beratungsangebote und Modellprojekte gesteuert. Sie bündeln Informationen aus den IQ-Handlungsfeldern, vernetzen Akteure auf regionaler Ebene, sowie auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene und initiieren Projekte.

Unterstützungsangebote

Zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund wurden im Laufe der Informationsveranstaltung zahlreiche Unterstützungsangebote beleuchtet, darunter das zum 1. März in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz und ein Input von Dr. Heike Jung, Ministerialdirigentin und Leiterin der Abteilung G „Integration und Unterbringung von Asylbewerbern“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration.



V.l.: Robin Karl, Landrat Martin Neumeyer, Martina Wimmer, Anne Güller-Frey, Andrea Nold, Dr. Heike Jung, Beata Woicik, Regina Konle-Seidl, Constanze von Hassel
Bild: Marcus Dörner, Landratsamt Kehlheim

Nach Jungs Darstellung führen Migranten und Migrantinnen überwiegend niedrigschwellige Berufe aus. Laut einer Statistik des BAMF arbeiteten im Jahr 2018 geflüchtete Menschen zu 70 % im Bereich der Helfertätigkeiten. Zwar würden diese Menschen gebraucht, allerdings sei dieser Bereich am krisenanfälligsten. Deshalb gelte es, das Potenzial für Weiterbildungsmaßnahmen gerade dort auszuschöpfen.

Netzwerkstruktur

„Wir haben eine gute Netzwerkstruktur aufgebaut, wo alle Beteiligten versuchen, auf das gleiche Ziel hin zu arbeiten“, unterstrich die Ministerialdirigentin. So sehe sich auch das bayerische Innenministerium als Teil dieses Netzwerks, um den Weg in Integration und in Arbeit erfolgreich mitzugestalten. Das Innenministerium koordiniere die Akteure und habe bereits konkrete Maßnahmen wie den Jobbegleiter oder den sog. Ausbildungsakquisiteur für Flüchtlinge auf den Weg gebracht. Die zentrale Erkenntnis laute: „Wenn man Menschen erfolgreich und nachhaltig in Arbeit und Ausbildung bringen möchte, muss man sie ein Stück weit auch begleiten“, so Jung. Träten Probleme auf, sei es wichtig, einen Ansprechpartner zu haben, der Wissen vermitteln und damit vorzeitigen Abbrüchen entgegenwirken kann.

Dass die deutsche Wirtschaft künftig mehr Fachkräfte aus Drittstaaten benötigt, darauf machte Regina Konle-Seidl vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfor-

schung aufmerksam. Rein rechnerisch reiche das Arbeitskräftepotenzial in der Region nicht aus, um den Arbeitskräftebedarf decken zu können. Zum anderen sei die Einwanderung aus Drittstaaten nur zu einem geringen Anteil, ca. zehn Prozent, erwerbsbezogen. Die häufigsten Gründe seien völkerrechtlicher, humanitärer oder politischer Natur.

Ehrgeizige Fristen

Als erwartbare positive Wirkungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nannte Konle-Seidl u.a. den Verzicht auf Steuerung über Engpasskriterien und Positivlisten, zudem ergebe sich durch die Öffnung für Personen mit ausgewiesenen berufspraktischen Kenntnissen ein größerer Flexibilitätsspielraum. Begrüßenswert seien darüber hinaus ehrgeizige Fristen im beschleunigten Fachkräfteverfahren sowie die angestrebte Verbesserung der Verwaltungsprozesse (Stichwort Transparenz). Kritisch bewertete Konle-Seidl u.a. die Gleichwertigkeitsprüfung (Flaschenhals), geforderte deutsche Sprachkenntnisse auf B1 Niveau sowie die fehlende Flexibilität von Mindestanforderungen (keine regionale Steuerung).

Neben den fachlichen Inputs gaben Thomas Wieser (Kreisvor-

sitzender DEHOGA Bayern), Siegfried Brandl (Geschäftsführer Möbel Brandl), Volker Folwill (Personalchef SMP Deutschland GmbH), und Sophie Kindler (Sozialservice-Gesellschaft des BRK) – allesamt Unternehmer aus dem Landkreis Kelheim – interessante Einblicke, wie sie in der Praxis im Ausland Fachkräfte akquirieren, welche bürokratischen Hürden ihnen dabei begegnen und wie sie Fachkräfte anschließend auch unterstützen und weiterbilden, um diese auf Dauer zu binden.

Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ trafen sich schließlich Vertreter von Firmen, Kammern und Behörden, um vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels Chancen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration zu erörtern.

Wichtiger Baustein für das Wirtschaftswachstum

Beim Fachkräfteforum in Neunburg vorm Wald (Landkreis Schwandorf) bezeichnete Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Regelungen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes als „wichtigen Baustein für das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand in Bayern“. Das Bundesgesetz werde den Zuzug von internationalen Fachkräften wesentlich erleichtern.

Erstmals wird Herrmann zufolge auch Personen im Rahmen einer Potenzialzuwanderung die Möglichkeit eröffnet, zur Suche eines Berufsausbildungsplatzes für sechs Monate einzureisen. Voraussetzungen sind, dass der Ausländer das 25. Lebensjahr

noch nicht vollendet hat, der Lebensunterhalt gesichert ist, ein Abschluss einer deutschen Auslandsschule oder über ein Schulabschluss vorliegt, der zum Hochschulzugang im Bundesgebiet oder in dem Staat berechtigt, in dem der Schulabschluss erworben wurde, sowie gute deutsche Sprachkenntnisse (Niveau B2) vorliegen.



V.l.: Regina Konle-Seidl, Andreas Schinhärl, Oliver Kort, Christa Steinleitner, Christine Lindmeier, Patrizia Hager und Landrat Franz Meyer (Landkreis Passau)

Auch kleine und mittelständische Unternehmen, die oftmals keine Möglichkeit haben, Ausbildungsinteressenten unmittelbar aus dem Ausland zu gewinnen, sollen so die Möglichkeit erhalten, geeignete Ausbildungsplatzsuchende zu finden. Und für Fachkräfte mit Berufsausbildung wurde – vergleichbar zur bestehenden Norm für Akademiker – auch die Möglichkeit zur Arbeitsplatzsuche für bis zu sechs Monate geschaffen.

Voraussetzung: anerkannte Qualifikation

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden Fachkräfte mit Berufsausbildung und Fachkräfte mit akademischer Ausbildung aufenthaltsrechtlich gleichgestellt. Voraussetzung für beide Gruppen ist eine anerkannte Qualifikation. Die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für Fachkräfte kann bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages erfolgen. Die berufliche Qualifikation muss anerkannt oder in Deutschland erworben sein. Anforderungen an ein Sprachniveau sind hier nicht erforderlich.

Servicegedanke im Fokus

„Die bayerischen Unternehmen, insbesondere aus Handwerk und Mittelstand, haben zu Recht hohe Erwartungen an das Gesetz“, betonte der Minister und kündigte an: „In Bayern werden wir beim Vollzug des Gesetzes den Servicegedanken verstärkt in den Fokus rücken und eng und vertrauensvoll mit den Wirtschaftsverbänden zusammenarbeiten.“ Das Ziel müsse sein, dass die bayerischen Unternehmen möglichst die Auszubildenden und Fachkräften finden, die sie brauchen. „Das neue Gesetz wahrt die Balance, indem es die legale Zuwanderung zu Erwerbszwecken erleichtert und gleichzeitig an einer klaren Trennung von Asyl und Erwerbsmigration festhält“, stellte Herrmann fest.

Wie der Minister weiter darlegte, komme bei der Integration der Fachkräfte neben den Arbeitgebern auch den Kommunen eine wichtige Rolle zu. Denn Fachkräfte benötigten nicht einfach nur einen Arbeitsplatz, sondern auch eine Wohnung, für ihre Kinder Angebote der Kinderbetreuung und Schule und zudem die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Hier seien Rathaus und Landratsamt oft erste Anlaufstellen für die neuen Einwohner.

„Für die Beratung kann die Kommune sicherlich gut auf die

bestehenden Beratungsangebote wie zum Beispiel die Flüchtlings- und Integrationsberatung verweisen“, meinte Herrmann. Es komme aber auch darauf an, die Infrastruktur vor Ort fit für die neu angekommenen Fachkräfte zu machen: Sie müssten die Angebote des täglichen Lebens, zum Beispiel der Vereine, in der Kommune erst einmal finden und dann müssten diese den Fachkräften und ihrer Familie auch offenstehen. „Wichtig ist also auch,

Dabei rücke die Bedeutung von Fachkräften mit Migrationshintergrund verstärkt in den Blickpunkt. Viele arbeiteten nicht in ihrem erlernten Beruf und könnten ihr berufliches Potenzial nicht in vollem Umfang nutzen.

Neue Ausbildungs- und Qualifizierungsformate

Neben der Anwerbung von Fachkräften im Ausland sei es deshalb eine Herausforderung für alle Beteiligten, die heimische Ausbildung bzw. Qualifizierung ausländischer Fachkräfte zu stärken und auszubauen. Und gerade in diesem Zusammenhang sei es auch notwendig, künftig intensiver den Fokus auf Migrantinnen zu setzen. Meyer zufolge werden derzeit in einer engen Kooperation der Beruflichen Schulen sowie der Universität Passau mit der Bildungskordinatorin des Landkreises neue Ausbildungs- und Qualifizierungsformate konzipiert. Insbesondere Frauen mit Kindern soll damit der Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und beruflicher Tätigkeit erleichtert werden.

„Wenn wir Fachkräfte anwerben, dann kommen Menschen mit Familien und Kindern“, stellte Meyer klar. „Das bedeutet sehr viel mehr als Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt. Das bedeutet auch, dass diese Fachkräfte bzw. Migrantinnen und Migranten sowie ihre dazugehörigen Familien einen guten Platz in den Gemeinden des Landkreises finden sollen und auch wollen.“

An dieser Stelle benötige die Fachkräftezuwanderung auch eine Strategie im Hintergrund, stellte der Landrat fest. Sein Landkreis entwickle deshalb im Rahmen des kommunalen Integrationsmanagements ab Mitte des Jahres ein Integrationskonzept, das die vielfältigen Aspekte der Integration von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen aufgreift und Leitlinien zur Gestaltung des vielschichtigen Integrationsprozesses beschreiben wird.

Dass ein solches Konzept dringend erforderlich ist, zeigte sich bei einer Podiumsdiskussion mit Arbeitgebern aus der Region. Moderiert von der Bildungskordinatorin am Landratsamt, Patrizia Hager, standen Christa Steinleitner und Oliver Kort (Johannesbad Reha-Kliniken), Christine Lindmeier (Berufsakademie Passau) sowie Andreas Schinhärl (Knorr-Bremse) dem Publikum gemeinsam mit den Referentinnen Anne Güller-Frey und Regina Konle-Seidl Rede und Antwort.

Ausbildungsleiter Schinhärl zeigte sich überzeugt, dass der deutschlandweite Fachkräftebedarf nur mit Arbeitnehmern aus dem Ausland zu bewerkstelligen ist. In Aldersbach beschäftige Knorr-Bremse 1.000 Mitarbeiter, davon mittlerweile zehn Prozent mit Migrationshintergrund aus 22 Nationen, darunter Iran, Irak, Kosovo und Nigeria. Vor zwei Jahren waren es noch fünf bis sechs Prozent.

Wie Pflegedienstleiter Kort berichtete, beschäftigten die Johannesbad Reha-Kliniken im grenznahen Bad Füssing fast 20 Prozent Migranten, darunter Tschechen, Polen und Ukrainer. In der Pflege sei eine deutliche Tendenz zu Arbeitskräften aus dem Ostblock erkennbar. In der Ärzteschaft wiederum verzeichne man auch Vertreter aus dem Iran, Ägypten und Syrien. Aus Korts Sicht ist nicht nur das zum Teil über zwei Jahre währende Anerkennungsverfahren problematisch, sondern auch die betriebliche Integration. „Zum Teil kommen die Familien nach, dann geht es erst richtig los.“

Nach Schinhärls Worten funktioniere Integration ohnehin nur, wenn alle beteiligten Ebenen an einem Strang ziehen. Die Grundhaltung im Unternehmen müs-

Blickpunkt ...

(Fortsetzung von Seite 1) müssen daher dringend dynamisiert und verbessert werden.“

Einer Verbreitung des Corona-Virus sehe Deutschland nach Ansicht des DLT gut gerüstet entgegen. Die Gesundheitsämter in den Landkreisen seien darauf eingestellt, mit einer Pandemie umzugehen. Die bislang betroffenen Regionen hätten die Situation im Griff.

Die Landkreise seien über die Gesundheitsämter die maßgeblichen Akteure, um gesundheitliche Gefahren abzuwehren. Dazu hätten sie Pandemiepläne erstellt und weitere Vorbereitungen getroffen. Sie koordinierten auch bei dem Corona-Geschehen zahlreiche andere Akteure vor Ort und stimmten sich etwa mit den Gemeinden als örtlichen Ordnungsbehörden eng ab. Außerdem bestünden kurze Entscheidungswege zu Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Altenheimen, Schulen und Kitas.

Corona-Virus: Landkreise koordinieren Einsatzkräfte

„Sollten wir es tatsächlich wie zuletzt vom Bundesgesundheitsministerium erwartet mit einer Epidemie bis hin zum Katastrophenfall zu tun bekommen, koordinieren die Landkreise die Einsatzkräfte vor Ort, von der Feuerwehr über den Rettungsdienst bis zur Polizei. Dabei handelt es sich um ein eingespieltes Instrumentarium, das umgehend einsatzfähig ist“, betonte der DLT-Präsident. Im Katastrophen- oder Pandemiefall mit überregionaler Ausbreitung sähen die Bestenfalls zwischen den kommunalen Behörden und den Ländern sowie mit dem Bund vor.

„Wir sind nah am Problem und können schnell und passgenau reagieren, ohne erst lange Befehlsketten durchlaufen zu müssen“, machte Sager deutlich. So hätten die Landkreise zuletzt bei Tierseuchen oder Naturkatastrophen gezeigt, dass sie solche Herausforderungen gut bewältigen können. **DK**

se stimmen. Jeder Ukrainer habe bei Knorr-Bremse einen Mentor an seiner Seite. Um sprachlichen Problemen Herr zu werden, benötige insbesondere der ländliche Raum mehr Unterstützung. Schließlich könne man einem Facharbeiter nach Beendigung seiner Schicht nicht noch eine stundenlange Fahrt zu seinem Deutschkurs aufbürden.

Sprache ist das A und O

In dieselbe Kerbe hieb Bildungskordinatorin Patrizia Hager: Sprachkompetenz sei das „A und O“ in der Ausbildung und bei der Arbeit, der Integrationskurs allein reiche nicht. Benötigt würden mehr kleinteilige, auch berufsbegleitende Sprachkursformate vor Ort. Dafür müssten sich Betriebe zusammenschließen.

„Mein Plädoyer ist, sich erst um die Sprachkenntnisse zu kümmern, sonst zieht sich alles andere auch in die Länge. Das nutzt im Beruf, im Alltag und bei der vorgeschriebenen Kenntnisprüfung“, meinte auch Fortbildungsleiterin Christine Lindmeier. Das Freistellen werde gefördert, der Arbeitgeber könne zum Nulltarif eine Hilfskraft zur Fachkraft qualifizieren.

Hauzenbergs Bürgermeisterin Gudrun Donaubaier schlug vor, digitale Medien für Sprachkurse zu nutzen. Schließlich sei Hauzenberg digitaler Lernort der Landschuler Hochschule. Mit dieser Technik könnten Migranten mit einem in Passau ansässigen Lehrer und seinen Schülern Deutsch lernen. „Andernfalls läuft uns die Zeit weg“, bemerkte die Rathauschefin. **DK**

Wachsende Bedrohung für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

läuft, beleidigt oder bedroht zu werden?", fragte Gribl. Zum Amt des Bürgermeisters gehöre es nicht, Beleidigungen und Hetze aushalten zu müssen. „Oft hört man, dass ein Bürgermeister sich ein dickes Fell wachsen lassen soll. Wir brauchen keine dickfelligen Mandatsträger, sondern Menschen mit Empathie, die offen für andere sind und die Belange eines Gemeinwesens erfassen. Bürgermeister begegnen den Menschen auf Augenhöhe, zeigen Respekt und wollen mit Respekt behandelt werden“, so der Verbandsvorsitzende.

Themenwechsel. Als „soliden Schritt“ bezeichnete Gribl die Klimaschutzoffensive des Freistaats. Nun müsse sie mit realistischen Zielen und finanziellen Mitteln in die Umsetzung kommen. Der Entwurf zum bayerischen Klimaschutzgesetz biete eine Grundlage, auf der alle Beteiligten gemeinsam weiterarbeiten können.

Als nicht genügend bewertete der Städtetagsvorstand freilich die im Entwurf zum Klimaschutzgesetz vorgesehenen „Empfehlungen“ und die in Aussicht gestellten Förderprogramme. Städte und Gemeinden benötigten langfristige Förderung, nachhaltige Anreize und tragfähige Handlungsleitfäden für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Praxisratgeber für klimagerechtes Bauen und Siedlungsentwicklung. Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen müsse vom Freistaat nach dem Konnexitätsprinzip unterstützt werden.

Praktische Ansätze in Städten und Gemeinden seien die klimafreundliche Siedlungsentwicklung mit Grünzügen und Bäumen, die energetische Sanierung von Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz, eine klimafreundliche Energieversorgung, die CO₂-arme Energiegewinnung und eine energiesparende Gebäudeklimatisierung und abgasarme Mobilität.

Wie Gribl darlegte, können bei Stadtentwicklung und Bauleitplanung wirkungsvolle Hebel zum Klimaschutz ansetzen. Das Leitmotiv für eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung laute: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die vorhandenen Siedlungsstrukturen böten die Möglichkeit, eine kompakte Stadt weiter zu entwickeln, indem Baulücken und Brachflächen genutzt werden.

Grünzüge und Freiräume müssen verbessert werden, um in Hitzeperioden für ein kühleres Stadtklima zu sorgen. In Städten könnten Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung, Baumpflanzungen und Wasserbaumaßnahmen helfen. Parkanlagen, Grünflächen und die Verknüpfung von Frischluftsystemen verbesserten die Belüftung der Innenstädte mit Kaltluftschneisen: „Hier helfen Baumkataster zur Pflanzung hitzerobuster Baumarten.“

Ein wichtiger Bereich sei die Verkehrsplanung und die Förderung des ÖPNV. Gribl zufolge leistet die kompakte Stadt der kurzen Wege einen Beitrag zum Klimaschutz. Eine gute Mischung aus Wohnen, Freizeit und Arbeit hilft, Verkehr zu vermeiden. So-

balde Geschäfte zu Fuß oder mit Fahrrad zu erreichen sind, kann das Auto stehen bleiben. Wenn Innenstädte funktionstüchtig sind und der städtische Einzelhandel keine Konkurrenz vor den Toren der Stadt bekommt, lässt sich Verkehr vermeiden und damit ein Beitrag zum täglichen Klimaschutz leisten.“ DK

Kabinettsbeschluss gegen Hasskriminalität

Bei Morddrohungen in Sozialen Medien, Gewalt gegen Beschäftigte in Rettungsstellen oder auch antisemitisch motivierten Straftaten - die Bundesregierung verstärkt ihren Kampf gegen Hasskriminalität. Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der neue Regeln und Strafverschärfungen vorsieht.

Was ändert sich? Morddrohungen, volksverhetzende Äußerungen und andere strafbare Inhalte werden häufig über Soziale Netzwerke veröffentlicht. Die Anbieter großer Netzwerke werden verpflichtet, solche Inhalte zu melden. Dafür wird beim Bundeskriminalamt eine neue Zentralstelle eingerichtet. Bislang waren die Anbieter nur dazu verpflichtet, diese Inhalte zu löschen oder zu sperren.

Richtet der Anbieter ein unzureichendes Meldesystem ein, kann dies mit einem Bußgeld sanktioniert werden. Zudem werden Hetze, Drohungen und Beleidigungen im Netz wegen der besonders hohen Reichweite härter und besser verfolgt. Um Tatverdächtige identifizieren und Beweise sichern zu können, werden klare Rechtsgrundlagen zur Auskunftserteilung von Anbietern gegenüber Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden geschaffen.

Üble Nachrede und Verleumdung gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden künftig schärfer bestraft. Mit ihrem Engagement sind sie eine Stütze der Gesellschaft und verdienen besonderen Schutz.

Personen, die aufgrund ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, werden besser geschützt. Im Melderegister werden dafür entsprechende Auskunftssperren im Melderegister eingerichtet. DK

Große Schritte für die Bildungsintegration Neuzugewanderter:

Landkreise und kreisfreie Städte in Nordbayern ziehen Bilanz

Kurz vor dem Ende des Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ haben sich die Mitarbeitenden aus 32 nordbayerischen Kommunen vergangene Woche in Erlangen zu einem gemeinsamen Workshop der Transferagentur Bayern Nord getroffen und Bilanz gezogen. Nach rund vier Jahren Arbeit steht fest: Vielerorts wurden Strukturen geschaffen, die die Bildungsintegration Neuzugewanderter wesentlich erleichtern, sie effektiv gestalten und so zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Seit 2016 waren bayernweit rund 100 kommunale Koordinierende angetreten, um zu analysieren, wo Schwierigkeiten bei der Bildungsintegration Neuzugewanderter bestehen. Oft in enger Kooperation mit den örtlichen Bildungsbüros. Ab Mitte des Jahres läuft das Förderprogramm in allen Kommunen aus. Bei einem abschließenden Workshop der Transferagentur Bayern Nord zogen 36 Koordinatorinnen und Koordinatoren aus Franken und Oberpfalz eine erste Bilanz ihrer Arbeit: In rund 100 Gremien und Arbeitskreisen brachten sie Bildungsverantwortliche zusammen, moderierten Austausch- und Entscheidungsprozesse und sorgten dafür, dass auf datenbasierter Grundlage bildungspolitische Entscheidungen getroffen werden konnten. Um Transparenz über die Bildungsangebote in ihren Kommunen und ihre Arbeit zu schaffen, gaben sie über 80 Broschüren heraus. Darunter finden sich Wegweiser zu Sprachkursen, Informationsmaterialien für Neuzugewanderte zum Bildungssystem und zur Schulpflicht sowie ganzheitliche Integrationskonzepte. In allen Kommunen sind die Informationen über eigens entwickelte Apps und Websites online abrufbar.

Die Koordinatorinnen Nordbayerns sehen große Herausforderungen, die in nächster Zeit auf Kommunen zukommen. Zum Beispiel die Bildungsintegration von Menschen, die aus dem EU-Ausland zuwandern aber auch die bessere Integration von geflüchteten Frauen und jungen Müttern. Wichtig wäre, die jetzt durch die Bildungskordinatorinnen und -koordinatoren vorhandene Expertise in Beratung aufrecht zu erhalten, um die gesamt kommunalen Strategien für Integration und Bildung weiter auszubauen.

Nur wenige Städte und Landkreise haben sich bisher entschlossen, die Stellen aus eigenen Mitteln weiter zu finanzieren.

Die Transferagentur bietet zahlreiche Unterstützungsleistungen für Kommunen an, wie Prozessbegleitung beim Strukturaufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements, Qualifizierungsveranstaltungen sowie eine aktive Vernetzung der Kommunen untereinander. Aktuell unterstützt das Team der Transferagentur Bayern in Nürnberg und München insgesamt 59 Kommunen beim Bildungsmanagement und -monitoring. 31 Kommunen erhalten hierbei bundesweite Förderunterstützung durch das BMBF über das Programm „Bildung integriert“.

Noch ist aber nicht alle Arbeit

11. März–15. März 2020
Mittwoch–Sonntag
Messegelände München
www.ihm.de

SAVE THE DATE!
10.-14. März 2021

Netzwerk Handwerk

Hier trifft sich die Fachwelt

Jetzt 30% Rabatt
sichern! Gutschein-
Code: BGZ20
ihm.de/gutschein

**INTERNATIONALE
HANDWERKSMESSE**

Ihr Treffpunkt des Handwerks.

Bundesrat gibt grünes Licht:

Meilenstein bei der ÖPNV-Förderung

Durch Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und des Regionalisierungsgesetzes haben Bundestag und Bundesrat umfangreiche Aufstockungen der Bundesmittel für Infrastrukturprojekte und Betrieb des ÖPNV beschlossen. Die Maßnahmen sind wichtige Bausteine für die Verkehrswende in den Städten und Gemeinden.

Laut Gesetzesbeschluss verdoppeln sich in diesem Jahr die Mittel für den ÖPNV von 332 auf 665 Millionen Euro. Ab 2021 stellt der Bund den Ländern 1 Milliarde Euro jährlich zur Verfügung. 2025 wird der Betrag auf 2 Milliarden Euro im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 erhöht und in den Folgejahren jährlich um 1,8 Prozent ansteigen.

Bislang durften GVFG-Mittel ausschließlich für den Neu- und Ausbau verwendet werden. Mit der Novelle dürfen die Mittel nachrangig nun auch für Sanierungsprojekte verwendet werden. Zudem werden die Förderquote auf bis zu 75 Prozent erhöht und die Förderschwellen von 50 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro, bzw. in Ausnahmefällen auf 10 Mio. Euro gesenkt. Ebenso sind Planungskosten künftig förderfähig.

Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), Christian Haase MdB: „Dass die Mittel im Gemeindeverkehrsfinanzierungsge-

setz deutlich angehoben werden, ist für die Kommunen ein wichtiges Signal und ein wichtiger Beitrag für die Gewährleistung einer nachhaltigen Mobilität. Wichtig ist, dass durch entsprechende Planungsfortschritte die zusätzlich bereitgestellten Mittel auch tatsächlich abgerufen und investiert werden.“

Position des VDV

Auch der Branchenverband VDV begrüßt die Verabschiedung des GVFG und die damit verbundene Erweiterung des Förderkatalogs. Der Verband veröffentlicht parallel dazu seine aktualisierten Vorschläge zur weiteren Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken in Deutschland. „Die Elektrifizierung von Eisenbahnverkehr führt zu mehr Stabilität und Flexibilität im Schienennetz und unterstützt die Verlagerung auf den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene. Daher begrüßen wir diese Erweiterung der Fördersatzbestände im GVFG ausdrücklich“, betont VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Der VDV hat passend hierfür sein Sonderprogramm zur Finanzierung von Elektrifizierungsvorhaben und Hybridlösungen im Eisenbahnnetz komplett überarbeitet und aktualisiert. Darin enthalten sind konkrete Vorschläge für insgesamt 8.093 Kilometer des derzeit aktiven Streckennetzes, wo eine Elektrifizierung mit Oberleitungen aus Branchensicht sinnvoll wäre. Hinzu kommen Vorschläge für 4.251 Kilometer, die sich nach Ansicht des VDV und seiner Mitglieder für einen vollelektrischen Hybridbetrieb mit einer Mischung aus Oberleitungs- und Speicherbetrieb (Akku) eignen würden. „Damit wäre elektrischer Personen- und Güterverkehr auf 86 Prozent des heutigen Schienennetzes möglich. Auf diesem Netz finden 99 Prozent der Verkehrsleistung statt. Der Eisenbahnbetrieb wäre damit nahezu vollelektrisch“, meint Wortmann.

Durch die Änderung des Regionalisierungsgesetzes stehen künftig auch mehr Mittel für den Regionalverkehr in den Ländern zur Verfügung. Somit können zum Beispiel Taktverdichtungen im SPNV und neue Verbindungen durch die Aufgabenträger bestellt werden. Die zusätzlichen Regionalisierungsmittel erhöhen den bereits gesetzlich festgelegten Auszahlungsbetrag des jeweiligen Jahres. Die bestehende Dynamisierung in Höhe von

1,8 Prozent bleibt, womit die Regionalisierungsmittel über die Jahre 2020 bis 2031 um insgesamt 5,25 Milliarden Euro steigen.

Nach Ansicht des DStGB sind die Mittelaufstockungen im GVFG und im Regionalisierungsgesetz für die Städte und Gemeinden ein positives Signal und stellen einen Meilenstein bei der ÖPNV-Förderung dar. Neben zusätzlichen Mitteln seien insbesondere die Aufnahme von Grunderneuerung und Senkung der Förderschwellen im GVFG dringend notwendig, um die vielerorts in die Jahre gekommenen ÖPNV-Systeme zu modernisieren und fit für die Zukunft zu machen. Die Gesetzesänderungen stellten allerdings nur Bausteine für eine umfassende Verkehrswende in Stadt und Land dar.

Planungen beschleunigen

Auch der konsequente Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur, die Verbreitung alternativer Antriebe, digitalisierter Verkehrssysteme und die stärkere Vernetzung der Verkehrsmittel sind aus Sicht des DStGB notwendig, um mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu erreichen. Im vergangenen Jahr haben über 10,4 Milliarden Menschen den ÖPNV benutzt. Gerade in den Ballungsräumen sei die Kapazität insbesondere in der Rushhour ausgelastet. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten, dass Busse und Bahnen in enger Taktung pünktlich fahren, sauber und sicher sind.

Die großen Herausforderungen werden laut Kommunalverband allerdings mittelfristig nur zu meistern sein, wenn es auch gelingt, Planungen und Umsetzungen zu beschleunigen. Noch immer lähmen komplizierte Vergabeverfahren, lange Planungszeiträume und Engpässe in der Bauwirtschaft den zügigen Ausbau. Richtig wäre es deshalb, wenn Bund und Länder entsprechende Investitionsbeschleunigungsgesetze auf den Weg brächten. Dies wäre insgesamt ein positives Zeichen für den Wirtschaftsstandort und würde dazu beitragen, Deutschland wettbewerbsfähig zu halten.

Wie der Deutsche Landkreistag ausführt, sei es nun entscheidend, dass die Länder die zusätzlichen 5 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel für die nächsten zehn Jahre auch im Interesse von Klimaschutz und gleichwertigen Lebensverhältnissen einsetzen. Dies betreffe neben dem Schienenverkehr auch den Busverkehr. Zudem erwartet der Verband, dass der Bund nun zügig den Mechanismus zur Ermittlung der Trassen- und Stationsentgelte so anpasst, dass die zusätzlichen Mittel tatsächlich vollständig in eine Angebotsverbesserung fließen können. **DK**

Stadt und Landkreis Regensburg:

Gesamtmobilitäts-Konzept für die Region

Die Stadt Regensburg und der Landkreis Regensburg haben sich mit dem Freistaat Bayern darauf verständigt, ein „Konzept Mobilität Raum Regensburg“ (KMRR) zu erstellen. Unter Einbeziehung aller Verkehrsträger, Verkehrsmittel sowie Aufgaben- und Baulastträger soll ein umfassendes Gesamtkonzept zur künftigen Mobilität im Raum Regensburg erarbeitet werden.

In einem Pressegespräch erläuterten Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Landrätin Tanja Schweiger, Ministerialrat Dr.-Ing. Stefan Meier vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und LtD. Baudirektor Josef Kreitinger, Regierung der Oberpfalz, die Zielsetzungen sowie die Prozess- und Arbeitsstruktur des Konzeptes. Prof. Dr.-Ing. Klaus Bogenberger, Technische Universität München, der die Konzipierung dieses Prozesses begleitet wird, erläuterte die Inhalte und den Ablauf der einzelnen Verfahrensbausteine.

Strategien entwickeln

Die Region Regensburg ist sehr erfolgreich. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft positiv und es gibt einen permanenten Bevölkerungszuwachs. Dies führt zu neuen Herausforderungen, was das Thema Mobilität betrifft. Anfang der 2000er Jahre wurde daher die „Verkehrsuntersuchung Großraum Regensburg“ erarbeitet, die seit dem Jahr 2005 als Grundlage der verkehrlichen Entwicklung diente. Viele der dort genannten Maßnahmen sind zwischenzeitlich umgesetzt worden oder befinden sich in der Realisierung. Jetzt geht es darum, Strategien zu entwickeln,

wie die Mobilität im Großraum Regensburg den gestiegenen Anforderungen in der Zukunft gerecht werden kann.

Integration aller Verkehrsträger und Mobilitätsformen

Das neue Mobilitätskonzept wird mehr sein als ein Plan, wie infrastrukturelle Engpässe beseitigt werden können. Vielmehr muss Mobilität abgestimmt sein mit der städtebaulichen Planung und in Einklang gebracht werden mit neuen Anforderungen, etwa den Zielen des Klima- und Umweltschutzes. Daher werden multimodale Ansätze zu finden sein, die eine nachhaltige Mobilität in den Blick nehmen.

Stadt und Landkreis Regensburg sowie der Freistaat Bayern haben deshalb vereinbart, die Verkehrsuntersuchung Großraum Regensburg aus dem Jahr 2005 nicht einfach fortzuschreiben, sondern einen neuen konzeptionellen Ansatz zu wählen, der sich bereits im Stadium der Entwicklung der Prozessstruktur niederschlägt. Sie haben Prof. Dr.-Ing. Klaus Bogenberger von der Technischen Universität München, Lehrstuhl für Verkehrstechnik, gewinnen können, die Konzipierung dieses Prozesses beratend zu begleiten. **□**

Zukunftsforum Schweinfurt 2020:

Energie und Mobilität von morgen

Zu einem informativen Austausch über innovative Antriebsformen mit dem Themenschwerpunkt Brennstoffzellentechnologie lud die Stadt Schweinfurt in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt sowie dem Landkreis Schweinfurt in das Kongresszentrum ein. In diesem Rahmen wurde auch erstmalig der Zukunftspreis verliehen.

Wie Oberbürgermeister Sebastian Remelé eingangs erklärte, müssten Antworten auf „Schicksalsfragen“ für Schweinfurt und die Region gefunden werden: „Wo kommt die Energie künftig her? Wie kann Schweinfurt seinen mit einer Großstadt vergleichbaren Energiehunger stillen? Wie bewegen wir uns in Zukunft fort? Und wie werden die Fahrzeuge angetrieben?“ Landrat Florian Töpfer wiederum wies darauf hin, dass gemeinsam alles getan werde, damit sich die Unternehmen in der Region gut aufgehoben fühlten. Es werde Veränderungen geben, die es zu nutzen gilt und die Chancen bieten.

Zahlreiche Experten setzten sich im Rahmen des Zukunftsforums mit Innovationen und Visionen auseinander. So zeigte Prof. Dr. Johannes Paulus (Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt) als Initiator der Power-to-Gas-Anlage Haßfurt Beispiele zur Nutzung von Wasserstoff im Bereich Energieversorgung und Mobilität auf. Aus Paulus' Sicht ist Wasserstoff „die erste und einzige sinnvolle Option als saisonaler Speicher für regenerative Energien“. Seiner Einschätzung nach werden sich sowohl die elektrische Batterie als auch der serielle Brennstoffzellen-Hybrid durchsetzen. Bei Nutzfahrzeugen sind für den Wissenschaftler auf Wasserstoff basierte Antriebe ebenfalls eine Option.

Prof. Dr. Ansgar Ackva, Leiter des FHWS Technologietransferzentrums Elektromobilität in Bad Neustadt ging der Frage nach, ob Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge „technologische Feinde oder Freunde“ sind. Aktuell hätten die Hybride noch mit Realverbrauch, Emission und Kosten, die E-Batterie-Autos mit den Problemen Rohstoffe, Recycling und Schnellladen und die erst am Anfang stehenden Brennstoffzellenfahrzeuge mit Bauraum, hohen Kosten und Effizienzverlusten sowie der

Infrastruktur zu kämpfen. Gleichwohl werde sich vieles verbessern, meinte Ackva. So setze das E-Auto bereits jetzt die Standards für das Brennstoffzellenfahrzeug und massiver Druck komme auf den Verbrenner zudem durch stetig sinkende CO₂-Grenzwerte, verschärfte Gesetze und höhere Strafzahlungen für CO₂-Sünder zu. Dies werde die Chancen für CO₂-arme Technologien erhöhen und die Kosten verringern. Ackva zufolge wird es für jeden Antrieb eine Nische geben, es stellt sich nur die Frage nach dem jeweiligen Anteil.

Es gibt nicht nur eine Lösung

Keineswegs konkurrierende, sondern vielmehr ergänzende Technologien sind Batterie und Brennstoffzelle für den Schweinfurter Standortleiter der ZF Friedrichshafen AG, Hans-Jürgen Schneider. In Zukunft wird es seiner Meinung nach nicht nur eine Lösung geben. Zahlreiche Antriebsarten werden ihre Berechtigung haben. Für leichtere Fahrzeuge und geringere Reichweiten sei Batteriebetrieb von Vorteil; bei höheren Massen (z.B. Bus und Lkw) und längeren, energieintensiveren Strecken eignen sich eher Brennstoffzellenantriebe. Die Hybridtechnik werde ihre Möglichkeiten zwischen diesen beiden Welten finden. Und selbst dem Verbrenner drohe nicht das schnelle Aus, vermutete Schneider. In Regionen, in denen neue Antriebsarten und der Infrastrukturaufbau langsamer vorankommen, würden Alternativen für die Mobilität noch längerfristig benötigt.

Vorstand Prof. Dr. Veronica Grimm stellte ihrerseits das im Sommer vergangenen Jahres gegründete Wasserstoffkompetenzzentrum. Bayern (H2.B) vor. Das Zentrum hat die Aufgabe, unter Einbeziehung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in den

nächsten Monaten eine bayerische Wasserstoffstrategie zu erarbeiten.

Unterstützt wird das H2.B von dem gleichzeitig gegründeten Wasserstoffbündnis Bayern. Insgesamt 16 Partner aus Industrie, Wissenschaft und den Kommunen legen in dem Verbund den Grundstein für gemeinsames Handeln, um Wasserstoff als einen Energieträger der Zukunft zu etablieren. Das Bündnis soll weiteren Mitgliedern aus Industrie, Wissenschaft und auch den Kommunen offenstehen. Ziele sind, Bayern zum führenden Standort bei der industriellen Fertigung der Wasserstoffschlüsseltechnologien auszubauen, die Technologie-Führerschaft bei der Wasserstoffspeicherung und Logistik zu etablieren sowie den Ausbau der Tankstellen-Infrastruktur zu beschleunigen.

Für die Lehrstuhlinhaberin an der Universität Erlangen-Nürnberg ist die Wasserstofftechnologie für den Energietransport, als Energiespeicher sowie als Brennstoff für die Mobilität von zentraler Bedeutung. Umso wichtiger sei dies beim anstehenden Transformationsprozess des weltweiten Energiesystems mit den künftigen Primärenergiequellen Wind und Sonne. Stromimporte in Verbrauchszentren werden hierzu lande teilweise erforderlich sein, bemerkte Grimm.

Höhepunkt der Veranstaltung war die erstmalige Vergabe des Zukunftspreises Schweinfurt an Peter Rumpel (Dittelbrunn/Schraudenberg). Das innovative Konzept des Ingenieurs der Schaeffler AG sieht den Aufbau eines Wasserstoff-Tankstellennetzes mit dazugehöriger Wasserstoffherzeugung vor. Dabei zeigte Rumpel auch, dass Schweinfurt ideal dafür geeignet wäre. Der komplette Straßenverkehr könnte dort nach seinen Berechnungen problemlos CO₂-neutral fahren.

Oberbürgermeister Remelé gratulierte dem Gewinner und überreichte ihm einen Scheck über 1.500 Euro. Alle weiteren Teilnehmer durften sich über ein Preisgeld von jeweils 500 Euro freuen. **DK**



V.l.: Ministerialrat Dr. Ing. Stefan Meier, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, Landrätin Tanja Schweiger, Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Prof. Dr. Ing. Klaus Bogenberger, Technische Universität München, Leitender Baudirektor Josef Kreitinger, Regierung der Oberpfalz.

Bild: Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser

Radverkehr mit Rückenwind

Staatssekretär Holetschek: Austausch mit der AGFK Bayern zur künftigen Radverkehrsförderung

Im Rahmen eines Fachgesprächs zur Radverkehrsförderung in Bayern diskutierten Landräte, Bürgermeister und Vertreter aus kommunalen Verwaltungen mit Staatssekretär Klaus Holetschek auf der Messe f.re.e. zur zukünftigen Radverkehrsförderung in Bayern. Der Bundesrat legte bereits Mitte Februar vor und entschied sich mit der StVO-Novelle zugunsten der Sicherheit von Radfahrern. Auch im Wahlkampf der anstehenden Kommunalwahlen in Bayern zeigt sich, dass die Themen Radverkehr und -förderung stark an Bedeutung gewonnen haben.

Stetig steigende Verkaufszahlen von Fahrrädern, die deutliche Zunahme radtouristischer Freizeitgestaltungen und der Anstieg des Radverkehrsanteils im Modal Split in vielen bayerischen Kommunen sprechen eine deutliche Sprache: Radfahren erlebt einen Boom und immer mehr Menschen steigen aufs Rad um. Diese Entwicklung schlägt sich auch in den stark steigenden Mitgliederzahlen der AGFK Bayern nieder. So sind bereits im jungen Jahr 2020 schon 14 neue Mitgliedsanträge bayerischer Kommunen bei dem Verein eingegangen.

Das bayerische Radverkehrsprogramm hat sich 2017 das Ziel ge-

aber auch eine kosten- und barrierefreie Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr, die Erleichterung der Anordnung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen, die Anhebung des bayerischen Höchstsatzes für Parkgebühren und das Aufstellen von deutlich mehr Fahrradstaffeln der Polizei.

Im Gespräch mit den kommunalen Entscheidern plädierte Staatssekretär Holetschek für praktische Lösungen, die im Einzelfall auch von den Standards abweichen könnten, um ein gutes Ergebnis für den Radverkehr herbeiführen zu können. Auch seitens der kommunalen Planer wird mehr Flexibilität für die Entscheider vor Ort gefordert. „Radfahren darf nicht nur mit Worten gefördert werden, sondern auch mit Taten“, so Holetschek. Um dies auch symbolisch zu unterstreichen, übergab er den Vertretern der AGFK Bayern den Förderbescheid, der eine Aufstockung von bisher 250.000 auf 300.000 Euro vorsieht. **□**

Wärmespeicher mit Gehirn

Wie intelligente Software BHKWs gewinnbringend steuert

Effizient und klimaschonend – das könnte auf dem Etikett der Software stehen und auf dem von ihr gesteuerten Wärmespeicher. Oder: „Einfach intelligent“. Entwickelt wurde das innovative Programm zur Betriebsoptimierung in München beim KWK (Kraft-Wärme-Kopplung)- und Wärmespeicher-Spezialisten VK Energie.

Überaus erfolgreich eingesetzt wird es seit 2017 bei schwaben regenerativ, 100prozentige Tochterunternehmen der Augsburger erdgas schwaben. Die Umrüstung erfolgte schnell und unkompliziert, genauso wie der vierwöchige Probelauf. Die enge Kooperation trägt seitdem nachweislich Früchte: Mit dem digitalen Fahrplan betreibt schwaben regenerativ ihre Blockheizkraftwerke (BHKW) in Mindelheim und Kaufbeuren noch wirtschaftlicher und mit deutlich weniger Störungen als vorher.

Die Ergebnisse der digitalen Betriebsoptimierung überzeugen auf ganzer Linie: Die Stromerzeugung wurde pro Jahr um 15 Prozent gesteigert, die Wärmeerzeugung aus Bioerdgas um neun Prozent. Daneben wurde die CO₂-Emission um knapp 1.300 Tonnen pro Jahr reduziert (den nicht benötigten Kohlestrom eingerechnet). Dieser beeindruckende Erfolg empfiehlt die Anlagen in Mindelheim und Kaufbeuren als Vorzeigeprojekte für effiziente und umweltschonende Energieerzeugung.

Selbstoptimierendes Programm

Die Innovation liegt in der Wandlung vom statischen zum dynamischen Wärmespeicher. Doch wie gelingt dies? Was tut das Programm von VK Energie? Es kontrolliert permanent den Energie-Inhalt des Wärmespeichers und greift permanent in die Wärmeleistung ein – selbstständig und selbstoptimierend. Das heißt, sobald sich der Speicherfüllgrad der 100 Prozentmarke nähert, reguliert das intelligente Programm die Leistung des Blockheizkraftwerks (BHKW) ab.

So wird das Ausschalten des Kraftwerks bei 100 Prozent erreichter Leistung vermieden. Dabei lernt das Programm quasi aus eigener Erfahrung. So hält es mit einem individuellen digitalen Fahrplan den Speicherfüllgrad bei 70 bis 80 Prozent, das Kraftwerk kann durchlaufen. Das spart Ausfallzeiten und Reparaturkosten bei den fehleranfälligen Start- und Stopp-Prozessen.

Optimal funktioniert auch der Austausch von Informationen,

z.B. über geplante Wartungen, zwischen VK Energie und dem technischen Betriebspersonal von schwaben regenerativ – auf digitalem Weg oder klassisch per Telefon. So gewinnen die Mitarbeiter vor Ort Zeit für ihre Kernaufgaben, wie technische Wartungen.

Die Umwelt gewinnt

Das patentierte Verfahren, das VK Energie „Aktives Wärmespeicher-Management“ nennt, bewirkt aber noch viel mehr. Das Prinzip des Gewinns ist einfach erklärt: Je länger das BHKW läuft, umso mehr Strom wird neben der Wärme produziert und kann verkauft werden. Außerdem gewinnt die Umwelt. Durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme im BHKW steht eine hocheffiziente und damit ressourcenschonende Technologie zur Verfügung.

Obendrein betreibt schwaben regenerativ ihre beiden Biomasse-Heizkraftwerke in Kaufbeuren und Mindelheim ausschließlich mit erneuerbarem, vor Ort erzeugtem Brennstoff. Die beiden liefern ihren Kunden also zu 100 Prozent Bio-Strom. Und den am besten rund um die Uhr. CO₂ fällt bei der Stromproduktion aus CO₂-neutralem Bioerdgas der erdgas schwaben erst

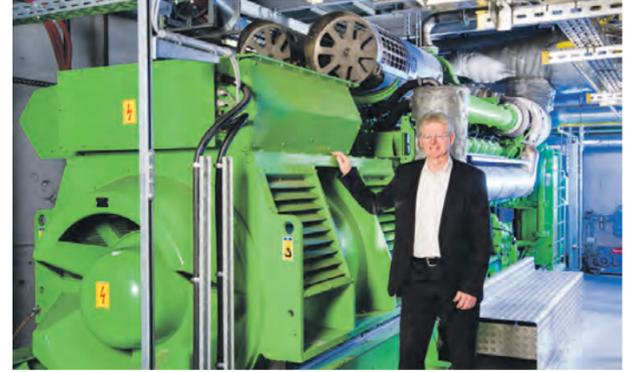
gar nicht an. Ein entscheidender Beitrag der schwaben regenerativ zur Umsetzung der Energiewende und weitgehenden Treibhausgas-Neutralität in der Region Bayerisch Schwaben.

Finanziell belohnt durch flexible Erzeugung

Die Software-Lösung von VK Energie steigert aber nicht nur hervorragend die Effizienz der Wärmespeicher in den KWK-Anlagen. Sie berücksichtigt auch die Preissignale an den kurzfristigen Strommärkten, dem sogenannten Spotmarkt. Wie sieht das praktisch aus? Der digitale Fahrplan bietet eine gewisse Flexibilität bei der Entscheidung, wann die BHKWs Strom produzieren. Ein beachtenswerter technischer Vorsprung, der am Strommarkt finanziell belohnt wird. Wer flexibel dann Strom anbietet, wenn Wind- und Photovoltaik-Kraftwerke dies gerade nicht können, profitiert vom erhöhten Bedarf und der erhöhten Vergütung.

In Mindelheim kommen der ortsgrößte Industriebetrieb und das örtliche Nahwärmenetz in den Genuss von Wärme und Bio-Strom aus dem leistungsoptimierten Biomasse-Heizkraftwerk, in Kaufbeuren das weitläufige Bezirkskrankenhaus und die örtlichen Schulen. Und die Erfolgsgeschichte wird fortgeschrieben. Auch das mit Hackschnitzel laufende Biomasse-KWK-Heizkraftwerk in Dillingen will schwaben regenerativ jetzt mit der künstlichen Intelligenz von VK Energie aufrüsten.

Gemeinsam gehen VK Energie und wir von schwaben regenerativ für unsere Kunden große Schritte in die moderne Energiewelt. Gemäß dem Motto: erneuerbar, dezentral und vernetzt. □



Christian Arlt, Geschäftsführer von schwaben regenerativ, im Heizkraftwerk Kaufbeuren. Bild: schwaben regenerativ

CO₂-neutrales Gas für Altusried

erdgas schwaben übergibt erstes Ökogaszertifikat im Oberallgäu an Marktgemeinde

„Eine Vorbildgemeinde mit enormer Signalwirkung für die ganze Region“, nannte Anton Klotz, Landrat im Kreis Oberallgäu, den Markt Altusried. Anlass war die feierliche Übergabe des Ökogaszertifikats. Helmut Kaumeier, Leiter Kommunkunden erdgas schwaben, überreichte es im Altusrieder Theaterkästle.

Die Urkunde gibt den Altusriedern Brief und Siegel auf den klimawirksamen Ausgleich von CO₂-Emissionen, die in den Gasheizungen der Marktgemeinde entstehen. Als erste Kommune im Oberallgäu hat Altusried das offizielle Ökogaz-Zertifikat erhalten. Voraussichtlich knapp 1500 Tonnen CO₂ werden bis Ende 2021 ausgeglichen.

„Wir reden nicht nur, sondern wir handeln auch“, sagte Joachim Konrad, erster Bürgermeister in Altusried. „Mit enormer Unterstützung durch unser Energieteam, den Gemeinderat und erdgas schwaben konnten wir in nur wenigen Jahren schon viel zum Klimaschutz beitragen.“

Ein mobiles BHKW für die Versorgung von Schule und Freibad

mit Wärme und Strom, eine E-Ladesäule, die erdgas schwaben mit Strom aus 100 Prozent Wasserkraft beliefert, E-Autos für die Gemeinde, Umstellung der Beleuchtung auf LED und mehrere Bürgeraktionen für ein energieeffizientes Zuhause – Beispiele für praktische Maßnahmen, die Altusried schon umgesetzt hat.

In Zukunft liegt der Schwerpunkt auf dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie – cleveres Energiemanagement. Landrat Klotz: „Dafür braucht man einen erfahrenen Partner wie erdgas schwaben mit umsetzbaren Konzepten und innovativen Ideen, engagierte Bürgerinnen und Bürger und natürlich einen zukunftsorientierten Gemeinderat. Das alles trifft hier zusammen.“ □

Photovoltaik und Biomasse weiter auf Erfolgskurs

Aiwanger: „Die Energiewende liegt vor unserer Haustür“

Die jetzt vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie veröffentlichten Energiedaten kompakt für Bayern zeigen: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist auf einem guten Weg. Der Anteil von Strom aus Photovoltaik-Anlagen ist gegenüber 2017 ebenso gestiegen wie der aus Biomasse-Anlagen. „Die Energiewende liegt vor unserer Haustür. Energieträger wachsen heute schon auf Feldern und in Wäldern und die Sonne scheint an über 1700 Stunden im Jahr in Bayern“, sagte Bayerns Energieminister Hubert Aiwaner. „Diese Ressourcen effizient und kostengünstig zu nutzen, ist der Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg. Jetzt muss die dezentrale Energieerzeugung weiter vorangetrieben werden.“

Die Photovoltaik bleibt in Bayern auf Wachstumskurs und erreicht mit einer Stromerzeugung von 11,8 TWh einen neuen Höchststand – ein Plus von 4,5 Prozent. Damit sich dieser Trend fortsetzen kann, fordert der Freistaat, den 52-Gigawatt-Deckel endlich abzuschaffen.

Ein weiterer Eckpunkt der Energiewende ist die Förderung von privaten PV-Speicheranlagen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms. Hier wurden über 8000

Anträge auf Speicherförderung in Kombination mit neuen PV-Anlagen gestellt. Dies zeigt den großen Erfolg des neuen PV-Speicherprogramms, das erst seit August 2019 läuft.

Wachstumsimpulse

Auch neue Ansätze wie die Agro-Photovoltaik sollen künftig ebenfalls Wachstumsimpulse geben. Hier werden große PV-Anlagen über landwirtschaftlich genutzten Flächen installiert, um

gleichzeitig Energie und Nutzpflanzen zu ernten. „Wir brauchen Pilotprojekte, um das Potenzial von Agrophotovoltaik in der Praxis zu erproben“, erklärt Aiwaner. Außerdem setzt er sich dafür ein, auf bisher ungenutzten Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleisen PV-Anlagen zu errichten.

Ebenfalls gestiegen ist die Stromerzeugung aus Biomasse, die 2018 rund 9,2 TWh und somit 0,2 TWh mehr als in 2017 erreichte. Dieser Wachstumstrend wird sich nach Ansicht Aiwaners fortsetzen: „Die Forschung zeigt uns Wege auf, wie wir die Effizienz der Biomasse beispielsweise mithilfe neuer Verfahren deutlich erhöhen können. Wir unterstützen die Umsetzung in der Praxis, wie jüngst die Eröffnung einer Demonstrationsanlage in Niederbayern gezeigt hat.“

Die Bruttostromerzeugung erreichte 2018 in Bayern insgesamt nur 73,9 TWh. Im Vorjahr waren es noch 84,7 TWh. Bei gleichzeitig nahezu unverändertem Stromverbrauch (vorläufiger Wert) ist für das Jahr 2018 somit erstmals ein erheblicher Stromimport nach Bayern in Höhe von rund 10 TWh zu verzeichnen. Einen Saldo in dieser Höhe hat es bislang noch nie gegeben. Grund hierfür ist in erster Linie die Abschaltung des Kernkraftwerks Gundremmingen B sowie der Rückgang der Stromerzeugung aus Wasserkraft im Dürrejahr 2018.

„Diese Stromlücke wird sich mit der Abschaltung der letzten beiden Kernkraftwerke Gundremmingen C Ende 2021 und Isar II Ende 2022 absehbar weiter vergrößern. Das ist eine unmittelbare Folge des 2011 auf Bundesebene beschlossenen Kernenergieausstiegs“, erklärt Bayerns Energieminister Hubert Aiwaner. Und weiter: „Diese Zahlen zeigen, dass wir alle an einem Strang ziehen müssen, um die Energieversorgung nachhaltig zu sichern. Wir brauchen die Bürger-Energiewende dringender denn je.“ □

Energie-Karten jetzt auch fürs Smartphone:

Mobile Version des Energie-Atlas Bayern online

Wie hoch ist das Windrad am Horizont? Wieviel Strom erzeugt die Photovoltaik-Freiflächenanlage an der Bundesstraße? Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt der Energie-Atlas Bayern auf über 200 Info-Karten rund um das Thema „Energie“ – ab jetzt auch für unterwegs! Die Anwendung punktet mit hoher Performance und Nutzerfreundlichkeit und ist optimiert sowohl für Smartphones als auch für Tablets.

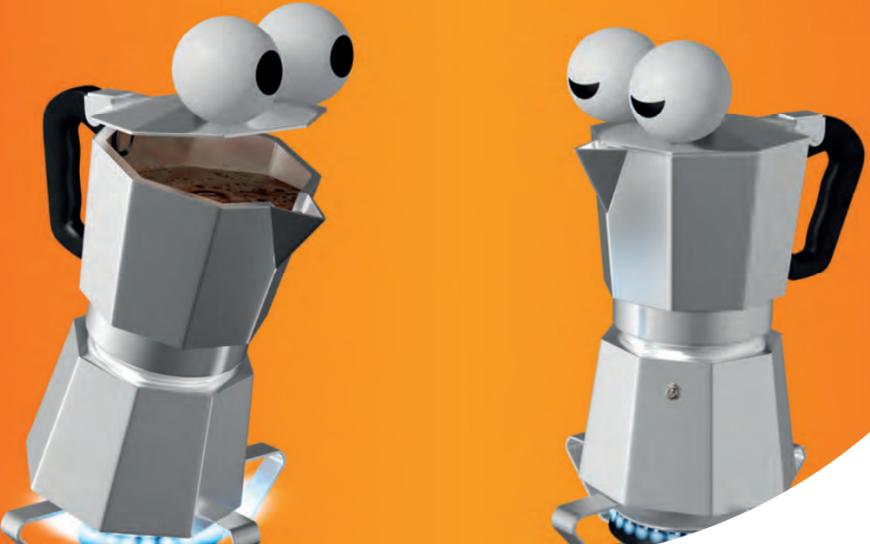
In der mobilen Version sind alle standardmäßig im Energie-Atlas Bayern enthaltenen Daten verfügbar, u. a. Energieerzeugungsanlagen, Planungsgrundlagen, Potenziale erneuerbarer Energien sowie Strom- und Wärmenetze. Zahlreiche Kartenwerkzeuge und umfangreiche Recherchemöglichkeiten nach Orten, Adressen, Koordinaten, Themen etc. sind leicht auffindbar in die Benutzeroberfläche integriert. Als eigenständige Anwendung mit separater Webadresse vervollständigt die Mobile Version das Angebot des bereits bekannten Energie-Atlas Bayern.

Übrigens: In Bayern werden derzeit jährlich rund 37 Milliarden kWh Strom aus erneuerbaren Energien produziert – das ist mehr Strom, als die verbliebenen Atomreaktoren in Bayern 2017 erzeugt haben.

Die Mobile Version des Energie-Atlas Bayern ist erreichbar unter <https://www.energieatlas.bayern.de/karten-mobil>. □

Wach auf!

Komm zu erdgas schwaben!



Echt faires Gas.

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben

sicher, günstig, nah

Generationenprojekt Klimawende

Neues Positionspapier des Deutschen Landkreistags zu Klimawandel und erneuerbaren Energien

Kaum ein anderes Thema bewegt die Gemüter derzeit so wie der Klimaschutz. Klimaschutzkonzepte, Nutzung von Elektromobilität bei den Verwaltungsflootten, energetische Vorgaben bei Bauvorhaben, Bildungsarbeit und viele Einzelmaßnahmen, wie die Aufforstung von Waldgrundstücken, sind fester Bestandteil nachhaltiger Kreispolitik.

Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Landkreistags verfügen 77 % der Landkreise bereits über eine ausformulierte Strategie für den Klimaschutz oder die Nutzung erneuerbarer Energien. Weitere 14 % der Landkreise beschäftigen sich mit der Aufstellung einer solchen Strategie. In knapp drei Vierteln der Kreisverwaltungen gibt es zudem eine Einheit, die sich schwerpunktmäßig mit dem Klimaschutz beschäftigt. Umso wichtiger ist es aus Sicht des DLT, dass die bundes- und europapolitischen Akteure der Klimawende bei ihren Beschlüssen die Praktiker vor Ort nicht vergessen.

Anlässlich eines jüngst veröffentlichten Papiers des Deutschen Landkreistags zum Thema mahnte dessen Präsident, Landrat Reinhard Sager: „Die Klimawende kann nur mit den ländlichen Räumen gelingen, ohne sie steht das Generationenprojekt auf tönernen Füßen. Auf dem Land befinden sich die meisten Anlagen für Windkraft, Bioenergie und Solarstrom. Daher brauchen die ländlichen Räume einen Ausgleich mit dem Ziel einer gerechten Lastenverteilung. Das heißt vor allem, die Investitionen z. B. im Bereich der digitalen Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, beim Verkehr oder im Hinblick auf die Dezentralisierung von Bundes- und Landesbehörden hochzufahren.“

Dies bekräftigte auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, der federführend an der Erarbeitung des Positionspapiers auf Bundesebene mitgewirkt hat: „Vo-

oraussetzung für das Gelingen der Klimawende ist die Akzeptanz vor Ort. Die nationalen Klimaschutzziele oder auch der europäische Grüne Deal mögen sich gut lesen lassen und sind zweifelsohne gut für unseren Planeten. Für die Umsetzung brauchen wir aber unsere Bevölkerung. Deswegen darf niemand überfordert und einseitig benachteiligt werden. Klimawende und Erhalt unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen müssen in Einklang stehen. Wir müssen gemeinsam hinschauen, was wir im ländlichen Raum und in den Ballungsgebieten tun können und müssen.“

Überbordene Bürokratie

Der DLT wirbt dafür, die Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern. „Wir leisten uns im deutschen Förderdschungel eine überbordende Bürokratie und bremsen so dringend notwendige Entwicklungen aus, die eigentlich auf der Überholspur realisiert werden müssten“, gab Präsident Sager zu bedenken. Neben der Anlagenplanung betreffe das etwa auch den Bau neuer Stromtrassen. Darüber hinaus seien die Länder aufgefordert, kommunale Klimaschutzaktivitäten dauerhaft und grundlegend zu finanzieren. Von immer neuen Projektfinanzierungen sei Abstand zu nehmen.

Sager berichtete außerdem aus der Umfrage des Landkreistags, dass vor Ort noch immer zum Teil erhebliche Akzeptanzprobleme, beispielsweise im Hinblick auf Windkraftanlagen, bestünden. „53 % der Landkreise haben

uns das mitgeteilt.“ Eine Verständigung auf eine Abstandsregelung zu vorhandenen Siedlungsstrukturen sei in dieser Hinsicht ein richtiger Schritt. „Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit vor Ort sollte diese Regelung dann landesbezogen oder sogar für jede Gemeinde gesondert ausgestaltet und zugeschnitten werden.“ Darüber hinaus gehe die vorgesehene Einführung eines gesonderten Hebesatzes bei der Grundsteuer für Windenergieanlagen in die richtige Richtung und zudem seien Bürgerenergieprojekte ein guter Weg, um die Einwohner in die Energiewende vor Ort einzubinden. Sie müssten wieder stärker als zuletzt unterstützt werden.

Für ein stärker CO₂-freies Energiesystem sei die Kopplung von Sektoren eine Grundvoraussetzung. Strom aus Windenergie müsse in größerem Maßstab als bisher beispielsweise zur Produktion erneuerbarer Gase („Power-to-Gas“) genutzt werden. Dies könne einen Beitrag zur Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien in den Landkreisen leisten. Durch verbesserte technische Lösungen bei der Flugsicherung könnten zudem zusätzliche geeignete Flächen für Windrad-Neubauten gewonnen werden.



Landtagspräsidentin Ilse Aigner mit Holzkirchens Bürgermeister Olaf von Löwis. Bild und Text: Dr. Norbert Baumgärtner / geothermie-pr.com

Erfolgreiche Anstrengungen gewürdigt:

Nachhaltigkeitspreis für die Holzkirchner Geothermie

Soziale Marktwirtschaft war – dem Namensgeber getreu – ein dominierendes Thema auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel in Weißach am Tegernsee. Dass auch Kommunen Marktwirtschaft beherrschen, beweist die Marktgemeinde Holzkirchen mit ihrer Geothermieanlage. Für deren erfolgreiche Realisierung und den damit verbundenen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz erhielt sie den erstmalig vergebenen ZfK-Nachhaltigkeitspreis.

Um die Bemühungen von Kommunen in punkto Nachhaltigkeit und Daseinsvorsorge zu honorieren, schrieb die Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK) in diesem Jahr erstmalig ihren Nachhaltigkeitspreis aus. Groß war die Freude im Holzkirchner Rathaus und bei den Gemeindegewerken, als bekannt wurde, dass Holzkirchen den 'Preis der ZfK-Redaktion' erhalten sollte, der auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel verliehen wurde.

Imagefilm

Um den rund 800 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das Geothermieprojekt vorzustellen, war in Zusammenarbeit mit dem Holzkirchner Filmteam 'das.filmament' ein gut vierminütiger Imagefilm erstellt worden, der zum Auftakt der Preisverleihung seine Uraufführung erlebte. Von den Anfängen des Projekts unter Altbürgermeister Josef Höß bis zur erfolgreichen Realisierung unter Bürgermeister Olaf von Löwis und dem aktuellen

Gerade auch im Bereich der Solarenergie sowie der Geothermie bestehen laut DLT noch erhebliche Potenziale, die es weiter auszubauen und zu nutzen gilt. So sehen 96 % der teilnehmenden Kreisverwaltungen nach der aktuellen Umfrage des Deutschen Landkreistages noch Potenzial für den Ausbau der Solarenergie (Photovoltaik/Solarthermie) und fast drei Viertel (72 %) für die Nutzung von Geothermie. Um hier mehr Potenzial zu haben, sollte landesrechtlich vermehrt die Nutzung von Dachflächen bei Neubauten für Photovoltaik vorgesehen werden.

Mit Blick auf die Frage einer CO₂-Bepreisung, die vor allem für die Bevölkerung in ländlichen Räumen spürbar werden würde, meinte Verbandschef Sager: „Die Menschen in den Landkreisen sind in aller Regel auf den eigenen Pkw angewiesen. Es ist deshalb notwendig, für die Betroffenen nach einem finanziellen Ausgleich zu suchen. Hierbei geht es auch darum, nicht einen Wegzug aus dem ländlichen Raum noch zu befördern, sondern diesem entgegenzuwirken. Wir fordern daher eine dauerhafte Entlastung bei der Pendlerpauschale, und zwar vom ersten Kilometer an und nicht wie derzeit geplant ab dem 21. Kilometer.“

Auch würde die CO₂-Bepreisung die Mobilität der Bevölkerung etwa mit Blick auf Einkäufe, Arztbesuche oder sonstige Besorgungen verteuern, was durch die Anhebung der Kfz-Steuer noch verschärft würde. „Auch hier müssen individuelle Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.“ DK

Projekt mit Zukunft:

Erdwärmennutzung in Erding wird ausgebaut

Der 1989 gegründete Zweckverband Geowärme Erding und STEAG New Energies GmbH feierten die Einweihung der Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Erding 1. Durch diese Vergrößerung werden künftig bis zu 18 Prozent des gesamten Wärmebedarfs der bayerischen Kreisstadt Erding durch Erdwärmennutzung gedeckt. Dies entspricht ungefähr dem Wärmebedarf von 7.000 Haushalten. Auch die Haustechnik der Therme Erding wird auf diese klimaschonende Weise mit Energie versorgt.

Mit dem Ausbau kommt der Zweckverband Geowärme Erding der steigenden Nachfrage nach klimafreundlicher Fernwärme nach. Gemeinsam mit dem langjährigen Projektpartner STEAG New Energies wird so die Voraussetzung dafür geschaffen, dass künftig noch mehr Erdinger Haushalte von einer ressourcenschonenden Fernwärmeversorgung profitieren.

Dank der Erweiterung steigt das Leistungsvermögen der Geowärme Erding von aktuell 63 Megawatt auf künftig 75 Megawatt an. Dies entspricht rund 18 Prozent des gesamten Erdinger Wärmebedarfs. Wollte man die gleiche Wärmeleistung auf konventionelle Weise erzeugen, bräuchte man dafür rund sieben Millionen Liter Heizöl pro Jahr. So betrachtet sorgt die Geowärme Erding künftig für Einsparungen von rund 13.000 Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr.

Erweiterung mit KWP und BHKW

Die Erweiterung besteht aus einer neuen Kompressionswärmepumpe (KWP) und einem neuen Blockheizkraftwerk (BHKW). Zwei neue Heizwasserspeicher mit einem Fassungsvermögen von zusammen 300.000 Litern Heizwasser komplettieren die Anlage und dienen der Laufzeitoptimierung von KWP und BHKW sowie dem Ausgleich von Lastspitzen. Insgesamt beläuft sich die Maßnahme auf ein Investitionsvolumen von 7,8 Millionen Euro.

Bei Suchbohrungen zur Erschließung von Ölvorkommen entdeckte die Firma Texaco im Jahr 1983 in einer Tiefe von 2.300 Metern eine 65 °C heiße Thermalwasserquelle. Das Erdölunternehmen hatte dafür keinerlei Verwendung. Die Exploration war jedoch der Startschuss für ein zukunftsweisendes Geothermieprojekt.

1989 – sechs Jahre nach der Entdeckung des heißen Tiefengrundwassers – wurde das Projekt Geothermie von Stadt und Landkreis Erding unter dem damaligen Bürgermeister der Stadt Erding, Bernd Vogt und dem damaligen Landrat Xaver Bauer gegründet und man schloss sich zum Zweckverband Geowärme Erding zusammen. Ziel des Bündnisses war die energetische und stoffliche Nutzung des gefundenen Thermalwassers. Diese Mehrfachnutzung des durch Geothermie geförderten Thermalwassers ist bis heute einzigartig in Deutschland.

Investition von 60 Millionen Euro für das gesamte Projekt müssen keine anderen Vorhaben der Gemeinde zurückstehen“, so Aigner. Als Politikerin sei sie besonders erfreut, so die Landtagspräsidentin, dass das Projekt gut für die Umwelt, wirtschaftlich erfolgreich und förderlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. „Um so ein Vorhaben trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich durchzuführen, braucht es Macher mit Stehvermögen; und dieses Prädikat gilt ganz sicher für Bürgermeister Olaf von Löwis und Geschäftsführer Albert Götz“, lobte Aigner.

Ermunterung zur Kooperation

Bürgermeister von Löwis, der den Nachhaltigkeitspreis stellvertretend für die Marktgemeinde

1994 konnte die in Saarbrücken ansässige Saarberg Fernwärme GmbH als Partner gewonnen werden. Inzwischen firmiert das Unternehmen unter dem Namen STEAG New Energies GmbH. Im selben Jahr wurden auch erste Kontakte zur Unternehmensgruppe Wund geknüpft, die seit mehr als 50 Jahren erfolgreich Thermen und Schwimmbäder entwickelt und betreibt. 1999 wurde die Therme Erding eröffnet und ist mit einem Anschlusswert von 15 Megawatt aktuell größter Fernwärmekunde.

Im März 1998 wurde das Geothermiewerk 1 in Betrieb genommen und das Fernwärmenetz großflächig ausgebaut. Aufgrund der großen Nachfrage nach der umweltfreundlichen geothermischen Fernwärmeversorgung erfolgte 2008/2009 als weiterer Meilenstein des Projekts die zweite Bohrung am Kletthamer Feld in Erding. Im Mai 2009 nahm der Zweckverband das Geothermiewerk 2 feierlich in Betrieb.

2015 beschloss man die Verlängerung der Partnerschaft mit STEAG New Energies bis zum Jahr 2033 und die Investition in den Ausbau am Heizberg 1. Mittlerweile ist das Fernwärmenetz auf eine Länge von 31 km angestiegen. Der Gesamtanschlusswert liegt bei rund 70 Megawatt thermischer Leistung. „Ich habe mir sagen lassen, dass es sich um das größte Geothermieprojekt in der Bundesrepublik Deutschland handelt“, so Landrat Martin Bayerstorfer.

„Die Geowärmennutzung in Erding ist für alle Partner ein echtes Erfolgsmodell. Dank moderner Technik profitieren alle Beteiligten und nicht zuletzt Klima und Umwelt von einer ebenso umweltfreundlichen wie verlässlichen Wärmeversorgung“, freute sich auch Thomas Billotet, Geschäftsführer der STEAG New Energies, über den erfolgreichen Projektabschluss.

Sein Unternehmen versteht sich als Partner der Energiewende für Kommunen und Gewerbe. Das Ziel der Energiewende ist äußerst anspruchsvoll und erfordert von allen Beteiligten höchste Anstrengungen und ein hohes Maß an Kooperation und Konsensbereitschaft, so Billotet. Sein Dank galt allen Verantwortlichen des Zweckverbandes, ganz besonders jedoch dem langjährigen Verbandsgeschäftsführer Alois Gabauer, der seit Gründung des Zweckverbandes die Geschäfte erfolgreich leitete. Seine Nachfolge wird im Mai dieses Jahres Michael Perzl antreten. **Caroline Grieser**

Lade-Report 2020

LEW gehört zu den zehn größten Betreibern öffentlicher Ladeinfrastruktur in Deutschland

Die Lechwerke sind einer der größten Betreiber von öffentlicher Ladeinfrastruktur in Deutschland. Das ist das Ergebnis des kürzlich veröffentlichten „Lade-Reports 2020“ des Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos. Demnach rangiert LEW mit rund 300 öffentlichen Ladepunkten auf Platz neun. Betrachtet man nur die Gleichstrom-Schnellladepunkte belegt LEW sogar den sechsten Rang.

Den Spitzenplatz in dem bundesweiten Ranking belegt innogy mit mehr als 1.500 Ladepunkten und einem Marktanteil von 7,5 Prozent. Innogy hat neben den eigenen Ladepunkten einen deutschlandweiten Ladeverbund aufgebaut, zu dem auch LEW gehört. Auf den Plätzen zwei und drei folgen EnBW und Stromnetz Hamburg.

Die Autoren der Studie stellen fest, dass sich die Elektromobilität inklusive des Ausbaus der öffentlichen Ladeinfrastruktur aktuell dynamisch entwickelt mit hohen jährlichen Wachstumsraten.

Öffentliche Ladepunkte gewinnen an Bedeutung

Auch wenn die meisten Ladevorgänge heute zuhause stattfinden, so der Report, würden die öffentlichen Ladestationen in Zukunft wichtiger – vor allem für Bewohner in Mehrfamilienhäusern, was auf etwa die Hälfte aller Autobesitzer zutrifft. Denn hier sei die Installation eines privaten Ladepunktes oft nicht oder nur schwer möglich.

Deutschlandweit stehen nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) derzeit rund 24.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte zur Verfügung. Im Eckpunktepapier „Klimaschutzprogramm 2030“ sieht die Bun-

desregierung eine Million öffentliche Ladepunkte bis 2030 vor.

Elektromobilität in Bayerisch-Schwaben nimmt Fahrt auf

Auch auf den Straßen in Bayerisch-Schwaben fahren immer mehr Elektroautos: Laut Kraftfahrtbundesamt sind im Regierungsbezirk derzeit mehr als 3.500 Elektroautos zugelassen. Das sind etwa drei Mal so viele wie Ende 2016. Auch die Ladevorgänge nahmen in den letzten Jahren deutlich zu: Während die Lechwerke an ihren Ladepunkten 2016 noch rund 17.600 Ladevorgänge verzeichneten, waren es 2019 bereits 69.000.

Enger geknüpftes Ladenetz

„Elektromobilität bringt die Energiewende auf die Straße. Wir engagieren uns seit vielen Jahren voller Überzeugung für diese Technologie und haben das Ladenetz in der Region kontinuierlich enger geknüpft. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur mit schnellen Lademöglichkeiten ist für den Erfolg der Elektromobilität ganz entscheidend. Wir werden auch künftig gemeinsam mit unseren Partnern die Ladeinfrastruktur weiter ausbauen“, stellt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann fest. □

dena-Abschlussbericht:

Wie die urbane Energiewende gelingt

Die deutsche Energieagentur (dena) hat den Abschlussbericht ihres Projekts zur urbanen Energiewende vorgestellt. Ausgehend von einer breiten Bestandsaufnahme werden in einem Katalog der Handlungsoptionen mehr als 30 Projekte vorgestellt. Daneben liefert die Studie, an der der Deutsche Städte- und Gemeindebund mitwirkte, zahlreiche Handlungsvorschläge an Politik und Verwaltung, wie die Energiewende in urbanen Räumen gelingen kann. Teilnehmer des Projekts waren Stadtwerke und Energieversorger, Technologieanbieter und IT-Dienstleister, Wohnungsgesellschaften und Mobilitätsanbieter sowie Logistik- und Handelsunternehmen.

Wichtiges Ergebnis der Studie ist die Forderung an die Politik, dass Netzwerke von Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die die urbane Energiewende gemeinsam gestalten, künftig förderfähig sein sollten. Eine zentrale Erkenntnis des Projekts ist, dass die sektorenübergreifende Vernetzung der maßgeblichen Akteure aus den Bereichen Energieerzeugung, Verkehr und Wohnen maßgebliches Erfolgskriterium ist. Die Städte haben hierbei eine Schlüsselrolle, sowohl was die Zusammenarbeit innerhalb der Stadt und ihren Unternehmen als auch was die Einbeziehung der Stadtgesellschaft und der Wirtschaft ist.

Stadt und Land sind zudem bei der Energiewende aufeinander angewiesen. So kann beispielsweise ein Überangebot an ländlichen Räumen erzeugter erneuerbarer Energien beispielsweise mithilfe der Power-to-Heat Technologie dazu beitragen, die überschüssige Energie in Wärme umzuwandeln und die urbane Wärmenetze voranzubringen. Weiterer Vorteil ist, dass die Energie

nicht abgeregelt werden muss, was zu Kostenoptimierungen im Gesamtsystem führt.

Die Studie verdeutlicht darüber hinaus, dass besonders in den Sektoren Wärme und Verkehr, die einen erheblichen Anteil der deutschen Treibhausgasemissionen verantworten (Gebäude ca. 14 Prozent, Verkehr ca. 19 Prozent), erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die gute Nachricht ist jedoch: Gerade in diesen Bereichen bieten Städte zahlreiche Möglichkeiten, Emissionen einzusparen.

So hat sich die Stadt Halle zum Beispiel mit ihrer Energie-Initiative Halle vorgenommen, durch eine Vielzahl von Projekten bis 2040 eine weitgehende Dekarbonisierung der Fernwärme zu erreichen. Im Energiesektor haben Städte ihre ganz eigenen Herausforderungen, da in den Metropolen schlicht nicht genügend Flächen für die Eigenversorgung mit erneuerbarer Energie zur Verfügung stehen.

Hier zeigt die Praxis, dass Smart City Lösungen erheblich zur Reduktion von Emissionen beitragen können: Beispielsweise wer-

den in der Stegerwaldsiedlung in Köln-Mülheim 1.400 Wohnungen mit 80.000 Quadratmeter Wohnfläche saniert. Hier wird Wärme durch Luft-Wärmepumpen erzeugt, die mit dem Strom von den auf den Dächern neu installierten Solaranlagen betrieben werden. Eine Mobilitätsstation bietet den Menschen der Siedlung (auch Elektro-) Autos in verschiedenen Klassen und (auch Elektro-) Leihräder an.

Praxisbeispiele

Ein weiteres Praxisbeispiel liefert die Landeshauptstadt München: Die SWM haben sich zum Ziel gesetzt, ihre Fernwärme bis 2040 CO₂-neutral bereitzustellen. In den Stadtteilen Riem, Sauerlach und Freiam sind hierfür bereits Geothermieanlagen mit Bohrtiefen zwischen 2.500 und über 4.000 Metern, Thermalwassertemperaturen zwischen 90 und 140 °C und einer Wärmeleistung von zusammen rund 30 MW in Betrieb.

Aktuell finden in der Münchner Innenstadt am Standort Heizkraftwerk Süd weitere Bohrungen statt. Die Anlage soll ab dem Jahr 2020 mehr als 50 MW in die Wärmenetze einspeisen und somit 80.000 Bürger mit erneuerbarer Wärme versorgen können. Die erwartete Thermalwassertemperatur liegt bei 100 °C. Bis 2025 ist der Bau von drei weiteren Geothermieanlagen geplant.

Zusätzlich wird das Fernwärme-

netz aus- und umgebaut, um die erneuerbaren Energien effizient einbinden zu können. Auch die Anpassung von Hausinstallationen ist notwendig, um ein optimales Temperaturgefälle zwischen Vor- und Rücklauftemperaturen zu erreichen. Zusätzlich zur Geothermie ist das Augenmerk auf den Einsatz erneuerbarer Gase, wie Biogas und Windgas gerichtet.

Münchner Mobilitätsstation

Ein weiteres Beispiel: Im Jahr 2014 haben SWM und MVG im Auftrag der Landeshauptstadt an der Münchner Freiheit die erste Mobilitätsstation Münchens eröffnet. Ziel war es, den öffentlichen Personennahverkehr mit neuen individuellen und flexiblen Mobilitätsangeboten zu verknüpfen. Die Münchner Freiheit ist ein wichtiger ÖPNV-Umsteigepunkt. Neben dem Angebot von U-Bahn, Bus und Tram gibt es dort eine MVG Radstation, eine Ladesäule für E-Fahrzeuge, einen Stellplatz für Stautauto und exklusive Parkplätze für Münchens Carsharing-Anbieter. Eine weithin sichtbare Stele mit interaktivem Bildschirm informiert über alle Mobilitätsangebote vor Ort. Komplettiert wird das Angebot durch P+R-Parkplätze (Park + Ride) und B+R-Stellplätze (Bike + Ride) und einen Taxistand in unmittelbarer Umgebung.

Mithilfe der Erfahrungen, die an der Münchner Freiheit gewonnen wurden, wurde das Konzept weiterentwickelt: hin zu E-Mobilitätsstationen mit zusätzlichen, neuen Elementen. Im Jahr 2018 wurden im Stadtgebiet insgesamt zwölf E-Mobilitätsstationen, vier in der Ludwigsvorstadt/Isarvorstadt (im Projekt „City2Share“) und acht in Neuaubing-Westkreuz (im Projekt „Smarter Together“) errichtet.

Auch die Stadt Nürnberg ist mit

einem Praxisbeispiel vertreten: Bei dem Pilotprojekt „Nachhaltige Stadtlogistik durch Kurier-, Express- und Paketdienste mit dem Mikro-Depot-Konzept auf dem Gebiet der Stadt Nürnberg“, begonnen in der Innenstadt und in einem Wohngebiet in der Südstadt, wurden die Pakete in sogenannten Mikro-Depots (z. B. Anhänger, Container oder leerstehenden Immobilien) zwischengelagert. Von dort holten die Fahrer ihr Transportgut mit den Lastenfahrern ab und brachten es bis zur Haustür. In Nürnberg wurden zwei Immobilien als Mikro-Depots angemietet. Am Test, der zwischen April

2016 und Oktober 2017 stattfand und von der Technischen Hochschule Nürnberg wissenschaftlich begleitet wurde, beteiligten sich die beiden Paketdienstleister DPD und GLS. Es wurde festgestellt, dass 30 Prozent aller städtischen Paket-Fahrten von Lastenfahrern übernommen werden können. Dabei ersetzt ein Lastenrad fast einen Transporter. Dies gilt für deutsche Städte ab 50.000 Einwohner. Das Pilotprojekt gewann im Dezember 2018 den Bundeswettbewerb „Nachhaltige Urbane Logistik“ und ging in mehrere Folgeprojekte über. **DK**

Wärmespeicher der N-ERGIE bewährt sich

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft zieht eine positive Bilanz aus den ersten fünf Betriebsjahren ihres Wärmespeichers: Seit Inbetriebnahme Ende 2014 war der Speicher nahezu täglich im Einsatz.

Seitdem wurden rund 240.000 MWh Wärme in den Speicher geladen und zeitversetzt an die Fernwärmekunden abgegeben. Dies entspricht dem jährlichen Wärmebedarf von rund 24.000 modernen Einfamilienhäusern. Mit der Zwischenspeicherung von überschüssiger Energie spart der Wärmespeicher rund 30.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein und trägt so zur weiteren Dekarbonisierung des Kraftwerks-parks Nürnberg-Sandreuth bei.

Bereits mit der Umstellung des Heizkraftwerks (HKW) von Steinkohle auf Erdgas 2005 und mit dem Bau eines Biomasse-HKW 2012 erzielte die N-ERGIE am Standort jährliche CO₂-Einsparungen von 140.000 bzw. 30.000 Tonnen.

Der Nürnberger Wärmespeicher ist einer der höchsten und modernsten Wärmespeicher Europas. Er arbeitet als erster Heißwasser-

speicher in Deutschland mit einer Zwei-Zonen-Technik, die es ermöglicht, Wasser mit einer Temperatur von über 100 Grad einzuspeichern.

Der Wärmespeicher entkoppelt die Stromerzeugung im HKW Nürnberg-Sandreuth zeitlich von der Wärmeerzeugung. Somit kann das HKW flexibler auf die zunehmenden Schwankungen im Stromnetz und die damit einhergehenden Preisschwankungen an der Strombörse reagieren.

Durch zwei separate Elektroheizter mit einer elektrischen Leistung von je 25 MW, kann Strom in Wärme umgewandelt und im Fernwärmesystem genutzt werden. Die Umwandlung von elektrischer Energie in Wärme ermöglicht es, überschüssige Stromspitzen, die durch ein kurzzeitiges Überangebot an erneuerbaren Strom entstehen, sinnvoll zu nutzen. **□**

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft:

Stromverbrauch und Heizmethode

Nach Angaben des BDEW ist die Belastung für Stromkunden durch Steuern, Abgaben und Umlagen seit 2010 um 70 Prozent gestiegen. Dagegen nahmen die Kosten für Beschaffung, Netzentgelt und Vertrieb im gleichen Zeitraum lediglich um sechs Prozent zu.

2020 wird die Gesamtbelastung für Stromverbraucher voraussichtlich einen Rekordwert von mehr als 36 Milliarden Euro (ohne Mehrwertsteuer) erreichen. Denn mit 16,48 Cent pro Kilowattstunde Strom sind die staatlich verursachten Kosten auf der Stromrechnung für Haushaltskunden in diesem Jahr so hoch wie nie zuvor und machen 52 Prozent des Strompreises aus, der aktuell bei durchschnittlich 31,37 ct/kWh liegt. Im Vergleich zum Jahr 2019 sind die Steuern, Abgaben und Umlagen um einen halben Cent pro Kilowattstunde gestiegen, im Vergleich zum Jahr 2010 sogar um fast 7 ct/kWh.

Staatlichen Anteil am Strompreis senken

„Von 100 Euro Stromrechnung sind 52 Euro staatlich verursacht“, betont Kerstin Andreea, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. „Die Energiebranche fordert seit langem, den staatlichen Anteil am Strompreis endlich zu senken. So könnte die Stromsteuer massiv gesenkt werden und die besondere Ausgleichsregelung zur Entlastung der im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie von Teilen der EEG-Umlage steuerfinanziert werden.“

Wir der BDEW weiter mitteilt, ist Erdgas Wunschenenergieträger Nummer 1, wenn es um das Beheizen von Wohnhäusern geht. Auf die Frage, welche Heizenergie beziehungsweise Energieart man wählen würde, könnte man sich heute für einen Energieträger für das eigene Haus entscheiden, gaben 42,1 Prozent der Befragten einer BDEW-Umfrage Erdgas an. Es folgt mit weitem Abstand Heizöl mit 15,5 Prozent.

Auf Rang drei landet die Kom-

bination aus Erdgas und Solarthermie mit 9,7 Prozent. Die Beliebtheit dieser besonders sparsamen Heiz-Methode ist damit deutlich gestiegen. Noch vor einem Jahr gaben bei gleicher Fragestellung nur 4,1 Prozent der Befragten an, dass sie die Kombination aus dem umweltschonenden Brennstoff Erdgas und Sonnenenergie bevorzugen würden.

Insgesamt wünscht sich damit mehr als jeder zweite Deutsche eine Heizmethode für sein Haus, an der Erdgas beteiligt ist. Unter den Befragten, die bereits mit Erdgas heizen, gaben 94 Prozent an, sich heute wieder für Erdgas oder die Kombination aus Erdgas und Solar zu entscheiden.

Erdgas als flexibler und im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen deutlich emissionsärmerer Energieträger trägt bereits heute zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bei. Zudem bieten Gasheizungen zusammen mit der vorhandenen Gasinfrastruktur die Basis, um Erneuerbare Energien in den Wärmemarkt zu bringen: Wo heute noch Erdgas fließt, könnten schon bald klimaneutrale Gase wie Wasserstoff oder Biomethan die gleiche Dienstleistung erbringen.

Hauptstadt der Ladepunkte

Laut einer aktuellen Erhebung aus dem BDEW-Ladesäulenregister wird München neue Hauptstadt der Ladepunkte, heißt es in einer weiteren Mitteilung. Die bayerische Landeshauptstadt ist an Hamburg knapp vorbeigezogen und führt nun das Städteranking mit 1.103 öffentlich zugänglichen Ladepunkten an. Für die Hansestadt sind im BDEW-Ladesäulenregister inzwischen 1.070 und für Berlin 974 Ladepunkte gemeldet. Mit deut-

lichem Abstand folgen Stuttgart (405 LP), Düsseldorf (225 LP) und Leipzig (215 LP).

Ein Blick auf den Bundesländer-Vergleich veranschaulicht die Dynamik beim Ausbau der Ladeinfrastruktur: Allein in Bayern ist es gelungen, die Anzahl der Ladepunkte innerhalb eines Jahres von 3.618 auf 5.656 zu erhöhen – das entspricht einem Zuwachs von 56 Prozent. Baden-Württemberg verzeichnet sogar einen Zuwachs von über 60 Prozent mit 4.094 gegenüber 2.525 Ladepunkten im Vorjahr.

Deutschlandweit können E-Mobilisten an rund 24.000 öffentlich zugänglichen Ladepunkten Strom zapfen. Das sind fast 8.000 mehr als vor einem Jahr – ein Zuwachs von 50 Prozent. Der Anteil der Schnelllader liegt bei rund 15 Prozent.

„Über 75 Prozent der öffentlichen Ladepunkte werden von Energieunternehmen errichtet und betrieben. Dieses Engagement setzen sie 2020 fort: Allein im Bereich der Schnelllader werden die BDEW-Mitgliedsunternehmen bis Jahresende 4.000 zusätzliche Ladepunkte errichten. Kurzum: Die Energiewirtschaft treibt die Elektromobilität in Deutschland voran – keine Elektromobilität ohne Energiewirtschaft!“, erläutert Kerstin Andreea.

Demgegenüber stehen rund 220.000 E-Autos und Plug-in-Hybride. Somit würden sich im Durchschnitt gerade einmal neun E-Autos bzw. Plug-in-Hybride einen Ladepunkt teilen. „Die Energiewirtschaft hat eine sehr gute Infrastruktur geschaffen – vor allem, wenn wir uns vor Augen führen, dass über 80 Prozent der Ladevorgänge zuhause oder am Arbeitsplatz stattfinden. Umso wichtiger ist es, dass im privaten Bereich jetzt endlich die Hürden für den Aufbau von Ladeinfrastruktur abgebaut werden. Das sollte sich die Politik weit oben auf ihre Agenda für das neue Jahr setzen“, fordert Andreea. **DK**



Paul kauft am liebsten regional: Äpfel, Eier und Strom.

Auch bei erneuerbaren Energien ist die Herkunft wichtig. So ist das Ziel von regionalen Strommärkten: Strom dort erzeugen, wo er genutzt wird. Dadurch werden Bayerns Kommunen energetisch immer unabhängiger.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

Bayernwerk Netz GmbH:

Flexibler Strommarkt soll Netzengpässe verhindern

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) und die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) testen in der Modellregion Altdorf in Niederbayern derzeit digitale Lösungen für eine effiziente und sichere Energieversorgung der Zukunft. Wie sich die wachsende dezentrale Stromerzeugung und der zunehmende Energiebedarf künftig über eine Austauschplattform effizienter steuern lassen, haben die Projektverantwortlichen des Altdorfer Flexmarkts Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger vor Ort vorgestellt.

Durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und der wachsenden Anzahl neuer elektrischer Verbraucher wie Wärmepumpen oder Elektrofahrzeugen steigt die Belastung der regionalen Verteilnetze. Der Altdorfer Flexmarkt stellt mit einer Austauschplattform ein Konzept zur Nutzung der im Stromnetz vorhandenen Flexibilität dar. Die Zielgruppe des im Oktober 2019 gestarteten Praxistests in Altdorf im Landkreis Landshut sind Besitzer und Betreiber von sogenannten Flex-Optionen, also von steuerbaren Energie-Erzeugungs- und -Verbrauchsanlagen. Mit Hilfe von intelligenten Messsystemen können Einspeise- und Verbrauchsspitzen reduziert und das Stromnetz optimal ausgelastet werden. Dadurch können künftig mehr Erneuerbare Energien und neue Verbraucher ins bestehende Netz integriert und Netzengpässe vermieden werden.

„Erneuerbare Energien werden eine immer wichtigere Rolle in unserer Stromversorgung spielen. Wir müssen unsere Stromnetze so ertüchtigen, dass sie mit dem schwankenden Stromaufkommen zurecht kommen und ausbalanciert bleiben“, erklärte Bayerns Energieminister Hubert

Aiwanger. „Die Steuerung von wetterabhängiger Erzeugung, flexiblem Verbrauch und netzdienlicher Speicherung ist hochkomplex und nur mit modernster Technik zu bewältigen.“ Aiwanger weiter: „Der Altdorfer Flexmarkt zeigt, wie erneuerbare Energien in den Strommarkt integriert werden können. Hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse vor Ort schnell und bürgernah in die Praxis umgesetzt. Diese Fachveranstaltung lässt in die Energiezukunft Bayerns blicken: Sie ist lokal, digital und flexibel.“

Innovative Lösungskonzepte

„In einer erneuerbaren und dezentralen Energiewelt spielt die Einbindung von flexiblen Anlagen für einen effizienten Netzbetrieb eine entscheidende Rolle. Durch die voranschreitende Digitalisierung in der Energiewirtschaft werden zugleich innovative Lösungskonzepte ermöglicht“, erklärte Dr. Egon Westphal. Der Technik-Vorstand des Bayernwerks sprach in Bezug auf die Digitalisierung des Energiesystems von einem Paradigmenwechsel: „Die Energiewende ist nicht nur durch Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung ge-

prägt. Der Kunde rückt durch seine zunehmend aktive Rolle in den Fokus, wodurch die Energiewende auch Demokratisierung bedeutet.“

Westphal verwies auf die Weiterentwicklung von Verbrauchern hin zu sogenannten Flexuarn, die ihre Flexibilität mit Hilfe digitaler Infrastruktur netzdienlich zur Verfügung stellen und somit aktiv am Energiesystem teilnehmen. Bereits heute finden sich mehr als 160.000 Wärmepumpen, Direkt- und Speicherheizungen, 12.000 Klein-

Gemeindewerke Oberhaching:

Spatenstich und neuer Partner

Offizieller Spatenstich für die Energiezentrale der Gemeindewerke Oberhaching (GWO): Gemeinsam mit Oberhachings Bürgermeister Stefan Schelle und GWO-Geschäftsführer Thomas Hümmer brachten zahlreiche Projektbeteiligte die neue Anlage auf den Weg. Fertigstellung und Inbetriebnahme sind für Ende 2021 geplant.

Rathauschef Schelle freute sich, dass das geothermische Fernwärmeprojekt in Oberhaching nunmehr seiner Vollendung entgegengeht. „Nach dem Bau von mehr als 50 Kilometern Fernwärme- und Glasfasernetz in den vergangenen Jahren ist mit der Energiezentrale nun einer der Schlussbausteine des Projekts in Arbeit. Damit sichern wir zusätzlich und langfristig die Versorgung unserer Bürger mit klimafreundlicher Wärme aus dem Erdinnern ab.“

Spitzenlastanlage

Die Anlage dient als Redundanz- und Spitzenlastanlage, d.h. zur Überbrückung von Stillstandszeiten, beispielsweise bei Wartungsarbeiten, und zur Sicherstellung der Heizkapazität an den kältesten Tagen des Jahres. Bewerkstelligt wird das durch drei Heizkessel mit je zehn Megawatt Leistung, starke Netzpumpen und eine Netzersatzanlage zur Sicherung der Wärmeversorgung auch bei Stromausfall im öffentlichen Netz. Zudem ist ein Pufferspeicher mit 600 Kubikmetern Heißwasser geplant, das zur Überbrückung von Lastspitzen zugepeist werden kann.

Im Gebäude ihren Platz finden wird auch eine Anlage zur Enthärtung und Entsalzung des Wassers, das im Fernwärmenetz zirkuliert. Darüber hinaus wird in der Energiezentrale ein Verteilknoten für das Oberhachinger Glasfasernetz, ein sog. Point-of-Presence (POP), entstehen.

Seit Jahresanfang bereits betreiben die Gemeindewerke Oberhaching das Geothermie-Heizkraftwerk in Taufkirchen mit einem neuen Mehrheitsgesellschafter. Der bisherige Partner Daldrup & Söhne AG hat seine Anteile in Höhe von knapp 74 Prozent in zwei Schritten an die Investorengruppe IKAV verkauft, rund 26 Prozent der Anteile halten weiterhin die GWO.

Bürgermeister Schelle bezeichnete den Wechsel des Anteilseigners als „ganz normalen Switch“ und freute sich, dass mit der IKAV-Gruppe ein Partner mit Herzblut an Bord gegangen sei, der langfristiges Interesse an der Beteiligung in Taufkirchen und auch an einem Ausbau der Aktivitäten Interesse habe. „Für Oberhaching ist es wichtig, dass wir langfristig und zuverlässig Wärme ziehen können. Mit diesem kompetenten Partner an der Seite ist das auch für die nächsten Jahrzehnte möglich“, so Schelle. Interesse an einem Einstieg hätten auch andere Unternehmen gezeigt, mit der IKAV als Partner habe man aber ein sehr gutes Gefühl.

wir in den vier Kommunen neben dem Erdgas- jetzt auch das Stromnetz betreiben. Vorteile aus Synergien, die sich hier ergeben, werden wir an die Bürgerinnen und Bürger weitergeben. Sie können auch in Zukunft auf ihren starken Partner SWM Infrastruktur bauen.“

Thomas Glashauser, Erster Bürgermeister Aschheim: „Wir kennen die SWM Infrastruktur bereits als kompetenten und verlässlichen Partner beim Betrieb unseres Erdgasnetzes. Wir freuen uns, dass wir diese gute Zusammenarbeit auch beim Strom fortsetzen können.“

Werner van der Weck, Erster Bürgermeister Feldkirchen: „Wir begrüßen es sehr, dass es nun langfristige Klarheit darüber gibt, wer das Stromnetz in Feldkirchen betreibt. Die SWM Infrastruktur hat ihre Kompetenz schon bei vielen anderen Netzen in der Region bewiesen. Davon werden unsere Bürger und Bürgerinnen sowie die Unternehmen in der Gemeinde profitieren. Wichtig ist, dass der Wechsel reibungslos verläuft.“

Dr. Dietmar Gruchmann, Erster Bürgermeister Garching: „Die Universitätsstadt Garching ist mit München, den SWM sowie ihren Töchtern MVG und SWM Infrastruktur seit vielen Jahren eng ‚verbunden‘ – im wahrsten Sinne. Die Bündelung der Sparten Strom, Erdgas und Trinkwasser in einer Hand erleichtert uns zukünftig die Zusammenarbeit noch mehr.“

SWM Infrastruktur:

Übernahme der Stromnetze in Aschheim, Feldkirchen, Garching und Kirchheim

Die SWM Infrastruktur (SWM IN) hat zum 1. Januar 2020 den Betrieb der Stromnetze in der Stadt Garching sowie in den Gemeinden Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim von der Bayernwerk Netz (BW) übernommen. Damit trat sie in die Rechte und Pflichten der bestehenden Netzanschlussverhältnisse ein.

Der Betreiberwechsel wurde im Jahr 2018 mit Gründung der RegioNetzMünchen (RNM) durch die SWM IN und die BW besiegelt. Die Kooperation beendet eine Zeit der Unsicherheit mit langjährigen und aufwändig geführten Konzessionsverfahren sowie einer komplizierten Rechtslage. Einige Hürden mussten von den beteiligten Kommunen, dem Altkonzessionär BW und der SWM IN dafür überwunden werden.

Die RNM umfasst heute ein rund 1.340 Kilometer langes Stromnetz in sieben Städten und Gemeinden nördlich und östlich von München. Neben den vier Netzen, die von der SWM IN betrieben werden, bleibt die BW in Unterföhring, Karlsfeld und Oberschleißheim der Netzbetreiber.

In Garching, Aschheim, Kirchheim und Feldkirchen verantwortet die SWM IN den sicheren und zuverlässigen Betrieb von 730 Kilometer Stromnetz, 370 Trafostationen und 7.900 Hausanschlüssen. Für Kundinnen und Kunden ändert sich so gut wie nichts, ihre Stromverträge bleiben unverändert. Lediglich in den Wochen um den Wechsel haben die meisten Kunden eine Selbstablesekarte erhalten oder der Stromverbrauch wurde durch einen Ableser erfasst. Insgesamt betreibt die SWM IN nun die Stromnetze von 13 Städten und Gemeinden der Region und in München.

Stefan Dworschak, Geschäftsführer RNM und SWM Infrastruktur: „Wir freuen uns sehr, dass

speicher und 1.600 Ladepunkte im Bayernwerk-Netz. Nach Ergebnissen einer Studie rechnet das Bayernwerk bis 2035 mit 1,5 Millionen steuerbaren Einheiten im eigenen Netzgebiet.

„Diese Flexibilität wollen wir mit dem Altdorfer Flexmarkt erschließen und für den Netzbetreiber nutzbar machen. Zum Messen und Steuern verwenden wir die Infrastruktur der intelligenten Messsysteme, damit die Kommunikation zwischen den Flex-Optionen und dem Flexmarkt sicher und zuverlässig abläuft“, erläutert Prof. Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, und resümiert: „Mit der erfolgreichen Schaltung konnten wir den Proof-of-Concept unseres Ansatzes zur Behebung von Netzengpässen nachweisen.“



Die Energiezukunft ist dezentral und lokal. Bayernwerk-Technikvorstand Dr. Egon Westphal (Mitte) erläutert gemeinsam mit Professor Wolfgang Mauch von der FFE (r.) und Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger (2.v.l.) den Altdorfer Flexmarkt. Bild: Christian Martens / Bayernwerk

Im Bayernwerk-Netzgebiet:

200.000ste LED-Straßenleuchte geht ans Netz

Geiselhöring erstrahlt komplett in neuem Licht. Denn mit der Umrüstung der letzten von insgesamt 1.683 Straßenleuchten in Geiselhöring auf LED-Technik scheint in der Stadt im Landkreis Straubing-Bogen nun überall warmweißes Licht in den dunklen Abend- und Morgenstunden.

Rund 404.000 Kilowattstunden werden mit den neuen Leuchten eingespart, wodurch der Energieverbrauch der Straßenbeleuchtung jährlich um 72 Prozent gesenkt werden kann. Die LED-Leuchten entlasten damit mittelfristig nicht nur den Stadthaushalt, sondern mit einer CO₂-Einsparleistung von 220 Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr auch das Klima und die Umwelt.

Symbolische Festtorte

Mit dem Projektabschluss feiert das Bayernwerk zugleich ein kleines Jubiläum: Denn mit dieser Installation wurde die insgesamt 200.000ste Straßenleuchte im Netzgebiet des Bayernwerks auf das energie- und klimaschonende LED-Leuchtmittel umgestellt. Zu diesem runden Jubiläum übergab der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG, Reimund Gotzel, dem Bürgermeister Geiselhörings, Herbert Lichtinger, symbolisch eine Festtorte mit energieeffizienten LED-Kerzen.

„Kostensparend und umweltschonend: Die neuen, langlebigen und effizienten Straßenleuchten sind für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger in der Tat ein

Gewinn auf ganzer Linie. Ich danke dem Bayernwerk für die rasche Umsetzung und gratuliere recht herzlich zum runden Jubiläum“, so der Rathauschef.

Vorstandsvorsitzender Gotzel zeigte sich erfreut vom Projektabschluss und ergänzte: „Ich freue mich, dass wir in Geiselhöring die komplette Umstellung auf LED-Beleuchtung im Straßennetz gemeistert haben. Die 200.000ste LED-Straßenleuchte im gesamten Bayernwerknetz ist hierbei ein sichtbares Signal auf unserem Weg zu einem energieeffizienten Beleuchtungssystem in den Städten und Gemeinden Bayerns. Mit jeder weiteren LED leisten wir Stück für Stück einen kleinen Beitrag, um den großen Klimazielen näher zu kommen“, stellte Gotzel fest.

Bereits innerhalb weniger Jahre rechnet sich die Investition in den Austausch konventioneller Leuchtmittel durch moderne LED: Während herkömmliche Lampen für die Straßenbeleuchtung bereits nach rund 15.000 Betriebsstunden zu Ausfällen neigen, halten Leuchtdioden (LED) bis zu 60.000 Betriebsstunden. Das reduziert auch den Reparatur- und Wartungsaufwand signifikant. □

ÜZ Mainfranken:

Treffen regionaler Energieeffizienz-Netzwerke

Bei der ÜZ Mainfranken fand das dritte Netzwerktreffen der vier Energieeffizienz-Netzwerke statt. Insgesamt fanden sich rund 60 Bürgermeister und kommunale Netzwerkvertreter in Lülsfeld ein, um sich über das Thema Klärschlammverwertung zu informieren und auszutauschen.

Sophia Badenberger vom bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und Prof. Dr. Markus Brautsch vom Institut für Energietechnik (IFE) als Netzwerkpartner referierten über das hochaktuelle Thema Klärschlammverwertung, das eine echte Herausforderung für die Kommunen darstellt.

„Unser Konzept für eine umweltfreundliche Klärschlammverwertung sieht vor, den Klärschlamm nach der Faulung zunächst zu entwässern, anschließend zu trocknen und letztendlich zu verwerten“, betonte Prof. Dr. Markus Brautsch und ergänzte: „Dieses Verfahren ist für eine einzelne Kommune meist zu aufwändig und nicht wirtschaftlich. Es sollten daher Synergieeffekte, Standortvorteile und vorhandene Strukturen genutzt werden. Außerdem möchten wir den Energieeinsatz und die Umweltbelastung durch den Transport möglichst reduzieren. Wir empfehlen

daher, benachbarte Kommunen auch über Landkreisgrenzen hinweg sinnvoll zu clustern und die Herausforderung Klärschlammverwertung gemeinsam zu stemmen.“

Dass eine sinnvolle Klärschlammverwertung wahrscheinlich nur gemeinsam in einem Verbund aus mehreren Kommunen möglich ist, war auch das Fazit der abschließenden Podiumsdiskussion mit fünf Fachexperten.

Entlastung der Umwelt

Die ÜZ Mainfranken nimmt ihre Verpflichtung ernst, die Region auf dem Weg zur CO₂-freien und effizienten Energieversorgung voranzubringen und hat daher zusammen mit 39 Kommunen und dem Landkreis Schweinfurt vier Netzwerke ins Leben gerufen, die sich dem wichtigsten Anliegen „Energieeffizienz“ verschrieben haben.

Energieeffizienz-Netzwerke sollen einen erheblichen Beitrag zur Energieeinsparung leisten, um

insbesondere die Reduktion der CO₂-Belastungen und damit das Erreichen der Klimaschutzziele zu unterstützen. Die Netzwerke wollen Maßnahmen zum Energiesparen umsetzen, um damit die Umwelt zu entlasten, aber auch den Ausbau regenerativer Energieerzeugung vorantreiben. Als Netzwerkträger unterstützt die ÜZ Mainfranken diese Bemühungen über eine Dauer von drei Jahren. Für ihre Arbeit erhielten die Netzwerke eine Fördersumme von insgesamt fast einer Million Euro.

In jährlich vier Netzwerktreffen werden Themen rund um die Energieeffizienz bearbeitet, über Förderprogramme und Gesetzesänderungen informiert und realisierte Praxisbeispiele besichtigt. Im Zuge der energietechnischen Beratung können in jeder Kommune beliebige fachspezifische Detailprojekte bearbeitet werden. Nach den Erstaudits in 37 Kommunen wurden bisher rund 300 Projekte identifiziert. Hierbei liegt der Schwerpunkt bei Themen wie Umstellung der Ortsbeleuchtung auf LED, Dach-PV-Anlagen, energetische Gebäudesanierung, Kaltwärme und Klärschlammverwertung. □

ADAC Tourismuspreis Bayern 2020:

Platz 1 für Erlebnisholzkugel

Die Erlebnisholzkugel am Steinberger See in der Oberpfalz hat den ADAC Tourismuspreis Bayern 2020 gewonnen. „Wir als ADAC in Bayern freuen uns, so starke Projekte und Vorbilder im bayerischen Tourismus auszeichnen zu können, die insbesondere auch für unsere freizeitorientierten Mitglieder attraktive Ziele sind“, bekräftigte Herbert Behlert, Vorsitzender des ADAC Nordbayern e.V., bei der Preisübergabe.

Die große Bedeutung innovativer Ideen für den Tourismus im Freistaat unterstrich der bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, in seiner Festansprache: „Bayerns Tourismus ist so vielfältig wie die Landschaft im Freistaat. Die hohe Qualität der Einreichungen für den ADAC Tourismuspreis Bayern 2020 beweist, wie innovativ und nachhaltig die Angebote der Branche sind. Die Herausforderung der Digitalisierung wird kreativ angenommen, und ich bin mir sicher, dass Bayern damit auch in Zukunft ‚Tourismusland Nummer 1‘ in Deutschland bleiben wird.“

Nach rund 15 Monaten Bauzeit und einem Investitionsvolumen von insgesamt 5,5 Millionen Euro

ist die Erlebnisholzkugel offiziell seit 1. April 2019 geöffnet. Sie spricht Besucher jeden Alters an und ist als generationsübergreifendes Freizeiterlebnis gedacht. Auf einer Länge von knapp 700 Metern gehen die Besucher wie auf einer Holzspirale bis auf eine Höhe von 40 Meter und können auf der Aussichtsplattform einen herrlichen Rundblick auf die Seen-Kulturlandschaft der mittleren Oberpfalz genießen.

Unterwegs sorgen mehr als 25 Erlebnisstationen, zwei Hängebrücken und eine Riesenrutsche für ein ganz besonderes Bewegungserlebnis. Durch die Kombination aus Aussichtsturm, Erlebniselementen und Spaßfaktor ruft das Konzept spielerisch zu mehr Bewegung auf. Mit seiner

Steigung von maximal sechs Prozent ist der Aufstieg barrierefrei.

Die Nachhaltigkeit des Projekts beschränkt sich nicht nur auf den nachwachsenden Rohstoff Holz der Konstruktion, sondern spiegelt sich auch in naturbelassenen Bereichen der Anlage wider. Die größte begehbare Erlebnisholzkugel gilt als Meisterwerk der Ingenieurskunst und neue Art von Erlebnisarchitektur im Holzbau.

Trend zur Regionalität

Zusätzlich zum „Herzstück“ findet man auf dem Gelände eine Gastronomie sowie einen Abenteuerspielplatz mit Sandkasten, Klettergerüst und Boulderswand. Bei schlechtem Wetter steht für Kinder ein Indoorspielraum bereit. Der Trend zum bewussten Reisen und Regionalität wird durch die Erlebnisholzkugel in vorbildlicher Weise bedient und stärkt das touristische Potenzial der Oberpfalz. Dies bestätigt auch der starke Gästeansturm im ersten Betriebsjahr.

Seit der offiziellen Eröffnung besuchten mehr als 150.000 Gäste aus allen Regionen Bayerns diese Freizeitanlage.

Leuchtturmprojekt

„Für uns als Ideengeber und Betreiber ist der Siegerpreis wie ein Ritterschlag. Wir sind sehr stolz auf diese Auszeichnung, die zeigt, dass kreative Ideen für neue Freizeitprojekte zur Belebung des Tourismus abseits der Ballungsräume ankommen und gerne besucht werden“, betonten die beiden Geschäftsführer der inMotion PARK Seenland GmbH Tom Zeller und Kim Kappenberger. „Als Gewinner des bayerischen Tourismuspreises 2020 werden wir alle Marketingmöglichkeiten nutzen, um auf unser Leuchtturmprojekt als Ausflugsziel noch stärker hinzuweisen.“

Weitere Podestplätze gingen nach Oberbayern und Ostbayern: Den zweiten Platz sicherte sich das Projekt „Oberbayern-Echt Digital“, das von Tourismus Oberbayern München gemeinsam mit der IHK sowie dem bayerischen Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA ins Leben gerufen wurde. Es beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung für lokale Privat- und Kleinbetriebe und bietet ihnen Hilfestellung.

Auf den dritten Rang kam die im Open-Source-Verfahren entwickelte Mountainbike-Reiseroute „Trans Bayerwald“. Mit einer Gesamtlänge von ca. 700 km und 17.000 Höhenmetern bietet die längste Mountainbike-Reiseroute Deutschlands insgesamt 14 Tagesetappen, die in eine Nord- und Südroute aufgeteilt sind. Die Ausschilderung der MTB-Strecken lenkt die Besucherströme gezielt unter Berücksichtigung des Naturschutzes.

Mit dem Sonderpreis Digitalisierung wurde die Online-Kampagne der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg „Gast. Freunde.Nürnberg“ ausgezeichnet. Gastgeber stellen hier in kurzen Videos ihre persönlichen Lieblingsplätze in der Stadt und der Umgebung vor. Auf www.tourismus.nuernberg.de finden Besucher Antworten auf Fragen wie „Wo habe ich den schönsten Ausblick auf die Stadt?“ und profitieren so von individuellen Freizeittipps der Hoteliers. Eine interaktive Karte zeigt die empfohlenen Orte an, Hintergrundinformationen sind ebenfalls zu finden.

DK



Die feierliche Siegerehrung - v.l.: Dr. Thomas Geppert, Landesgeschäftsführer DEHOGA Bayern e.V.; Karlheinz Jungbeck, Vorstand Tourismus ADAC Südbayern e.V.; Barbara Radomski, Geschäftsführerin Bayern Tourismus Marketing GmbH; Kim Kappenberger, Geschäftsführer inMotion PARK Seenland GmbH; Tom Zeller, Geschäftsführer inMotion PARK Seenland GmbH; Hubert Aiwanger, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie; Herbert Behlert, Vorsitzender ADAC Nordbayern e.V.

Waldkirchen:

„by.TM Kompetenzstelle Digitalisierung“ gegründet

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat angekündigt, eine Kompetenzstelle für Digitalisierung im Tourismus im niederbayerischen Waldkirchen zu errichten. Aiwanger: „Bayerns Position als Tourismusstandort Nummer 1 in Deutschland wollen wir langfristig sichern und ausbauen. Wir gehen daher ganz aktiv daran, die Digitalisierung im Tourismus weiter voranzutreiben.“

Der heutige Tourist mit Smartphone hat andere Erwartungen als der Tourist mit Wanderkarte vor 20 Jahren. Digitalisierung im Tourismus bietet große Chancen für den ländlichen Raum – qualifizierte Arbeitsplätze durch digitales Arbeiten und den Ausbau der Tourismuskompetenz vor Ort.“

Waldkirchen sei eine aufstrebende Stadt und als Standort besonders gut geeignet, da es in einer Tourismusregion liege und über ein gutes Netzwerk und Ansprechpartner mit Tourismus- und Digitalisierungskompetenz in der Nähe verfüge, wie zum Beispiel die Technische Hochschule Deggendorf mit dem Technologiecampus Grafenau und die Universität Passau.

Umfangreiche Kompetenz

Die Kompetenzstelle soll an die Bayern Tourismus Marketing GmbH angegliedert werden. Aiwanger: „Die bayerische Landesmarketingagentur by.TM verfügt über umfangreiche Kompetenz, ein exzellentes Netzwerk und ist seit 20 Jahren erfolgreich

in der Vermarktung der bayerischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Die neue Kompetenzstelle für Digitalisierung ist daher hier in guten Händen.“

Die neue Einrichtung soll Digitalisierung und Tourismus miteinander verzahnen. Das Forschungsvorhaben Bayern Cloud Tourismus, das am An-Institut fortiss der TU München entwickelt wird, soll in Waldkirchen in eine Datenplattform überführt werden und soll allen, die im bayerischen Tourismus arbeiten, eine Hilfestellung sein. Insbesondere soll sie KMU dienen, die diese touristischen Daten in der Praxis für innovative Anwendungen nutzen und Geschäftsmodelle darauf aufbauen können.

Aiwanger: „Davon wird die gesamte Region profitieren und es werden moderne Arbeitsplätze entstehen.“ Die Kompetenzstelle soll im Laufe des Jahres den Betrieb mit einem Gründungsteam aufnehmen. In einem Rundgang durch Waldkirchen hat sich der Minister einen Eindruck von den Räumlichkeiten verschafft, die im Bürgerhaus genutzt werden. □

Wanderwege als weicher Faktor

Dass weiche Faktoren für Kommunen zunehmende Bedeutung erhalten, ist das durchgehende Ergebnis aller empirischen Erhebungen der letzten Jahre. Die Freizeit-Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Aber wo ist am wirkungsvollsten anzusetzen? Und mit welchen Ausgaben muss man rechnen, und wie entwickeln sie sich zukünftig?

Mehrere Studien, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurden, geben gute Anhaltspunkte (Deutscher Wanderverband: Grundlagenuntersuchung Freizeit- und Urlaubsmarkt Wandern. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010): Weit über 50 Prozent aller Einwohner Deutschlands wandern regelmäßig oder gelegentlich, und der Trend steigt seit mehreren Jahren leicht, aber kontinuierlich.

Interessant dabei: Gewandert wird vorrangig dort, wo hinreichend attraktive Wanderwege vorhanden sind, also nicht nur in Gegenden mit landschaftlichen Highlights. Mit Wanderwegen erreicht man daher eine wesentlich breitere Zielgruppe als mit anderer Freizeit-Infrastruktur, also beispielsweise Touren-Radwegen.

Vergleichbare Projekte haben aufgrund der großen Zielgruppe fast immer eine hohe Akzeptanz vor allem bei der ansässigen Wohnbevölkerung gefunden: Wandern ist gesund und die wohl naturschonendste Freizeitbeschäftigung im Outdoor-Bereich. Gute Wandermöglichkeiten verbessern die wirtschaftliche Basis für Dorfwirtschaften; außerdem bieten sie nahezu die einzige Möglichkeit, periphere Ortsteile überhaupt ins Bewusstsein von Menschen zu bringen. In gewisser Weise bilden sie Identifikationskeime, die zu einer Verwurzelung von Neubürgern führen können.

Gute Wanderinfrastruktur muss nicht teuer sein, weil bauliche Maßnahmen meist überflüssig sind. Ganz im Gegenteil: Wanderer bevorzugen naturbelassene Wanderwege, sie meiden geschotterte oder gar asphaltierte Trassen.

Die nachhaltige Pflege ist mit vergleichsweise geringem Aufwand verbunden, vor allem, wenn man auf Wandervereine oder gut eingewiesenes Ehrenamtspersonal zurückgreifen kann.

Naheliegend und klimafreundlich

Netze von Wanderwegen können so gestaltet sein, dass sie den geänderten Arbeitsbedingungen der heutigen Zeit gerecht werden: Wir verfügen heutzutage über mehr Freizeit als je zuvor; gleichzeitig ist die Freizeit aber stärker zerklüftet, was mit kleineren Zeitscheiben einhergeht. Wo wohnortnahe Freizeitwege zur Verfügung stehen, die ohne PKW-Benutzung erreichbar sind, entspricht man daher nicht nur den Wünschen der ansässigen Bürger, sondern hilft auch dem Klimaschutz auf die Sprünge: Fahrten, die nicht stattfinden, sind allemal klimafreundlicher als jede andere Alternative.

Andreas Schettler, Vorstand für Wegearbeit im Fränkischen Albverein e.V.

Wir optimieren Ihre Freizeit- & Wander-Infrastruktur und machen sie fit für die Zukunft – für Ihre ansässigen Familien wie für Ihre Besucher!



- Konzeption und Planung
- Realisierungsbegleitung
- Nachhaltige Pflege
- Ausstattungselemente und Akzessorien
- Marketing
- Wanderleitsysteme
- Portaltafeln, Info-Elemente
- Wege-Management
- Erlebnis- und Erfahrungswege
- Wanderkarten, Flyer, give aways, Events



SIC

Schettler Consulting KG

Ebracher Weg 16 | 91056 Erlangen
Tel.: 09131 47320 | Fax: 09131 9405162
info@schettler-consulting.de
www.schettler-consulting.de

Landespflegeetage 2020 in Veitshöchheim:

Klimawandel und Artenschwund

Bei den traditionsreichen Landespflegeetagen in Veitshöchheim informierten sich rund 1.000 Vertreter der Grünen Branche über aktuelle Trends und Entwicklungen. Auf dem Programm standen die Schwerpunktthemen Klimawandel und Artenschutz, Besonderheiten in der Betriebsnachfolge und Aspekte der Pflanzenpflege.

Wie Dr. Hermann Kolesch, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), in seiner Begrüßung darlegte, sind das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ bzw. die nach wie vor an Fahrt aufnehmenden „Fridays-for-Future“-Bewegungen Paradebeispiele für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem globalen Brennpunktthema Klimawandel. Der dadurch entstehende öffentliche Diskurs sei zwingend notwendig, werde jedoch einseitig zu Lasten der Grünen Branche geführt.

Die aus seiner Sicht drängenden Herausforderungen im GaLa-Bau, nämlich Klimawandel, Digitalisierung und Fachkräftesicherung, erläuterte Gerhard Zäh, Präsident des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern). In der Bewältigung des Klimawandels nehme das Grün eine entscheidende Rolle ein. Die Städte der Zukunft müssten deshalb mehr Grün aufweisen, um den steigenden Ansprüchen der Bewohner an Umweltschutz und Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Ebenso steige das Bedürfnis nach Erholung im eigenen Garten und in öffentlichen Grünanlagen. Entsprechend begann der VGL Bayern bereits 2013 mit der von rund 50 Stiftungen, Unternehmen und Verbänden mitgetragenen Charta „Zukunft Stadt und Grün“, die Politik und Gesellschaft auf die Anforderungen an den Klimaschutz aufmerksam machen.

Außerdem verdeutlicht die Initiative „Grün in die Stadt“ laut Zäh die positiven Effekte von Grünflächen im öffentlichen Raum. 2018 wurde die Kampagne um den „Förder-Check“ erweitert. Dabei handelt es sich um eine Dialogplattform für kommunale Entscheider, die es ermöglicht, passende Förderprogramme zu finden und geeignete Förderanträge zu stellen. Mit der Initiati-

ve „Rettet den Vorgarten“ wendet sich der Verband zudem gegen die zunehmende Verschotterung von Gartenbereichen. Ziel ist es, Hausbesitzer darüber aufzuklären, dass bepflanzte Außenanlagen zu einer Verbesserung der Biodiversität und des häuslichen Mikroklimas beitragen. Auch die 2019 erschienene Broschüre „Unsere grüne Zukunft gestalten“ illustriert zahlreiche Beispiele, dem Klimawandel und urbanen Wachstum zu begegnen.

Naturnahe Gärten

Ein vehementes Plädoyer für den naturnahen Garten hielt im Anschluss auch Pia Präger, GaLa-Bau-Unternehmerin und Präsidiumsmitglied des VGL Bayern, und stellte dabei auch Umsetzungsbeispiele vor. Einblicke in die bereits seit dem vergangenen Jahr laufende Biodiversitätsinitiative „Erzeugung gestalten – Arten erhalten“ des Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gab Martin Degenbeck (LWG). Wie sich bienenfreundliche Stauden und Gehölze in der Stadt bei dekorativen Pflanzungen ohne großen Mehraufwand integrieren lassen, zeigte Andreas Adelsberger (LWG) auf.

Auch die Anforderungen in der Grünflächenpflege werden größer: Um die gewünschten Qualitätsstandards dem Auftragnehmer eindeutig zu kommunizieren, gibt es den Bildqualitätskatalog Freianlagen (BK FREI), den Oliver Schmidt (GBG Mannheimer Wohnbaugesellschaft) vorstellte. Aktuelle Ergebnisse und weitere Forschungsansätze der begrünter Fassadensysteme des gemeinsamen Projektes an der Klimaforschungsstation in Würzburg (Hubland) präsentierte Dr. Michaela Reim vom Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung

(ZAE) gemeinsam mit Johanne Bohl und Jürgen Eppel (beide LWG).

Neue Bäume auf dem Prüfstand

Jeder spricht von Waldumbau, doch auch im urbanen Bereich wird sich das vertraute Bild nachhaltig ändern, wie Dr. Philipp Schönfeld (LWG) darlegte. Bislang beliebte Straßenbaumarten wie Winterlinde oder Spitzahorn stünden mittlerweile am Abgrund, weshalb neue Bäume, unter anderem mit südosteuropäischer Herkunft, gefragt seien. Bereits seit zehn Jahren werden diese im Forschungsprojekt „Stadtgrün 2021“



Landrat Franz Löffler (5.v.l.) mit den Unterstützern. Bild: Schuhbauer

Landkreis Cham fördert Arten- und Klimaschutz

Gemeinsam mit den Menschen, Vereinen und Verbänden konnte der Landkreis Cham bereits in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zu mehr Artenvielfalt, zur Biodiversität und für den Klimaschutz leisten. Für das Jahr 2020 sind die Fortführung bestehender und die Umsetzung neuer Projekte und Maßnahmen geplant.

Landrat Franz Löffler stellte die Projekte, darunter zum Beispiel ein „Hausbaum-Förderprogramm“ für private Gartenbesitzer, zusammen mit Vertretern des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Cham e. V., des Maschinenring Cham, des Bayerischen Bauernverbandes und des Naturparks Oberer Bayerischer Wald e. V. vor. Er bedankte sich bei allen Beteiligten für die Unterstützung, aber vor allem auch bei den Bürgerinnen und Bürgern für den großen Zuspruch: „Man spürt, dass diese Themen von den Menschen nicht nur angenommen, sondern sogar nachgefragt werden.“

Deutlich sichtbare Auswirkungen wird das „Hausbaum-Förderprogramm“ zeitigen: 500 Laub- und Obstbäume stellt der Landkreis Cham zur Neupflanzung in den Dörfern und Siedlungen des Landkreises kostenlos bereit. Bäume sind ideale CO₂-Speicher, wirken sich positiv auf das Kleinklima in den Gärten aus und nehmen eine wichtige gestalterische Funktion ein. Interessenten können sich an die örtlichen Obst- und Gartenbauvereine im Landkreis Cham wenden, die auch die Abwicklung der Aktion übernehmen.

Nach dem großen Interesse im vergangenen Jahr, wo in rund 1.500 Gärten und Anlagen Blühflächen mit der „Veitshöchheimer Bienenweide“ angelegt wurden, gibt es auch 2020 wieder Blühsamen-Mischungen bei den Obst- und Gartenbauvereinen.

Projekt „Schulgarten“

Die Obst- und Gartenbauvereine helfen auch mit bei der Anlage und Fortführung von Gärten an den Schulen im Landkreis. 40 Schulen beteiligen sich schon an dem Projekt „Schulgarten“ und haben die zugesagte Förderung von 500 Euro beantragt. Ziel ist es, bei den Kindern und Jugendlichen wieder das Bewusstsein für den Wert unserer Lebensmittel zu wecken.

auf ihre Eignung als Stadtbäume für Bayern auf den Prüfstand gestellt. Schönfeld präsentierte dazu die Messdatenauswertung, der zufolge die nicht-heimischen Versuchsbäume mit den Wetterextremen der vergangenen Jahre besser zurechtkamen als ihre heimischen „Schwesternarten“.

Den bayerischen Klimatrend charakterisieren längere Hitzeperioden und ungleichmäßig fallende Niederschläge. Auch künftig werden verstärkt Wetterextreme zu verzeichnen sein, die die Anforderungen an die Grüne Branche weiter verschärfen. So wurde in den praxisorientierten Vorträgen u. a. thematisiert, welche Grasarten künftig – nicht zuletzt auch mit Blick auf eine reduzierte Bewässerung – eine Rolle spielen könnten. **DK**

Mehr Bäume in den Städten

Co-Benefits bei Klimaschutzmaßnahmen, die 10-H-Regelung und was Städte und Kommunen gegen den Klimawandel erreichen können: Darüber diskutierten Experten und Abgeordnete in der von der SPD initiierten Expertenanhörung zum Klimaschutz im Umweltausschuss.

„Wir müssen zeigen, dass naturnahe Lösungen – wie Hochwasserschutz durch Wasserrückhalt in der Fläche – auch viele positive Effekte für Bürger und Gesellschaft haben. Dazu zählen beispielsweise der Erhalt von Naherholungsgebieten oder Artenschutz“, erklärte Prof. Dr. Markus Disse. Er lehrt an der TU München am Lehrstuhl für Hydrologie und Flussgebietsmanagement.

In Bayern sei vor allem Unterfranken als besonders trockene Region von den Folgen des Klimawandels betroffen, betonte Dr. Heiko Paeth, Leiter der Professur für Geographie der Universität Würzburg. Dort ist es seit dem Jahr 1980 im Durchschnitt 1,7 Grad wärmer. Auch die Anzahl der Tropennächte – in denen auch nachts die Temperatur noch bei 30 Grad liegt – wird laut Klimamodellen um den Faktor 50 steigen.

Hoher Flächenverbrauch beeinflusst Lokalklima

„Bayern ist besonders gierig beim Flächenverbrauch“, kritisierte Paeth. Allein in der Stadt München machten 20 % der Fläche versiegelte Parkflächen aus – was das Lokalklima erheblich beeinflusst. Paeth forderte mehr Begrünung und offene Wasserflächen in den Städten. „Und anstatt neue Bäume zu pflanzen, sollten Kommunen verstärkt auf alte Baumbestände setzen. Diese Bäume sind nämlich tiefer verwurzelt und überstehen Dürreperioden besser“, erklärte der Wissenschaftler. Um dezentrales Wassermanagement in den Kommunen voranzubringen, empfahl er, Zisternen zu fördern.

Disse ergänzte, dass Bayerns Relief es hergeben würde, kleine Versickerungsmulden zu bauen und Wasser nach Starkregenereignissen dem Grundwasser statt den Flüssen zurückzuführen.

10-H-Regel in der Kritik

Prof. Dr. Julia Pongratz machte darauf aufmerksam, dass in der Treibhausgasbilanz 50 bis 60 % der Emissionen in anderen Län-

dern erzeugt werden: „Das heißt, auch global haben wir ein großes Potenzial, Treibhausgase zu reduzieren.“

Instrumente für die Energiewende

Prof. Dr. Michael Sterner, Leiter der Forschungsstelle Energienetze und Energiespeicher (FENES), führte verschiedene Instrumente für die Energiewende an. Er forderte die Absicherung der Energieversorgung durch einen Mix aus Stromtrassen, Batteriekraftwerken sowie Gaskraft und Technologien wie Power to Gas.

Die 10-H-Abstandsregelung für den Bau von Windenergieanlagen dient aus Sterners Sicht nicht der Befriedung, sondern feuere sie zusätzlich an: „Wir sind auf ein offenes Bekenntnis der Staatskanzlei zur Abschaffung der 10-H-Regel angewiesen, das erleichtert die Kommunikation in den Kommunen.“

Handlungsempfehlungen für Kommunen

Ruth Müller (SPD) forderte von den Experten ergänzende Handlungsempfehlungen für die Kommunen. Sterner befürwortete Ansätze wie das 10.000-Häuser-Programm. „Die Förderung energieeffizienter Häuser ist sehr sinnvoll. Gerade der Einsatz von Photovoltaik ist eine Entscheidung, die niemand bereut, weil immer ein Zusatznutzen entsteht.“

Dr. Petra Hutner, Leiterin des Landesverbandes Erneuerbare Energien Bayern, appellierte an die Staatsregierung, die Energiewende durch Hindernisse in Genehmigungsverfahren nicht zu verhindern. Bayerns Vorbildfunktion sieht sie in einer positiven Kommunikation gestärkt. In Bezug auf die 10-H-Regel beteuerte sie: „Aufklärungskampagnen bringen gar nichts, denn in den Kommunen fehlt die fachliche Kompetenz in Bezug auf die Bauleitplanung.“ Auch Florian von Brunn (SPD) forderte von der Staatsregierung, die 10-H-Regelung abzuschaffen um die Energiewende in Bayern zu beschleunigen. **□**

Umweltwettbewerb 2020 im Landkreis Dillingen

Mit dem Schwerpunktthema „Vorbildliche Artenschutzmaßnahmen“ will der Landkreis Dillingen a.d. Donau im Jahr 2020 im Rahmen des Umweltwettbewerbs den Fokus auf ein sehr aktuelles und nachhaltiges Thema richten.

Ziel des Wettbewerbs ist es, vorbildliche Maßnahmen und Initiativen, die zum Schutz und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen, öffentlich anzuerkennen und auszuzeichnen. Der Wettbewerb findet in diesem Jahr zum 24. Mal statt.

Neben Maßnahmen zum Schwerpunktthema werden private, betriebliche oder kommunale Modellprojekte zur Erhaltung der Lebensqualität durch nachhaltigen Klima- und Ressourcenschutz ebenso ausgezeichnet, wie allgemeine Umwelt- und Naturschutzprojekte, die die vom Umweltausschuss beschlossenen Richtlinien erfüllen. Darunter fallen beispielsweise Maßnahmen aus den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege sowie Boden- und Immissionschutz.

„Artenschutz ist eines der wichtigsten Themen in der aktuellen Klimadiskussion“, betont Landrat Schrell und begrüßt deshalb jede Initiative, die zum Erhalt der Artenvielfalt beiträgt. Der Landrat hat dabei die herausragende Funktion von Insekten für das Ökosystem im Fokus. „Mit der Aktion „Der Landkreis blüht auf“ leisten wir schon einen Beitrag, um dem Artensterben entgegenzuwirken“, betont Schrell.

Um dem Rückgang der Artenvielfalt Einhalt zu gebieten, bedarf es aber vielfältiger Anstrengungen auf allen Ebenen. „Mit dem Schwerpunktthema können wir aufzeigen, welche breite Palette an Möglichkeiten es gibt, vor Ort sinnvollen und nachhaltigen Artenschutz zu betreiben“, ist der Landrat überzeugt und hofft auf eine zahlreiche Beteiligung am Wettbewerb 2020.

Anregungen können von den Gemeinden, den Naturschutzverbänden, Vereinen und jedem einzelnen Bürger eingereicht werden. Sie sollten eine Begründung enthalten und die Maßnahme kurz beschreiben; anschauliches Bildmaterial sollte nach Möglichkeit beigelegt werden. Allerdings können nur Anregungen berücksichtigt werden, die bis spätestens 30.04.2020 vorliegen.

Eine Kommission wird anschließend die Anregungen prüfen und dem Umweltausschuss des Kreistages einen Vorschlag für die Prämierung unterbreiten. Die Anerkennung erfolgt durch eine Urkunde und teilweise eine Geldprämie bis zu 500 Euro. Die herausragendste Maßnahme unter den eingereichten Vorschlägen erhält den „Umweltpreis des Landkreises Dillingen“, der mit 1.000 Euro dotiert ist. **□**

Einbindung der Kommunen bei der Evaluierung des Kommunalwaldpaktes 2011

Im Jahr 2019 hat das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) die Evaluierung des Kommunalwaldpaktes 2011 begonnen. Die Evaluierung erfolgt in drei Arbeitspaketen. In einem davon werden die vorhandenen Angebote und Strukturen für die Betreuung des Körperschaftswaldes durch nichtstaatliche Dienstleister (Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse bzw. Forstunternehmer) oder eigenes Personal analysiert.

Ab Anfang März werden alle Bürgermeister mit Waldbesitz über 200 Hektar (Größenschwelle gemäß Landtagsbeschluss Drs. 17/15445 von 2017) und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse zur Gewinnung einer fundierten Evaluierungsgrundlage über einen Fragebogen beteiligt. Eine repräsentative Auswahl von forstlichen Dienstleistungsunternehmen wird durch Telefoninterviews beteiligt.

Rege Beteiligung erforderlich

Die Erhebung und Analyse der Ergebnisse führt Professor Dr. Krott von der Georg-August-Universität Göttingen als wissenschaftlicher Projektpartner des StMELF durch. Die betroffenen

Kommunen erhalten eine gesonderte Einladung zur Teilnahme. Eine rege Beteiligung ist wichtig, um alle für die Evaluierung wichtigen Aspekte aufzudecken.

Arbeitspakete

In zwei weiteren Arbeitspaketen wird der Gemeinwohl ausgleich für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen und die Entgeltregelung für die staatliche Beförderung überprüft. Zusätzlich werden die Auswirkungen des Rückgangs staatlicher Beförderung innerhalb der Forstverwaltung sowie die Sicherstellung eines geordneten Übergangs für die bis 2025 aus der staatlichen Beförderung ausscheidenden Kommunen beleuchtet. **□**



Die Unimog-Modelle im unwegsamen Gelände auf dem Weg zum Höhenrekord für Radfahrzeuge.

© Mercedes-Benz

Leistung, die Rekorde bricht:

Unimog Expeditionsteam auf dem höchsten aktiven Vulkan der Welt

Der Unimog ist seit 70 Jahren legendär, wenn es um wissenschaftliche Expeditionen in alle Erdteile und Klimazonen geht. Jetzt wagte es ein zehnköpfiges Expeditionsteam unter der Führung von Matthias Jeschke, den höchsten Vulkan der Welt, den Ojos de Salado in Chile mit zwei Unimog U 5023 zu erklimmen.

Das Team sollte auf verschiedenen Höhenlagern auf dem Vulkanberg ein System von vier Notfunkeinheiten installieren. Im Notfall kann später über jede der vier Einheiten eine Funkverbindung zu den drei weiteren Basislagern des Ojos de Salado hergestellt werden. Mit diesem System soll die Sicherheit sowohl für Bergsteiger als auch Wissenschaftler verbessert werden. Der Ojos de Salado ist mit einer Höhe von 6.893 m der höchste aktive Vulkan der Erde. Der Vulkan ist Teil der Atacama-Wüste, die zu den trockensten Wüsten der Erde zählt, sowie Teil des berühmten Pazifischen Feuerrings.

Nachdem das Expeditionsteam das Höhenlager Amistad auf 6.100 m mit beiden Unimog U 5023 erreichte und dort die vierte Notfunkeinheit eingerich-

tet hat, wandte sich das Team einem weiteren Meilenstein zu – den Höhenweltrekord für Radfahrzeuge. Dieser wurde mit einem der beiden Unimog auf einer Höhe von 6.694 m erreicht. Noch nie zuvor hatten Fahrzeuge weltweit einen Aufstieg in so große Höhen geschafft.

Unterstützt wurde die Expedition von Mercedes-Benz Special Trucks mit zwei hochgeländegängigen Unimog U 5023 der neuesten Generation, die das Expeditionsteam und das erforderliche Equipment in die extreme Höhe auf den Vulkan transportierten. Beide Unimog wurden mittels Spezialbereifung, starker Seilwinden und Sonderaufbauten zur variablen Schwerpunktarbeitung von Spezialisten des Unimog-Museums, dem Unimog Aufbaupartner AS Söder und von

Ingenieuren der Unimog-Entwicklung für die Herausforderungen in diesen extremen Höhen fit gemacht.

Damit haben Matthias Jeschke – Inhaber der Firma Extrem Events – und sein Team nicht nur den mit einem Mercedes-Benz Zetros in 2014 selbst gesetzten Rekord übertroffen, sondern auch den absoluten Höhenweltrekord für Radfahrzeuge gesetzt. Beide Fahrzeuge haben laut Expeditionsleiter Jeschke „die extrem steilen wie felsigen Passagen dank zuverlässiger und bester Technik, austarierter Schwerpunkt und genialer Reifentechnik bewältigt. Material und Ausrüstung auf die enorme Höhe transportiert. Zu keinem Zeitpunkt weltweit motorisierter Höhenexpeditionen haben zwei Trucks gleichzeitig eine solche Höhe erreicht.“ Also ein Doppel-Weltrekord für die zwei Unimog U 5023 und ein weiterer Fortschritt in der wissenschaftlichen Erforschung des Pazifischen Feuerrings. □



Die Rektorin der Grundschule Roding-Mitterdorf, Christine Schreiner, Landrat Franz Löffler und Bürgermeister Franz Reichold (v.l.) freuen sich schon, wenn der Schulgarten im Frühjahr wieder zum Erlebnis- und Lernort wird. Die Vorbereitungen laufen!

Bild: Schubbauer

Lernort Schulgarten fördert ökologisches Verantwortungsbewusstsein:

Landrat Löffler ruft Projekt ins Leben

Der Landkreis Cham möchte das Verständnis junger Menschen für die Natur und natürliche Kreisläufe wecken und die Verantwortung jedes Einzelnen verdeutlichen. Ein Schulgarten ist dafür ein hervorragender Erlebnis- und Lernort. Landrat Franz Löffler hat deshalb das Projekt „Förderung des ökologischen Verantwortungsbewusstseins an den Schulen im Landkreis Cham“ ins Leben gerufen.

Aus seinen Verfügungsmitteln stellt er für jede Schule im Landkreis 500 Euro zur Verfügung. So können Beete und Hochbeete angelegt werden, Gemüse gesät, Hecken und Beerenobst gepflanzt werden. Landrat Franz Löffler erläutert: „In einer Zeit, in der Kinder und Jugendliche

den Anbau von Obst und Gemüse zu Hause oft nicht mehr miterleben und den Wert der Lebensmittel, ihren Aufwand bei Saat, Pflanzung, Pflege und Ernte nicht mehr abschätzen können, können Schulen in einem Schulgarten dieses wertvolle Wissen weitergeben. Auch ökologische Zu-

sammenhänge, die Freude an der Vielfalt an Pflanzen und Tieren können vermittelt werden.“

Vorbildliche Umwelterziehung

34 Schulen im Landkreis Cham, von Grund- und Mittelschulen über Montessorischulen bis zum Gymnasium haben sich bereits für das Projekt angemeldet. Eine davon ist die Grundschule Roding-Mitterdorf, die als Umweltschule anerkannt ist und vorbildliche Arbeit in der Umwelterziehung leistet, wie Landrat Franz Löffler anerkennend bemerkte. Rektorin Christine Schreiner informierte Landrat Franz Löffler und Bürgermeister Franz Reichold über die geplanten Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung des Schulgeländes. Hochbeete und Gemüsebeete, mehrere Beerenobststräucher sind bereits seit langen Jahren vorhanden. Am Sitzplatz sollen in Zukunft Nektar und Pollen, Blätter und Äste von z. B. Schmetterlingsfliegen, Holunder, Kräutern und Stauden wie Thymian und Alant Schmetterlinge, Käfer, Wildbienen und andere Insekten anlocken. Am Zaun zum neuen Parkplatz soll eine Wildstrauchpflanzung entstehen, die Futter, Nistplatz und Versteck auch für Vögel anbietet. □

Beratungsangebot

Die Kreisfachberaterinnen Renate Mühlbauer und Susanne Deutschländer vom Sachgebiet Gartenkultur und Landespflanzung am Landratsamt Cham beraten die Schulen gerne. □

15. Landshuter Umweltmesse:

Überregionale Strahlkraft

Vom 20 bis 22. März findet bereits zum 15. Mal die Landshuter Umweltmesse statt, die ökologische Informations-, Kontakt-, Präsentations- und Wissensplattform für die gesamte Region. Der Messepark und die Flächen in und um die Sparkassenarena werden dann erneut zum Schauplatz für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen aus den Bereichen Natur und Technik, Bauen & Wohnen, Energie und Mobilität, sowie Gesundheit und Ernährung. Insgesamt werden wieder rund 250 Anbieter auf der Umweltmesse vertreten sein.

Eine Plattform zum gegenseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch sowie zum Erleben der E-Mobilität in seinen vielen Facetten bietet die 4. Sternfahrt der Elektromobile. Interessierte E-Mobilisten sind erneut dazu eingeladen, die Messe mit dem eigenen Elektro- oder Hybridfahrzeug zu besuchen und auf reservierten Parkplätzen mit Lademöglichkeit zu präsentieren. Ebenfalls zum vierten Mal auf der Messe vertreten ist der Sektor „Pilgern und Wandern“. Auf dem Martinusweg durch Landshut soll dabei der spirituelle Aspekt des Pilgerns hervorgehoben werden.

Interkulturelle Kunstwerkstatt

Die umweltpädagogische Betreuung für Kinder gestalten erstmals „natürlich(e) Kunst!“ und „Klimawald“. Mit Stift und Farben, Faden und Papier, Filzwolle und Schneckenhäusern,

Holz und Ton können Kinder und Jugendliche während der Landshuter Umweltmesse kreativ werden. Dr. Markus Wimmer, der in bewährter Weise die Betreuung leitet, lädt die jungen Künstler ein, sich im Rahmen der 15. interkulturellen Kunstwerkstatt (Veranstalter Haus international e.V.) mit natürlichen Materialien kreativ auszudrücken.

Neben Ausstellungen, Vorträgen und Vorführungen enthält das vielfältige Rahmenprogramm Kunst- und Kulturbeiträge. Ein breites Angebot an ökologischen Schmankerln aus der Region und eine unentgeltliche umweltpädagogische Kinderbetreuung runden das Programm ab.

Tunnelblick lösen

Wie einer der Organisatoren, der Geschäftsführende Gesellschafter der Landshuter Umwelt GmbH, Rudolf Schnur, im Rah-

men einer Pressekonferenz erläuterte, spiele der Klimawandel bei der aktuellen medialen Berichterstattung eine besondere Rolle. Die Öffentlichkeit habe einen Tunnelblick, weil sie sich nur auf das Thema CO2 fokussiert. Dabei gebe es zahlreiche weitere, auf der Agenda stehende Probleme, wie den direkt vor der Stadt Landshut gelagerten Atom- und Müll. „Wir wollen diesen Tunnelblick wieder auflösen und die ganze Palette des Umweltschutzes den Bürgerinnen und Bürgern als Entscheidungsträger zuführen“, machte Schnur deshalb deutlich.

Bessere Umweltwerte

„Insgesamt kann man stolz darauf sein, dass diese Umweltmesse nicht nur in der Stadt Landshut beachtet wird, sondern überregionale Strahlkraft besitzt“, unterstrich der Schirmherr der Veranstaltung, Oberbürgermeister Alexander Putz. Er verwies darauf, dass die immer wiederkehrende Behauptung, frühere Generationen hätten nichts zum Umweltschutz beigetragen, schlichtweg falsch sei. Seit Jahrzehnten gebe es gerade in den modernen Industriestaaten und so auch vor allem hierzulande erhebliche Bemühungen, das Thema nach vorne zu bringen.

Bei allen Defiziten, die es weltweit noch gebe, sollte man auf Putz' Sicht doch auch über Erfolge sprechen. Tatsache sei, dass gerade in Mitteleuropa die Umweltwerte in den vergangenen Jahrzehnten deutlich besser geworden sind. **DK**



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Das Allgäu als Vorreiter

Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 für Unternehmen und Kommunen mit Dr. Gerd Müller als Schirmherr

Das Interesse am neu gegründeten Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 ist enorm. Bereits Wochen zuvor war die Auftaktveranstaltung in Kempten ausgebuht. Über 120 Vertreter aus Wirtschaft und Politik – darunter Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller als Schirmherr – trafen sich schließlich im digitalen Gründerzentrum und präsentierten sich in Aufbruchsstimmung. Der allgemeine Tenor: Mit dem neuen Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 wird die Region zum Vorreiter beim Thema Klimaschutz.

Der Ansatz, der hinter dem Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 steckt: Die teilnehmenden Unternehmen, Kommunen und Institutionen verpflichten sich, schrittweise bis spätestens zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Dabei liegt der Schwerpunkt zunächst auf der Reduktion der CO₂-Emissionen durch mehr Energieeffizienz und dem stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien. Darüber hinaus sollen unvermeidbare Restemissionen durch hochwertige zertifizierte Projekte, die entsprechend CO₂ einsparen, kompensiert werden.

Es ist der mildeste Winter seit Jahren, mit teilweise Regen auf über 2000 Meter Höhe und Hochwasser in den Tälern, dazu wiederholt kräftige Stürme. „Die Zeichen des Klimawandels werden auch im Allgäu immer deutlicher wahrnehmbar und zeigen, dass es allerhöchste Zeit ist, den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß zu senken“, betonte Martin Sambale, Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!). Man wolle mit einem „Bündnis der Willigen“ einen möglichst großen Beitrag dazu leisten.

Tatsächlich würden immer mehr Unternehmen die Zeichen der Zeit erkennen und unabhängig von den gesetzlichen Vorgaben entschlossen handeln, hat der eza!-Geschäftsführer feststellt. Um interessierten Firmen, aber auch Kommunen und Institutionen in der Region den Weg dorthin zu erleichtern, werde das Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 ins Leben gerufen, berichtete Sambale. Zu den Gründungsmitgliedern zählen 26 Unternehmen – darunter die Allgäuer Überlandwerk GmbH, die Swoboda Wiggensbach KG, die Bahnhof-Apotheke und das Sonnenalp Resort.

Unterstützung durch Experten

Der Schwerpunkt wird zunächst auf der Reduktion der CO₂-Emissionen durch mehr Energieeffizienz und dem stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien liegen. Die teilnehmenden Firmen und Kommunen werden dabei von den Experten des eza!-Teams beraten und unterstützt. Zudem gibt es einmal im Jahr ein Bündnispartnertreffen mit einem Fachprogramm

zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und CO₂-Kompensation.

Letztere ist ein zweiter Baustein. Die unvermeidbaren Restemissionen sollen nämlich durch hochwertige zertifizierte Projekte, die entsprechend CO₂ einsparen, kompensiert werden. Diese Projekte, in der Regel in Entwicklungsländern, sollen vor Ort neben der CO₂-Einsparung auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen. „Zusätzlich ist auch eine Komponente zur Förderung regionaler Projekte geplant“, fügt Sambale hinzu.

Der Beitrag aus den Industrieländern für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika, die auf erneuerbaren Energien basieren müs-

Landkreis Donau-Ries:

Partnerschaft mit der Landwirtschaft

Stefan Wiedenmann, Landwirt aus Hoppingen hatte sich Ende des vergangenen Jahres an Landrat Stefan Rößle gewandt und um Unterstützung bei verschiedenen Problemstellungen gebeten. Bei einem ersten gemeinsamen Runden Tisch zwischen Vertretern der Landwirtschaft und des Landratsamts entstanden fünf Projektideen, die der Landkreis zusammen mit den Vertretern der Landwirtschaft zwischenzeitlich weiter konkretisiert hat.

Anfang Februar fand nun das zweite Treffen statt. Aufgrund der vielen Ideen und positiven Impulse, die sich während dieses Gesprächs aufbauten, wurde vereinbart, dass sich aus der losen Runde künftig eine feste Struktur entwickeln soll. Folgenden Vorschlag aus den Reihen der landwirtschaftlichen Vertreter hat Landrat Stefan Rößle gerne aufgegriffen: Die Organisation des gestarteten Partnerschaftsprojekts des Landkreises mit der Landwirtschaft soll in den Nachhaltigkeitsprozess des Landkreises eingebunden werden. Der Vorteil wäre, so Landrat Rößle, dass durch die neu geschaffene Stelle im Bereich Nachhaltigkeit die Projekte durch hauptamtliches Personal mit betreut werden könnten. Später sollen Arbeitsgruppen und evtl. auch ein Steuerungskreis eingerichtet werden. Unterstützung könnte das Landratsamt zudem auch im Bereich Marketing bieten. Als konkretes Beispiel wurde an eine Ergänzung des regionalen Einkaufsführers des Landkreises gedacht.

Zu den beim letzten Treffen angeregten fünf Projekten wurde im Einzelnen folgendes weitere Vorgehen vereinbart:

1. Erstellung eines Pools mit Landwirten, die Ausgleichsflächen oder Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) zur Verfügung stellen für suchende Bauherren: Es soll zunächst ein Aufruf erfolgen, ob es interessierte Landwirte gibt, die dann auch gleich geeignete Flächen melden sollten. Die Flächen würden den Landwirten von den Bauherren entsprechend vergütet werden. Die weitere Kommunikation soll über das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie die Obmänner des BBV erfolgen.

2. Umstellung der Kantinen des Landkreises auf 50 % regionale/ökologische Produkte: Zur Umsetzung der Umstellung wird angedacht, mit einem Modellprojekt am gKU und einem zunächst 50%-Anteil an regionalen/ökologischen Produkten zu starten und die weitere Entwicklung zu beobachten. Bevor es los gehen kann,

sei für die Weltgemeinschaft von enormer Bedeutung, bekräftigte Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller als Schirmherr des Bündnisses klimaneutrales Allgäu 2030. „Ob die Klimakatastrophe eintritt oder nicht, entscheidet sich insbesondere in Afrika“, betonte Müller und erinnert in diesem Zusammenhang an das enorme Bevölkerungswachstum in Afrika. Ziel sei es, dass die Entwicklungsländer fossile Brennstoffe gar nicht erst nutzen müssten, sondern direkt in Erneuerbare Energien einsteigen würden. „Dafür braucht es unser Know-how und unser Kapital“, erklärte Müller.

Stadtrat steht vor Beitritt

Auch Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle, der gleichzeitig Vorsitzender der eza!-Gesellschafterversammlung ist, begrüßte die Initiative und hofft, dass „der Funke für eine Beteiligung am Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 auf möglichst viele überspringt“. Der Stadtrat Kempten berät am 20. Februar über den Beitritt. Der städtische Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz hat die Teilnahme bereits befürwortet. □



Gemeinsam etwas bewegen: Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle, Professor Franz Josef Radermacher und eza!-Geschäftsführer Martin Sambale (von links) bei der Auftaktveranstaltung des Bündnisses klimaneutrales Allgäu 2030. Foto: eza!

Insekten, Fledermäuse & Co schützen:

Weniger Beleuchtung in Würzburg

Im Zuge der Umsetzung des erfolgreichen Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern - Rettet die Bienen!“ wurde unter anderem das Bayerische Immissionsschutzgesetz angepasst. Demnach dürfen Fassaden öffentlicher Bauten in der Zeit zwischen 23 Uhr und der Morgendämmerung nicht mehr beleuchtet werden - soweit dies mit der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist.

Die Vorgaben dienen zum einem generell dem Erhalt von Fledermausquartieren in und an Gebäuden, zum anderen kann das Reduzieren der nächtlichen Beleuchtung einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Insekten und anderer Tierarten leisten. Denn nachtaktive Insekten werden von künstlichen Lichtquellen angelockt und verenden an der Lichtquelle oder werden dort Opfer von Fressfeinden. Zudem können auch schädliche Verhaltensänderungen ausgelöst und wichtige Wanderbewegungen unterbunden werden.

Anpassung der Beleuchtung

Den neuen gesetzlichen Regelungen entsprechend wird nun auch die Beleuchtung öffentlicher Bauten in Würzburg angepasst: Neben kleineren Gebäuden werden nun die Fassaden der Festung, des Käppeles sowie des Grafeneckartturms ganzjährig nur noch bis 23 Uhr beleuchtet sein. Die technische Umsetzung läuft bereits und wird in den nächsten Wochen weitgehend abgeschlossen sein. Dom, Residenz und Falkenhaus bleiben aufgrund der Wegesicherheit weiterhin beleuchtet. Zudem werden einige Bodenstrahler – z.B. im Bereich der Bäume am Willy-Brandt-Kai – zunächst probeweise für ein Jahr komplett abgeschaltet.

Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner: „Durch die nächtliche Abschaltung setzen wir gesetzliche Regelungen um und wollen gleichzeitig Vorbild sein. Auch mit kleineren Maßnahmen kann jede und jeder einen Beitrag zum Artenschutz leisten. Der Schutz von Insekten ist dabei eine sehr wichtige Aufgabe, da sie in den Ökosystemen eine zentrale Rolle spielen.“

Umstellung auf LED

Die technische Betreuung der öffentlichen Beleuchtung in Würzburg obliegt der Stadtwerke Würzburg AG. Bernd Hammer, der verantwortliche Abteilungsleiter, erläutert: „Auch bei der Modernisierung der rund 17.000 Straßenlaternen, wovon bereits 7.000 umgerüstet sind, achten wir intensiv auf den Natur- und Umweltschutz. Bis etwa zum Jahr 2025 wollen wir die Beleuchtung vollständig auf LED-Technik umstellen. Die zum Einsatz kommenden Leuchten sind in ihrer Lichtfarbe auch in Punkto Insektenschutz deutlich besser als die älteren Leuchtstoffröhren oder Natriumdrucklampen. Auch der Energiever-

brauch wird durch diese Umstellung um durchschnittlich 70 Prozent reduziert.“
Einige Tipps und Hinweise für den Artenschutz im und am Gebäude sind auf der städtischen Website unter www.wuerzburg.de/520788 □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landrat Thomas Karmasin mit den Klimaschutzmanagerinnen des Landratsamts Fürstentfeldbruck Katrin Ziewers (links) und Aneta Höffler. Foto: LRA FFB

Landkreis Fürstentfeldbruck beschließt CO₂ Aktionsplan

Der Energie- Umwelt- und Planungsausschuss des Landkreises Fürstentfeldbruck beschließt nach intensiver Diskussion am 17. Februar 2020 den CO₂ Aktionsplan. Dieser ist ein Maßnahmenkatalog, der dem Landkreis als Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre zur Erreichung der Klimaziele dient.

Im Aktionsplan werden diejenigen Maßnahmen, die in der CO₂ Bilanz im Jahr 2018 vorgestellt wurden, sowie Maßnahmenvorschläge aller Fraktionen gebündelt. Dabei hat sich der Landkreis Fürstentfeldbruck ambitionierte Ziele gesteckt: die Umstellung auf 100 % erneuerbare Strom- und Wärmebereitstellung sowie die Aufstellung eines Fahrplans bis spätestens 2022 zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands im Landkreis.

Emissionsminderung

Circa 44% der kreisweiten CO₂ Emissionen werden durch den Wärmeenergieverbrauch erzeugt, der Verkehr ist für 36% der Emissionen verantwortlich; die letzten 20% werden durch den Strombedarf emittiert. Dementsprechend befassen sich die ersten Maßnahmen des CO₂ Aktionsplans mit der Minderung der in diesen Bereichen verursachten Emissionen. Erreicht werden soll dies durch den weiteren Ausbau der Erzeugung von erneuerbarem Strom und Wärme sowie

deren Integration in wasserstoffbasierte Speichertechnologien. Darüber hinaus konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Weiterentwicklung von alternativen Mobilitätsangeboten mit besonderem Augenmerk auf Fußgänger und Radverkehr. Nicht zuletzt soll ein neu geschaffenes Klimaschutz- und Energiewendemobil Umweltbildungs- und Beratungsangebote bündeln. Bei der Realisierung fast aller Maßnahmen ist jedoch der Landkreis nicht der alleinige Verantwortliche, dementsprechend werden im Zuge der Umsetzung immer auch weitere Akteure miteinbezogen.

Basierend auf der letzten CO₂-Bilanz, die im Frühjahr 2018 vorgestellt wurde, hatte Landrat Karmasin den politischen Gremien vorgeschlagen, einen Aktionsplan unter Einbeziehung aller Fraktionen zu erstellen. Ausgearbeitet wurde der Aktionsplan von der Ludwig Bölkow Systemtechnik GmbH (Ersteller der landkreisweiten CO₂-Bilanz) in enger Abstimmung mit dem Klimaschutzmanagement des Landratsamtes. □



V.l.: Markus König, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in Nürnberg und OB-Kandidat, MdL Barbara Regitz, Karl Freller, 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Prof. Dr. Julia Lehner, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Albert Füracker. Bild und Text: pmw

Finanz- und Heimatempfang in Nürnberg:

Funktionierende Kommunen schaffen Heimatgefühl

„Bayern ist das Land mit der Freiheit, Ideen nicht nur zu denken sondern auch umzusetzen“, so Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Finanz- und Heimatempfang. Deshalb sei der Freistaat auch ein „toller Wirtschaftsstandort“ und mit Albert Füracker werde er weiter dafür sorgen, dass es keine vergessenen Regionen gibt. „Politik muss für alle da sein“. Er stehe für Heimatnähe und Bodenständigkeit und sah mit Bezug auf seinen kürzlichen Russlandbesuch in gleichzeitiger Weltoffenheit und Internationalität keinen Widerspruch.

Hausherr Staatsminister Albert Füracker konnte eine illustre Gästeschar begrüßen, Politiker von Europa bis zu den Kommunen, Repräsentanten von Kirchen, Schulen, Verbänden und Behörden, und viele ehrenamtlich Tätige. „Im Zeitalter der Problembe-schreibung ist die Politikgestaltung schwieriger geworden“, so Füracker als Hausherr am Nürnberger Dienstsitz des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Gemeinsame Hauptaufgabe sei, „das Land angesichts politischer Umbrüche stabil zu halten und voranzubringen“. Er appellierte daran, nicht denjenigen auf den Leim zu gehen, die für komplizierte Sachverhalte einfache Lösungen vorgaukeln.

Durch gezielte Heimatpolitik wollte sein Haus dazu beitragen,

gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen. „Investitionen in Forschung und Technik sind Investitionen in die Zukunft, und auch auf diesem Gebiet sei Bayern „spitze“. Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „In Bayern werden mehr Lehrstühle für künstliche Intelligenz geschaffen, als im Rest Deutschlands“. Der Freistaat sei ein interessanter Standort für Forscher aus der ganzen Welt. „Wir wollen auch künftig Standards in der Welt setzen“.

Einzelmaßnahmen ohne Verbote

Der Ministerpräsident warnte davor, das Auto per se kaputtzureden. Es sei schon viel zum Ausbau des Öffentlichen Personen-

nahverkehrs geschehen und noch viel mehr in Planung. Was aber nicht passieren dürfe: Konjunktur und damit Arbeitsplätze und Wohlstand gegen Klimapolitik auszuspielen. Albert Füracker ergänzte in dem von Marion Schieder moderierten Zwiegespräch: „Das bayerische Klimapakete umfasst 96 Einzelmaßnahmen, alle ohne Verbote“. Auch dabei gehe es darum, nicht ärmere gegen reichere Menschen oder Städte gegen das Land zu setzen.

Bei Albert Füracker war spürbar, wie sehr ihm die Städte, Landkreise und Gemeinden am Herzen liegen. „Wenn die Kommune funktioniert, fühlen sich die Menschen wohl und das ergibt dann auch das Heimatgefühl“. Zukunftsperspektiven für junge Menschen auch im ländlichen Raum zu schaffen, gehörte zu den Kernaufgaben bayerischer Politik. Deshalb bekämen die Kommunen auch so viele finanzielle Zuwendungen wie nie zuvor und wie in keinem anderen Land. „Alles zusammengenommen geht jeder vierte Euro des Staatshaushaltes an die Kommunen“, so der Finanz- und Heimatminister.

In der Behördenverlagerung sah Ministerpräsident Söder ein Beispiel für „Gleichwertigkeit in der Praxis“. Hier gehe es nicht in erster Linie um die Verlagerung von Arbeitsplätzen, sondern durch die natürliche Fluktuation würden vor Ort neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch mit dem Breitbandausbau und der Dezentralisierung von Hochschulen will Söder jetzt einen Schwerpunkt in den noch strukturschwachen Regionen setzen. □

von Diakonie und Caritas. Für kurzfristige Anfragen steht auf dem Bildungsportal Donau-Ries ein Exemplar zum Download zur Verfügung: www.donauries.bayern/sprachgutschein □



„Zerstörtes Würzburg“ Tote und Trümmer als Mahnung: Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Helmut Försch, Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake und Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei der Ausstellungseröffnung der Geschichtswerkstatt im Verschönerungsverein im Würzburger Rathaus.

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Oh du meine Güte. Jetzt spielen sie uns wieder das Lied vom Zentralismus als Lösung aller Probleme vor. Als wenn beim Bund mehr Lösungskompetenz läge als bei den Kommunen oder den Ländern.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte über zwei Meldungen der vergangenen Tage heftig den Kopf.

Die erste war die Forderung von zwei Ökonomen, der Bund solle die Kommunen beim Wohnungsbau nicht nur mit Fördergeldern und der Bereitstellung von erschwinglichem Bauland unterstützen, sondern durch eine eigens zu schaffende Behörde auch noch die Planungsaufgaben und die Durchführung von Bauprojekten selber in die Hand nehmen. Begründung: Die Kommunen wären durch fehlende Experten und Inkompetenz reihenwei-



Dabei hat Deutschland doch seine föderale Struktur und die herausgehobene Stellung und Entscheidungskompetenz seiner Kommunen erst stark und erfolgreich gemacht. Bei uns muss niemand erst in Paris oder London anfragen, ob das Schulhaus gestrichen werden darf – man macht es einfach, wenn das Geld da ist und der Gemeinderat zustimmt.

A propos Schule: Das ist ja auch so ein Dauerbrenner, dass für die Bildung nicht mehr die Länder, sondern der Bund zuständig sein soll. Stichwort: Gleiche Chancen und Bedingungen von Hallig Hooge bis Oberstaufen. Gut, jetzt liegen die Leistungen der Schüler von Land zu Land sehr unterschiedlich. Ein Bremer oder Berliner Gymnasiast ist von der Leistung seines bayerischen Kollegen zwischen einem und eineinhalb Schuljahre entfernt – Bremen und Berlin sind die Schlusslichter der innerdeutschen Leistungsvergleiche. Hände hoch wer meint, ein bundeseinheitliches System würde oder könnte sich an Bayern orientieren? Klar, die bayerischen Schulen würden verberlinern oder verbremern, nichts anderes wäre die Folge.

Das ewig alte Lied vom Zentralismus

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein großer Anhänger des Subsidiaritätsprinzips: Dinge da planen, entscheiden und dann auch umsetzen, wo die Auswirkungen unmittelbar zu spüren sind. Zentral auf Bundesebene ist in vielen großen Fragen sinnvoll, aber nicht bei Wohnungsbau oder Bildung. Interessant auch, dass dem Berliner Zentralismus manchmal von den gleichen Leuten das Wort geredet wird, die am liebsten Europa auch dort Zuständigkeiten nehmen würden, wo es sich als sinnvoll erwiesen hat. Sehnsucht nach der Pickelhaube? Nein, wir brauchen mehr Zuständigkeiten der Länder und Gemeinden und vor allem mehr Wettbewerb untereinander. Die Grundsteuer kann den Anfang machen. Wir brauchen aber auch noch eine regional differenzierte Erbschaftsteuer und Zu- und Abschläge bei der Einkommensteuer. Föderaler Wettbewerb ist das Zauberwort, nicht Zentralisierung. Als Erklärung für die Anziehungskraft des Zentralismus fällt mir nur Voltaire ein: „Je öfter eine Dummheit begangen wird, desto mehr bekommt sie den Anschein der Klugheit“.

Ich kann mir diese Forderungen nur metaphysisch erklären, so als Glaube an höhere Mächte, die über den Niederungen schweben und alles ordnen, was die zersplitterten Geister in den divergierenden Verwaltungseinheiten so verbocken.

Ihre Sabina

Sprachgutschein Donau-Ries 2020:

Die Förderung geht weiter!

Bereits das zweite Jahr fördert der Landkreis Donau-Ries Neuzugewanderte, die in einem eigenfinanzierten Sprachkurs Deutsch lernen mit einmalig 20% der Kurskosten bzw. maximal 200 EUR pro Person. Donau-Ries präsentiert sich mit dieser einzigartigen Förderung als beispielgebend bei Fachkräftesicherung und Integration.

Der Zuzug von Ausländern, die aus europäischen Ländern in unseren Landkreis kommen ist ungebrochen. Für die letzten beiden Jahre weist die Statistik für diesen Kreis einen Zuzug von jährlich ca. 600 Personen aus. Es sind Fachkräfte, die hier dringend gebraucht werden. Aber um in Deutschland als Fachkraft zu arbeiten und sich in die Gesellschaft zu integrieren, ist es notwendig, Deutsch zu lernen. Leider gibt es einige Hindernisse, die gerade dieser Zielgruppe den Zugang zu Sprachkursen versperren. Neben der Tatsache, dass Arbeitszeiten einen Deutschkurs nicht zugänglich machen, sind es oft fehlende Möglichkeiten einen solchen Deutschkurs zu finanzieren, denn von den ausländischen Beschäftigten in unserem Landkreis sind 36 Prozent auf Helferniveau tätig.

Hier unterstützt der Landkreis mit dem Sprachgutschein Donau-Ries. „Davon profitiert der Landkreis langfristig. Mit dieser freiwilligen Förderung stellen wir sicher, dass wir den zukünftigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Integration gewachsen sind“, so Landrat Rößle.

Neu ab diesem Jahr ist, dass

der Sprachgutschein durch alle Ausländer, die im Landkreis Donau-Ries leben oder arbeiten in Anspruch genommen werden kann. Die noch im letzten Jahr gültige Begrenzung der Förderung auf Zuwanderer aus den EU-Ländern wurde nun aufgehoben. Dafür hat der Kreisrat die zur Auszahlung bereitstehende Fördersumme für 2020 verdoppelt!

Bildungskordinatorin Dr. Gabriele Theiler in der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit hat dieses Projekt umgesetzt: „Es ist sehr wichtig, dass dieses Unterstützungsangebot alle Ausländer, alle Kursangebote und alle Sprachniveaus von A1 bis C2 umfasst“. Ein Deutschniveau von B2 ist für Fachkräfte oft erst Voraussetzung für den Erhalt einer Arbeitsstelle.

Um den EU-Bürgern die Unterstützung gleich zu Beginn ihres Aufenthaltes im Landkreis bereit zu stellen, werden Sprachgutscheine auch durch die Einwohnermeldeämter an Neuzugezogene ausgegeben. Als Ausgabestellen fungieren ebenfalls alle Volkshochschulen und Sprachkursträger im Landkreis, sowie die Migrationsberatungsstellen

Würzburg:

Ausstellung der Geschichtswerkstatt zum 16. März 1945

2020 jährt sich Würzburgs Schicksalstag, der 16. März 1945, zum 75. Mal. Die Geschichtswerkstatt im Verschönerungsverein nimmt dieses Jubiläum zum Anlass um bei der inzwischen 22. Auflage ihrer stets sehr gut besuchten Fotoausstellung im Würzburger Rathaus einen besonderen Fokus auf die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg zu legen. Am 16. März 1945 wurde Würzburg in nur 20 Minuten fast vollständig von Bomben zerstört.

Dem Feuersturm fielen etwa 4.000 Menschen zum Opfer. Durch Fotografien und Texte rückt diese Nacht vor weniger als einem Menschenalter wieder näher an den Ausstellungsbesucher heran. Der 16. März wird zudem in eine vollständige Chronologie

historisch eingebettet, die nicht mit der Bombardierung endet. So wird z.B. auch der erbitterte Kampf um die Ruinenstadt bis zur Befreiung durch die US-Streitkräfte am 6. April dargestellt.

„Würzburgs Zerstörung mahnt uns, uns für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde einzusetzen. In einer Zeit, in der auch hierzulande Kräfte immer stärker werden, die außenpolitisch auf die einseitige Verfolgung nationaler Interessen und innenpolitisch auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, ist diese Mahnung notwendiger denn je“, ordnete auch Oberbürgermeister Christian Schuchardt den 16. März in einen größeren Kontext ein.

Schuchardt würdigte das Team um Helmut Försch, Peter Hulansky und Berthold Diem, das in akribischer Vorarbeit viel historisches Material gesichtet hat und eine Ausstellung mit zum Teil bisher unveröffentlichten Fotos erstellt hat. Es gibt zwei Begleitbände zur Ausstellung und erstmal auch eine DVD mit rund 30 Minuten Laufzeit. Helmut Försch nutz-

te die Ausstellungseröffnung für einen emotionalen Appell – gerade auch an die jüngeren Generationen: „Wir haben es damals erlebt und man könnte meinen: die Menschheit hat aus ihren Fehlern nichts gelernt.“ Försch zeigte sich entsetzt über neue Formen von Antisemitismus, die Relativierung von Nazi-Morden, die Ereignisse von Thüringen oder auch Deutschlands Rolle als großer Rüstungsexporteur. In Anlehnung an Kurt Tucholsky rief er den zahlreichen Besuchern der Vernissage ins Gewissen: „Ich höre nicht auf Nein zu sagen! Baut eine friedliche Welt ohne Hass und Neid!“

Die Ausstellung wird bis einschließlich Freitag, 27. März 2020, zu den Öffnungszeiten des Rathauses zu besichtigen sein: Mo-Do 8 bis 18 Uhr, Fr 8 bis 13:30 Uhr. Die Bilderschau ist nur eines von zahlreichen Formaten der Erinnerungskultur. Die Stadt Würzburg hat einen Flyer mit allen Veranstaltungen vom 10. bis zum 22. März aufgelegt, die an die Zerstörung vor 75 Jahren erinnern.

Die Mitglieder der Geschichtswerkstatt richten einen Stand ein, dieser ist während der Ausstellungszeit von Montag bis Donnerstag zwischen 9 und 16 Uhr besetzt. Dort werden auch gerne Fragen von Einzelbesuchern, Gruppen oder Schulklassen beantwortet. Infos und Kontakt: geschichtswerkstatt-wue@t-online.de. □

„Kommune bewegt Welt“

Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung

Immer mehr Städte, Landkreise und Gemeinden engagieren sich für Vielfalt, für Chancengleichheit und dafür, lokal globale Zukunft zu gestalten. Ob bei Initiativen zu Nachhaltigkeit, zu Fairem Handel oder in Städtepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern – überall, wo Kommunen und Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Expertise bündeln, bilden sich nachhaltigere Strukturen und die entwicklungspolitische Wirkung der Aktivitäten steigt.

Hier setzt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global an und gibt den guten Ideen eine Bühne: Der bundesweit einzigartige Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ zeichnet in einer feierlichen Preisverleihung Kommunen aus, die sich gemeinsam mit migrantischen Organisationen entwicklungspolitisch engagieren und über Integrationsmaßnahmen hinausdenken.

Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller.

Die Wettbewerbsrunde 2020 startete am 2. März. Bewerbungsschluss ist der 28. Juni 2020.

Die Gewinnerkommunen erwartet ein Preisgeld von insgesamt 135.000 Euro, das sich gleichermaßen auf drei Kategorien

(Einwohnerzahl bis 20.000, von 20.000 bis 100.000 und mehr als 100.000) verteilt. Kommunale Vorbilder erfreuen sich der Bekanntmachung über lokale Preisverleihungen und durch die überregionale Informationsarbeit der SKEW.

Alle Bewerberinnen und Bewerber profitieren außerdem vom Erfahrungsaustausch und der Netzwerkbildung, die im Rahmen des Wettbewerbs und auch darüber hinaus stattfinden. Es winken also auch neue Kontakte und Ideen, die der eigenen Organisation weiterhelfen. Die SKEW steht allen Kommunen in der Ausgestaltung ihrer Entwicklungspolitik beratend zur Seite.

Mehr Infos dazu auf der Homepage: <https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html>



Buswartehalle CONTI:

Modulsystem für viele Einsatzzwecke

Durch den viel diskutierten Klimawandel ist auch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs wieder verstärkt in den Fokus der Politik gerückt. Als Alternative zum Individualverkehr wird er aber nur akzeptiert, wenn sich die Menschen im öffentlichen Umfeld auch wohlfühlen. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten Wartehallen an den Haltestellen.

Sicherheit, Schutz und eine ansprechende Optik sind wichtige Kriterien für Fahrgäste. Kommunen legen außerdem Wert auf Qualität und Beständigkeit.

Die Buswartehalle CONTI von AWAG kann durch die modulare Bauweise vielfältig eingesetzt werden. Die Standardbreite beträgt 3,0 Meter, diese kann mittels Zwischenmodulen beliebig verlängert werden.

Die Rückwand der Fahrgastüberdachung ist mit einer Fahrplanvitrine ausgestattet. Bleiben die Seiten offen, dann ist der Zugang vom Bürgersteig auch bei geringem Platzangebot gut möglich. Alternativ können die Seitenwände mit Glas geschlossen werden.

Auch große Werbeschaukästen mit oder ohne Beleuchtung können seitlich ergänzt werden. Haltestellenschilder auf dem Dach der Wartehalle dienen der Orientierung der Fahrgäste.

Die stabile Stahlkonstruktion ist verzinkt und wird in AWAG-Standard-RAL-Farben pulverbeschichtet. Die Verglasung der Seitenwände wird aus Sekurit-Glas mit 8 mm gefertigt, das Dach ist aus UV-beständigem, rauchfarbenem PMMA mit 6 Millimeter.

Zusätzliche Sitzbänke oder Standlehnen machen das Warten angenehmer. Um die Umgebung der Buswartehalle sauber zu halten, empfiehlt es sich, passende Abfallbehälter aufzustellen.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck „100 Jahre Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Landratsamt Berchtesgadener Land:

Präsentation des Inklusionskoffers

Kürzlich fand im Landratsamt Berchtesgadener Land eine Veranstaltung zur Vorstellung des Inklusionskoffers statt. Er kommt in Kindergärten und Schulen zum Einsatz. Im Inklusionskoffer befinden sich vielfältige Materialien, unter anderem große Handpuppen, anhand derer Kinder zum Umgang mit Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden.

Auf Initiative von Larissa Messmer, im Landratsamt zuständig für die Arbeit für Menschen mit Behinderung, und in Kooperation mit Monika Tauber-Spring, Schulleiterin am Staatlichen Schulamt, sowie Andrea Demmelmaier, pädagogische Fachaufsicht und Fachberatung Kindertagesstätten im Landratsamt Berchtesgadener Land, wurde den Leitern sowie den Mitarbeitern von Grundschulen und Kindergärten der Inklusionskoffer vorgestellt.

Kinder sensibilisieren

Ziel der Arbeit mit dem Inklusionskoffer ist es, anhand seiner wertvollen pädagogischen Inhalte auf spielerische Weise Kinder für das Thema „Behinderung“ zu sensibilisieren. Ein wesentlicher Bestandteil des Inklusionskoffers sind einzigartige Puppen, die jeweils eine unterschiedliche Behinderung aufweisen. Die Märchenerzählerin und Puppenspielerinnen Gertraud Ksellmann erzählte mit den Puppen die Geschichte

von „Phillip“ und seinen Freunden, die mit ihren unterschiedlichen Behinderungen auf individuelle Weise wunderbar und liebenswert sind und die eine große Freundschaft verbindet. Sie zeigte damit auf, wie die Puppen zum Einsatz kommen können.

Bei Interesse bietet Messmer für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Grundschulen und Kindertagesstätten zudem eine intensivere Schulung zum Umgang mit den Handpuppen durch Gertraud Ksellmann an.

Im Weiteren besteht der Koffer aus besonderen Kinderbüchern für Kinder mit und ohne Behinderung. Einige dieser Bücher sind in Braille-Schrift und mit Düften für die Sinne ausgestattet. Auch ein Blindenstock und Hör-Memory sowie weitere Spiele zählen zu den Inhalten des Koffers.

Der Inklusionskoffer steht zur kostenlosen Ausleihe (bis vier Wochen) für Kindertagesstätten und Grundschulen im Landkreis Berchtesgadener Land zur Verfügung.

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 19. März 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunalbau
- Kommunalmarketing
- Sicherheit · Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN **GZ** NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
 erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
 Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
 Ihr Kontakt zu uns:
 juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
 energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerbehain 23 • D-84669 Schierling
 Tel: 09451 9315-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
 Masten
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
 steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
 Bahnhofstr. 8
 84323 Massing
 Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
 Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
 informationssicherheit datenschutz beratung

Wir lieben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
 Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagestadt, www.beuthhauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de



Festakt in Fürth

100 Jahre Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband

Im Kreis seiner über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie von Vertretern der kommunalen Familie, des Staates und von Prüfungseinrichtungen anderer Bundesländer feierte der Bayerische Kommunale Prüfungsverband in der Stadthalle Fürth sein 100-jähriges Bestehen. Auf den Tag genau vor 100 Jahren wurde mit Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 13.01.1920 seine Gründung als rechtsfähige und unabhängige Prüfungsorganisation verfügt.

Heute gehören zu den Aufgaben des „Rechnungshofs der Kommunen“ die überörtliche Prüfung, die unabhängige Beratung seiner über 2.100 kommunalen Mitglieder in der Breite kommunalrelevanter Themen und die handelsrechtliche Abschlussprüfung von Kommunalunternehmen und Eigenbetrieben.

Kommunalminister Joachim Herrmann lobte als Festredner den Prüfungsverband als „Kompetenzzentrum für Kommunen und Freistaat“ und hob besonders seine Unabhängigkeit hervor. Der Verband zeigte sich in Fürth gut aufgestellt für die Zukunft, insbesondere für die Digitalisierung und die mittelfristig mögliche Zuweisung weiterer Mitglieder.

„Beiden Herausforderungen stellen wir uns gerne und selbstbewusst“, betonte Verbandsvorsitzender Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Günzburg.

Gekonnt charmant moderiert wurde die Festveranstaltung von BR-Journalistin Julia Büchler. Die musikalische Begleitung übernahm mit stimmlicher Wucht die Münchner A-Cappella-Formation „Terzinfarkt“. Für einen kabarettistischen Leckerbissen sorgte Florian Erdle, Stadtkommunaljurist in Pfaffenhofen a. d. Ilm und berufsmäßiger Stadtrat. Ausgefeilte Wortakrobatik, spritzige Anekdoten und freche Sprüche garantierten einen Hochgenuss an Witz und Unterhaltung. ■



Joachim Herrmann, bayerischer Innenminister, und Julia Büchler, Moderatorin, Bayerischer Rundfunk

Bild: Thomas Roth, BKPV

Joachim Herrmann

Kompetenzzentrum für Kommunen

„Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband leistet seit 100 Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zu einer soliden und verantwortungsvollen Haushaltsführung der Kommunen. Gleichzeitig ist der Verband ein verlässlicher Dienstleister für seine Mitglieder“, stellte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann fest.

Als erstes Bundesland habe Bayern eine eigene kommunale Prüfungseinrichtung geschaffen. „100 Jahre später können wir sagen: Diese Entscheidung des Bayerischen Innenministeriums war von Weitsicht geprägt und hat sich als absolut richtig erwiesen“, konstatierte Herrmann.

Mit Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 13. Januar 1920 wurde dem BKPV laut Herrmann die „Rechtsfähigkeit als Verein des öffentlichen Rechts“ verliehen. 1932 wurde der rechtliche Charakter des Verbandes geändert. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband wurde nunmehr zur Körperschaft des öffentlichen Rechts erhoben. Dieser Status hat bis heute Gültigkeit.

Auch wenn der Bayerische Kommunale Prüfungsverband bei seinen Prüfungen oftmals der sprichwörtliche Dorn in der Pranke der geprüften Stelle ist oder sein kann, seien seine Dienste für seine Mitglieder stets von großem Nutzen.

„Der BKPV verhindert Schwierigkeiten in der Zukunft und stellt eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sowie rechtskonformes Handeln sicher“, erklärte der Minister. Er bezeichnete die Rolle des Prüfungsverbandes als Scharnier, bisweilen auch als Mittler oder ehrlicher Makler zwischen Kommunen und staatlicher Aufsicht: „Insofern ist der BKPV ein wahres Kompetenzzentrum für die Kommunen und für den Freistaat.“

Durch seinen landesweiten Einsatz verschaffe sich der Bayerische Kommunale Prüfungsverband zudem einen hervorragenden Überblick über die Verwaltungen verschiedener Kommunen und kenne somit auch zahlreiche Best-Practice-Beispiele, führte der Minister weiter aus.

Dabei gehe es nicht nur darum, Schieflagen rechtzeitig zu beanstanden; in einer immer komplexer werdenden Welt werde nach Aussage der Präsidenten der kommunalen

Spitzenverbände gerade die Beratung durch den BKPV verstärkt nachgefragt. „Hier muss man das Rad nicht vielfach neu erfinden, sondern kann sich anschließen“, so Herrmann.

Ein Blick in die Geschäftsberichte des Verbandes zeige das breite Aufgabenspektrum, dem sich die Mitarbeiter des Prüfungsverbandes zu stellen haben. Im Mittelpunkt stünden neben besoldungsrechtlichen Fragen unter anderem steuerrechtliche Angelegenheiten, spezielle Themen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie rechtskonforme Vergaben.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband sei auch ein Kompetenzzentrum für den Freistaat, etwa wenn es darum geht, einen Blick von außen auf die immer komplexeren Herausforderungen der kommunalen Haushaltsführung zu bekommen. Das alles ist Herrmann zufolge nur möglich, „da der BKPV von Gesetzes wegen unabhängig ist und selbst keinen Auftrag zur Interessenvertretung hat“. Seine Konstruktion verdeutliche den hohen Rang, den der bayerische Gesetzgeber der kommunalen Selbstverwaltung beimisst.

Um seinen Blick über den Tellerrand auszudehnen, betreibt der „Rechnungshof der Kommunen“ bereits seit 1992 gemeinsam mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden – Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirkstag – das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel. Die Aufgaben des Europabüros umfassen laut Herrmann nicht nur die Beobachtung europäischer Entwicklungen wie Initiativvorhaben, Fördermittelvergaben oder maßgebende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, sondern auch eine proaktive Interessenvertretung, die heute notwendiger denn je sei.

Dadurch sei der BKPV „stets am Puls der Zeit und somit auch bestens gerüstet für neue Herausforderungen bei europäischen Vorschriften, Vergaberegeln oder im Steuerrecht“. In den vergangenen Jahren habe der Bayerische Kommunale Prüfungsverband mit seinen über 200 Bediensteten jährlich fast 25.000 Prüfungs- und Beratungstage bei über 2.000 Mitgliedern geleistet – „ein enormes Pensum“, wie der Minister unterstrich.

Pflichtmitglieder sind neben den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden die kreisfreien Städte, die Großen Kreisstädte, die Landkreise und die Bezirke. Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration bestimmt kreisangehörige Gemeinden (in der Regel mit mehr als 5.000 Einwohnern), Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände und weitere öffentlich-rechtliche kommunale Zusammenschlüsse nach Maßgabe des Prüfungsverbands-

gesetzes (PrVbG) zu Mitgliedern. Von Mitgliedern kommunal verwaltete Stiftungen sind ebenfalls Mitglieder. Vor 100 Jahren war dies noch anders, wie der Minister darlegte: Mitglieder des Prüfungsverbandes waren ab 1920 zunächst die Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern mit Sparkassen, die Städte und Märkte bis zu 10.000 Einwohnern und die Bezirke.



V.l.: Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister Stadt Günzburg, Verbandsvorsitzender BKPV, und Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor BKPV

Betrug die Zahl der Mitglieder im Jahr 1929 noch 543, waren es im Jahr 2019 bereits 2103. „Eine beachtliche Zahl, doch müssen wir daran arbeiten, sie zu steigern“, hob Herrmann hervor. In seiner Jubiläums-Videobotschaft habe Gemeindetagpräsident Dr. Uwe Brandl für eine sensiblere Unterstützung des BKPV gerade für die kleineren Gemeinden geworben, was beim Minister auf Verständnis traf: „Natürlich“, so Herrmann, „fällt es kleineren Gemeindeverwaltungen oft schwer, sich durch den Dschungel aus Vorschriften zu schlagen. Es

ist klar, dass ihnen geholfen werden muss.“

Wie der Kommunalminister versicherte, werden Bayerisches Innenministerium, BKPV, die kommunalen Spitzenverbände und der Bayerische Landtag gemeinsam versuchen, tragfähige Ideen zu entwickeln. „Wir werden bei den Überlegungen hinsichtlich einer Ausweitung der Pflichtmitgliedschaft von kleinen Gemeinden jedoch nichts übers Knie brechen“, so Herrmann. Es gelte, alle Interessen sorgsam gegeneinander abzuwägen und nach den Kommunalwahlen mit den dann neu gewählten Mandatsträgern und den kommunalen Spitzenverbänden zu diskutieren.

Schritt für Schritt werde man die Mitgliederzahl vergrößern und darauf hinwirken, dass auch immer mehr kleinere Gemeinden Mitglied des Verbandes werden, erklärte der Minister. Das Nebeneinander von BKPV und staatlicher Rechnungsprüfung könne durchaus in anderer Form gestaltet werden.

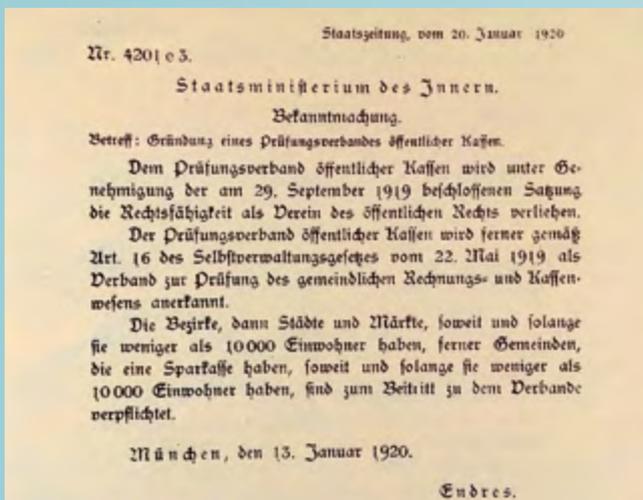
„Ich bin sicher, dass wir bereits in den nächsten Monaten in konstruktive Gespräche gehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten können“, bemerkte Herrmann. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gehe einer „goldenen Zukunft“ entgegen. Er werde auch weiterhin seiner Aufgabe als Hüter der Kommunal Finanzen und wertvoller Berater seiner Mitglieder mit der gebotenen Weitsicht nachkommen können.

„Der BKPV kann auf eine stolze Historie zurückblicken. Er ist nicht etwa in die Jahre gekommen, sondern im Gegenteil ein moderner Dienstleister für seine Mitglieder und ein absolutes Zukunftsmodell. Deshalb wünsche ich dem Verband und allen dort Tätigen von Herzen auch für die nächsten 100 Jahre alles Gute und viel Erfolg“, so Minister Herrmann abschließend. ■

CHRONIK BKPV

Bayern war das erste Land in Deutschland, das eine eigene kommunale Prüfungseinrichtung schuf. Am 29. September 1919 wurde durch den Landesverband Bayer. Sparkassen, den Bayer. Städteverband und den Landesverband bayerischer Stadt- und Marktgemeinden in Ansbach der „Prüfungsverband öffentlicher Kassen“ gegründet. Mit Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 13. Januar 1920 wurde ihm die „Rechtsfähigkeit als Verein des öffentlichen Rechts“ verliehen.

1932 änderte man den rechtlichen Charakter des Verbandes; er wurde nunmehr zur Körperschaft des öffentlichen Rechts und erhielt gleichzeitig die Aufgabe der Prüfung der Wirtschaftlichkeit. Durch Entschließung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 5. August 1933 wurde der Verband mit Zustimmung der Reichsregierung zum Bilanzprüfer bestellt.



Bekanntmachung, Staatsministerium des Innern, 1920

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges kam seine Tätigkeit weitgehend zum Erliegen, da schon bald nach Kriegsbeginn einschränkende Vorschriften erlassen wurden, nach denen Rechnungs- und Abschlussprüfungen zu unterbleiben hatten.



1912 – 1944



Aktuelle Ansicht des Anwesens

Bei Kriegsende gab es beim Verband nur noch zwei Revisoren. Erst ab Juni 1945 konnte er seine Arbeit mit kurzen Beratungen wieder aufnehmen. Die Prüfung einschränkende Kriegsvorschriften wurden 1949 aufgehoben.

1978 wurde schließlich ein eigenes Gesetz über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erlassen und der Verband im Hinblick auf seine Aufgaben umbenannt. Der Gesetzgeber bestimmte auch die Bezirke zu Mitgliedern. Die Prüfung der Landkreise, bei seit 1938 Prüfungsverband und Oberster Rechnungshof im Wechsel durchgeführt hatten, ist seither ausschließliche Aufgabe des Prüfungsverbands.

Seit 1992 betreibt der Prüfungsverband zusammen mit den vier kommunalen Spitzenverbänden ein gemeinsames Europabüro in Brüssel.



Nach Abschluss des Wiederaufbaus, ca. 1950

Gerhard Jauernig

100 Jahre Erfolg

Mit Augenzwinkern brachte Oberbürgermeister Jauernig seine Verwunderung zum Ausdruck, dass es die Marke „BKPV“ in einer bundesweiten Erhebung jüngst nicht unter die TOP 10 der bekanntesten gebracht hatte. „Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband kann eine stolze und reiche Geschichte vorweisen. 100 Jahre sind ein stolzes Alter – und nicht jeder Jubilar sieht so frisch und faltenfrei aus wie der BKPV.“



Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister Stadt Günzburg, Verbandsvorsitzender BKPV

„Normalerweise hinterlässt ein ganzes Jahrhundert seine Spuren, bei unserem Jubilar ist jedoch kein einziges Fältchen zu sehen. Wer so dasteht – und aufrecht dazu – bei dem muss einem nicht bange sein“, betonte Verbandsvorsitzender Gerhard Jauernig.

Der Günzburger Oberbürgermeister gratulierte dem Verband, seinen Mitgliedern und Mitarbeitern zu „100 Jahren Erfolg, Kompetenz, Partnerschaft und Frische“. Der BKPV sei eine Einrichtung, „um die uns viele andere beneiden“. Als Teil der kommunalen Familie, aber auch als Scharnier zur notwendigen staatlichen Aufsicht, sei der unabhängige Verband sowohl dem Gemeinwohl wie auch damit letztlich dem Steuerzahler verpflichtet.

Zudem wirke er prüfend, aber auch beratend, präventiv und nach vorn ausgerichtet. Dass nicht einmal der Verbandsvorsitzende in die operative Tätigkeit des nur dem Gesetz unterworfenen BKPV „hineinregieren“ könne, zeige die hohe Stellung, die der Gesetzgeber der Unabhängigkeit der Prüfungseinrichtung beimesse.

Mit Blick auf die nächsten Jahrzehnte zeigte sich Jauernig „sehr sicher, dass das Thema Digitalisierung und der Umgang mit all den Medien, die mit der Digitalisierung in Verbindung stehen, unseren Verband und unsere Arbeit in hohem Maße prägen werden“.

Als grundlegende künftige Herausforderung bezeichnete der Verbandsvorsitzende die Zuweisung weiterer neuer Mitglieder durch den Freistaat Bayern. Zwar gebe es hier unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Freistaat auf der einen und den kommunalen Spitzenverbänden und dem BKPV auf der anderen Seite, „aber wie auch in den vergangenen Jahrzehnten werden wir uns zusammensetzen und eine gute Perspektive finden“, zeigte sich Jauernig überzeugt. „Beiden Herausforderungen stellen wir uns gerne und selbstbewusst!“ ■



Fertigstellung des Um- und Erweiterungsbaus 1971/72



Gesamtkomplex 2019

Günter Heimrath

BKPV – unabhängiger Partner mit Leidenschaft und Augenmaß

„Unsere Mitglieder sind das, was uns als Körperschaft trägt“, hob der Geschäftsführende Direktor Günter Heimrath hervor. Seit der Oberste Rechnungshof im Jahr 2010 die Zuweisung bisher staatlich geprüfter Gemeinden zum BKPV empfohlen habe, sei die Mitgliederzahl von rund 1.300 auf über 2.100 gestiegen. „Damit sind wir eine der größten kommunalen Körperschaften Bayerns, ja der Bundesrepublik. Von Bayerns über 2.000 Städten und Gemeinden sind rund 800 unsere Mitglieder – bis hin zur Landeshauptstadt München. Da zu unseren Mitgliedern auch sämtliche Landkreise und Bezirke Bayerns zählen, decken wir ganz Bayern ab.“



Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor BKPV

Alle Mitglieder zu prüfen und zu beraten, gehe natürlich nicht von der Geschäftsstelle in München aus. „Die Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wohnen über ganz Bayern verteilt und sind von dort aus für unsere Mitglieder im Einsatz“, so Heimrath: „Deshalb sind wir sozusagen auch ein frühes Modell der Behördenverlagerung.“ Doch sei der BKPV nicht nur in ganz Bayern präsent: „Seit 1992 sind wir Träger des Europabüros der Bayerischen Kommunen in Brüssel – getragen zusammen mit den vier bayerischen kommunalen Spitzenverbänden und seit 20 Jahren in der Bürogemeinschaft mit den Europabüros der baden-württembergischen und sächsischen kommunalen Spitzenverbände – eine richtungweisende Entscheidung, die die Bedeutung Europas auch für die Kommunen erkannte.“

Heimrath zufolge umfasst der Verbandshaushalt knapp 34 Millionen Euro. Für die Mitglieder sorgen aktuell rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst; unmittelbar nach dem Krieg begann man mit lediglich zwei Prüfern. Insgesamt sind beim BKPV über 200 Personen aus unterschiedlichen Berufsfeldern tätig, darunter Verwaltungsexperten, Betriebswirte, Ingenieure, IT-Experten – auch mit dem Schwerpunkt Datenanalyse – , Wirtschafts-

prüfer, Steuerberater, Juristen sowie Service- und Assistenzkräfte. Dabei handle es sich um „hervorragend qualifizierte, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Mitglieder ‚on the road‘ sind, immer neugierig und veränderungsbereit“.

2019 wurden rund 600 Berichte der überörtlichen Prüfung und über 200 Abschlussprüfungsberichte vorgelegt. Hinzu kamen mehr als 2000 Beratungen sowie sonstige Bescheinigungen, Antworten auf Anfragen und einiges mehr.

Häufig, fuhr Heimrath fort, gehe es den Mitgliedern natürlich darum, was Prüfung und Beratung kosten und ob sie sich in Geld rechnen. Jedoch komme es darauf gar nicht an, „weil es die öffentliche Finanzkontrolle aus Verfassungsgründen, als Korrelat zur Selbstverwaltung braucht – unabhängig davon, ob sie die Kosten ‚einspielt‘“. „Selbstbewusst sage ich aber: Prüfung und Beratung sind auch ihr Geld wert“, unterstrich der Direktor.

„Mit Augenmaß und über den Tellerrand hinaus“, laute das Verbandscredo. Als Non-Profit-Organisation sei der BKPV, der sich in die Abteilungen „Allgemeine Prüfung und Organisation“, „Kommunale Unternehmen“ und „Bauwesen“ gliedert, ein kompetenter, unabhängiger und selbstbewusster Partner der Kommunen. Gerade im Baubereich, wo es bei großen Objekten wie Schulbauten, aber auch bei Sonderbauten wie Fußballstadien oder Skischanzen um viel Geld geht, ist der BKPV aus Heimraths Sicht „unverzichtbarer Partner der Kommunen, der dort hilft, wo die eigene Bauverwaltung nicht mehr weiter kann, und der dabei kein eigenes Eisen im Feuer hat“.

„Für unsere Mitglieder sind wir auch nützlich, wenn es um die Zusammenarbeit mit dem Freistaat, den kommunalen Spitzenverbänden, der Gerichtsbarkeit, den Kammern und anderen Verbänden geht. Manchmal sind wir aber auch Mittler zwischen den Welten“, stellte der Verbandsdirektor fest. Über der Zukunft stehe das Stichwort „Digitale Revolution“. Jeder müsse mit IT etwas anfangen können. Ob Methodik der Prüfung, Möglichkeiten der Visualisierung (dashboards), Auswertung von Daten, mehrdimensionale Skalierung, Stress-Marken, prescriptive analysis oder predictive analysis: Vieles werde sich ändern. Gerade für kleinere Kommunen biete die Digitalisierung freilich große Chancen, erklärte Heimrath. Einfache, standardisierte Verwaltungsprozesse könnten die Kommunen in der täglichen Arbeit sehr entlasten. „Das ist unsere Zukunft. Und die wollen wir mitgestalten!“, so der Verbandschef. ■



Zahlreiche Prominenz bei der Festveranstaltung



Musikalische Begleitung durch „Terzinfarkt“

Dr. Thomas Jung

Wertvoller Ratgeber

Die Kleeblattstadt mit ihrer über 1.000-jährigen Tradition habe schwere Zeiten hinter sich, erläuterte der Oberbürgermeister der Stadt Fürth und 1. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dr. Thomas Jung, anhand der Beispiele Grundig und AEG. Mittlerweile aber habe sich sehr viel Gutes entwickelt. Indirekt mitgeholfen bei dieser „prächtigen Entwicklung“ habe auch das Geburtstagskind BKPV.

In den Rathäusern werde der Bayerische Kommunale Prüfungsverband „gefürchtet und geliebt zugleich“. Nicht nur die ständige Selbstkontrolle sei für die Kommunen hilfreich; der Verband sei generell ein stets wertvoller Ratgeber bei schwierigen organisatorischen Entscheidungen. Seien beispielsweise Amtsleiter und Personalrat uneins, werde in Fürth der BKPV eingeschaltet. Diese „Zauberformel“ garantiere schließlich eine gute Lösung für beide Seiten, so Jung.

„Der Städtetag ist dankbar dafür, dass im BKPV so effizient, qualifiziert und serviceorientiert gearbeitet wird. Wir erleben den Verband nicht als sprechenden Oberlehrer, sondern als Hilfesteller, als Berater, aber auch als jemand, der darauf

achtet, dass Recht und Gesetz im kommunalen Haushalt, im kommunalen Gebäude und in den kommunalen Ämtern durchgesetzt wird“, machte der stellvertretende Vorsitzende deutlich. Dies schaffe Vertrauen in der Bevölkerung und in der eigenen Verwaltung.

Jung: „Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband ist eine wertvolle Einrichtung. Für die Zukunft wünsche ich, dass das hohe Leistungsniveau und die hohe Akzeptanz erhalten bleiben.“ ■



Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister Stadt Fürth, 1. stellvertretender Vorsitzender Bayerischer Städtetag



V. l.: Peter Latz, Ständiger Vertreter des Geschäftsführenden Direktors BKPV, und Peter Teichmann, Direktor Sächsischer Rechnungshof



V. l.: Dr. Stephan Winter, 1. Bürgermeister Stadt Mindelheim, Mitglied des Vorstands BKPV, Landrat Elmar Stegmann, Landkreis Lindau (Bodensee), Mitglied des Vorstands BKPV, und Klaus Habermann, 1. Bürgermeister Stadt Aichach, Mitglied des Landesausschusses BKPV



Regina Dürr und Dieter Mühlfeld (beide BKPV)



Tanja Kreis und Matthias Bachhuber (beide BKPV)



V. l.: Klaus Neubauer und Personalratsvorsitzender Franz Schnitzenbaumer (beide BKPV)



V. l.: Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor BKPV, Stephan Kersten, Präsident Bayerischer Verwaltungsgerichtshof bis 31.01.2020, und Andrea Breit, Präsidentin Bayerischer Verwaltungsgerichtshof seit 01.02.2020



V. l.: Timo Lindemann, Robert Kaiser und Patrick Weber (alle BKPV)



V. l.: Franz Winter, 1. Bürgermeister Markt Dürrenwangen, und Thomas Zwingel, 1. Bürgermeister Stadt Zirndorf, 2. Vizepräsident Bayerischer Gemeindetag



Rudolf Huber und Elisabeth Gruber (beide BKPV)



V. l.: Regina Dürr und Astrid Gättinger (beide BKPV)



V. l.: Stefanie Krüger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Bezirkstag, Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident Unterfranken, Mitglied Landesausschuss BKPV, und Josef Mend, 1. Bürgermeister Stadt Iphofen, 1. Vizepräsident Bayerischer Gemeindetag

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 5 | 2020
der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Britta Eriskat
Fotos: Fotodesign Eckert,
Foto + Film Andreas Eckert
sonst wie angegeben

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel
Druck: Creo-Druck

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de